Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 266. Sonntag den 12. November 1848.

„So lange die Presse, so lange das Associations-Recht nicht von Neuem in Fesseln geschlagen sind, hat das Land die Mittel in Händen, den Sieg über die jetzigen Bestrebungen der Reaktion auch ohne Blutvergießen herbeizuführen. Wenn also die Presse, die Associationen, die Wahlbezirke, die größern Städte sich mit der größten Entschiedenheit erklären, daß sie unserer Ansicht beitreten, wenn sie ferner Proteste gegen das Benehmen des jetzigen Ministeriums erlassen, und dies Alles vom gesammten Lande geschieht: dann kann wohl über den Erfolg kein Zweifel sein.“

v. Unruh.

Preußen.

Versammlung zur Vereinbaung der preußischen Staats-Verfassung.

(Morgen-Sitzung am 10. November.)

Beim Eintritt in das Sitzungshaus um 5 Uhr Morgens fanden wir rings um dasselbe staeke Abtheilungen Bürgerwehr aufgestellt, die aber ihre Gewehre meistens in Pyramiden zusammengestellt hatten und mit dem schon jetzt überaus zahlreich versammelten Volke in eifrigem Gespräch begriffen war. Im Saale kreuzten sich viele Gerüchte über die Pläne der Regierung; es werde heute um 3 Uhr Nachmittags der Belagerungszustand erklärt werden — der Oberst Weber werde mit zwei Bataillonen des 9. Regiments im Laufe des Vormittags gegen das Sitzungslokal rücken und die Versammlung zum sofortigen Auseinandergehen auffordern.

Heute Morgen also wurde in Folge des vom Polizei-Präsidenten an das Bürgerwehr-Kommando erlassenen Befehls, das Zusammentreten der Versammlung zu hindern, die gestern bis heute 9 Uhr vertagte Sitzung schon um 5 Uhr eröffnet.

Der Präsident von Unruh erklärt, daß er in Folge der ihm heute Nacht zugegangenen Nachrichten genöthigt worden sei, die Sitzung statt um 9 Uhr, wie festgesetzt war, schon um 5 Uhr zu eröffnen. — Nach Genehmigung des Protokolls läßt der Präsident folgende Schriftstücke verlesen:

1) Eine Erklärung des Abgeordneten v. Daniels:

„Auf den Grund des § 12 des Wahlgesetzes vom 8. April und mit Bezug auf die königliche Botschaft vom gestrigen Tage, sehe ich mich genöthigt, zu erklären, daß ich mich am 27. in Brandenburg einfinden werde und die Beschlüsse, die bis dahin in der Versammlung gefaßt werden sollten, für nicht bindend halten kann. v. Daniels.“

Präsident: Ich habe mich beeilt, dem Ministerpräsidenten das Protokoll über die gestern gefaßten Beschlüsse zuzusenden. In Beziehung darauf hat mir Derselbe ein Schreiben zugesandt, das, obschon an den Regierungsrath v. Unruh adressirt, ich Ihnen mitzutheilen dennoch für meine Pflicht halte.

2) Das Schreiben des Ministerpräsidenten an den „Regierungsrath“ von Unruh lautet:

„Ew. Hochwohlgeboren haben dem Staats-Ministerio in dem Schreiben vom heutigen Tage von dem Inhalte mehrerer Beschlüsse Mittheilung gemacht, welche die National-Versammlung gefaßt haben soll, nachdem die Verlegung der Versammlung bereits erfolgt war. — Ich halte mich verpflichtet, Sie darauf hinzuweisen, daß dergleichen Beschlüsse nicht nur völlig ungesetzlich, und deshalb nichtig sind, sondern daß auch die Abgeordneten, welche daran Theil genommen, sich der Anmaßung von Hoheitsrechten und eines Vergehens an der Verfassung schuldig gemacht haben.

Indem ich Ew. Hochwohlgeboren überlasse, den Inhalt dieses Schreibens zur Kenntniß der Abgeordneten zu bringen, welche die gesetzlichen Schranken überschritten und dem Befehle Sr. Majestät des Königs den schuldigen Gehorsam verweigert haben, gebe ich Ihnen zu erwägen, daß Sie sowohl, wie alle Abgeordneten, welche die Rechte der Krone so schwer verletzt haben, die volle Verantwortung trifft wegen der aus diesem ungesetzlichen Schritt etwa entstehenden unglücklichen Folgen. Berlin, den 9. November 1848.

Der Minister-Präsident.
(gez.) Graf v. Brandenburg.

An den königl. Regierungsrath Hrn. v. Unruh, Hochwohlgeboren.

Präsident: Ferner habe ich vom Commando der Bürgerwehr ein Schreiben erhalten, nebst einem vom Polizei-Präsidenten an dasselbe gerichteten Schreiben. Die beiden Schreibenwerden, wie folgt, verlesen:

3) Schreiben des Polizei-Präsidenten an das Kommando der Bürgerwehr.

Der Herr Minister des Innern hat in Erwägung,
daß ein Theil der zur National-Versammlung berufenen Mitglieder ungeachtet der auf Befehl Sr. Majestät des Königs erfolgten Vertagung die Berathungen fortgesetzt und dadurch die der Versammlung zustehenden Befugnisse überschreitet und die Rechte der Krone verletzt,

mir die Weisung ertheilt, ein hochlöbliches Kommando zu ersuchen, die Fortsetzung dieser ungesetzlichen Berathungen zu verhindern. Es wird einem hochlöblichen Kommando bekannt sein, daß einige Mitglieder der National-Versammlung über Nacht in dem bisherigen Sitzungslokal verbleiben und, daß die Berathungen morgen früh um 9 Uhr fortgesetzt werden sollen. Es kommt daher zunächst darauf an, allen nach dem Sitzungslokale zurückkehrenden Mitgliedern der National-Versammlung den Zutritt zu diesem Lokal zu versagen und zu diesem Zwecke alle Zugänge zu demselben abzusperren, dabei jedoch auf den ungehinderten Ausgang der innerhalb des Gebäudes befindlichen Abgeordneten Rücksicht zu nehmen.

Indem ich mich beehre, ein hochlöbliches Kommando zu ersuchen, diese Maßregel durch ein starkes Kommando Bürgerwehr in Ausführung zu bringen, bemerke ich ergebenst, daß ich beauftragt bin, einer gefälligen Antwort bis morgen früh 6 Uhr entgegen zu sehen. Für den Fall, daß eine solche in der gedachten Zeit nicht eingeht, soll angenommen werden, daß ein hochlöbliches Kommando nicht beabsichtige, dieser Requisition Folge zu geben, vielmehr der königl. Behörde lediglich überlasse, die geeignet scheinenden Maßregeln selbst zu ergreifen.

Berlin, 9. November 1848.

Der Polizei-Präsident.
(gez.) v. Bardeleben.

An das Kommando der Bürgerwehr.

4) Antwort des Bürgerwehr-Kommando's:

„Indem das unterzeichnete Kommando den Empfang von Ew. Hochwohlgeboren Schreiben vom gestrigen Tage hiermit bescheinigt, beehrt es sich, in Uebereinstimmung mit den Bataillons-Kommandeuren der Berliner Bürgerwehr, Folgendes zu erwiedern:

Nach § 1 des Bürgerwehrgesetzes ist der wesentliche Beruf der Bürgerwehr, die verfassungsmäßige Freiheit und die gesetzliche Ordnung zu schützen. Wenn nun auch das Land zwar noch keine Verfassung hat, so ist doch die Nationalversammlung durch das Patent des Königs zur Vereinbarung der Verfassung mit der Krone ausdrücklich nach Berlin berufen, und auch das Wahlgesetz vom 8. April d. J. ordnet das Zusammentreten der Nationalversammlung in der Hauptstadt an. Wenn nun diesen Gesetzen und den Beschlüssen der Nationalversammlung entgegen, die Krone nicht nur die Verlegung der Versammlung von Berlin nach Brandenburg, sondern auch deren Vertagung auf 17 Tage dekretirt, so muß die Bürgerwehr hierin eine Gefährdung der durch Gesetze und königliches Versprechen gewährleisteten Rechte und Freiheiten erblicken, mithin die Aufgabe für sich erkennen, für diese Freiheiten, nicht aber gegen dieselbe einzutreten. Dies letztere würde aber geschehen, wenn die Bürgerwehr der Majorität der Nationalversammlung in der Freiheit ihrer Versammlungen und ihrer Beschlußnahme sich gewaltsam entgegenstellen wollte.

Wenn schon aus diesen, völlig legalen und durchgreifenden Gründen das unterzeichnete Kommando nicht in dem Falle sich befinden kann, der Requisition Ew. Hochwohlgeboren Folge zu geben, so wird ihm dies noch überdies durch die Vorschrift des § 65 des Bürgerwehrgesetzes untersagt. Dieser § verordnet nämlich ganz bestimmt:

„daß die Bürgerwehr, sobald es der im Paragraphen 1 angegebene Zweck erheischt, auf Requisition des Gemeindevorstehers, oder der von ihm delegirten Gemeindebeamten, so wie der demselben vorgesetzten Kreisbehörde in Dienstthätigkeit tritt.“

Der § 128 desselben Gesetzes bestimmt ferner, daß bis zur Einführung der neuen Kreis- und Bezirksordnung die den Bezirks- oder Kreis-Vertretungen beigelegten Verrichtungen von den Regierungen und Landräthen wahrgenommen werden sollen. Das Kommando vermag nun einmal aus dem Bürgerwehrgesetz für den Minister des Innern kein Recht zu erfinden, die Requisition der Bürgerwehr durch eine königliche Behörde anzubefehlen; sondern ist es der Meinung, daß, selbst im Falle eines solchen Befehles, die Gemeindebehörde der Stadt Berlin nicht übergangen werden darf und endlich kann es Ew. Hochwohlgeboren als einem einzelnen königlichen Polizeibeamten nicht die gleiche Befugniß zugestehen, wie sie durch das Gesetz den Regierungen, d. h. den Regierungs-Kollegien, bis zur Einführung der neuen Kreis- und Bezirksvertretung beigelegt worden ist. Das Kommando der Bürgerwehr bedauert hiernach, indem es sich allein auf den Boden des Gesetzes stellt, Ew. Hochwohlgeboren Requisition von gestern nicht entsprechen zu können, kann jedoch nicht umhin, zugleich entschiedene Verwahrung gegen jede gesetzwidrige Verwendung militärischer Kräfte zur Beschränkung der Versammlungs- und Berathungs-Freiheit der Nationalversammlung oder gar gegen die Unverletzlichkeit der Personen der Volksvertreter hiermit einzulegen.“ Berlin, den 10. November 1848.

Das Kommando der Bürgerwehr: Rimpler.

An den königlichen Polizeipräsidenten,
Herrn v. Bardeleben.

Präsident: Endlich ist noch eine Adresse des Bezirks-Comités der deutschen Arbeiterverbrüderung, mit den Unterschriften einer großen Auzahl von Gewerks-Vorständen bedeckt, eingelaufen. Ich bitte den Herrn Schriftführer, sie zu verlesen.

5) Adresse des Bezirks-Comités der deutschen Arbeiter-Verbrüderung an die National-Versammlung:

„Vertreter des Volks! Die Arbeiter Berlins sagen Euch Dank für die Pflichttreue, mit der ihr die Anmaßungen treuloser Rathgeber der Krone zurückgewiesen habt.

Die blutig errungenen Freiheiten des Volks werden würdig durch Euch vertreten. —

Die Arbeiter Berlins sind bereit und gerüstet, Eurem Rathe Folge zu leisten, wenn man es wagen sollte, die Rechte des Volks in seinen Vertretern zu verletzen; sie bieten Euch ihren Arm und ihr Herzblut gegen jeden Feind, der Hochverrath üben wollte, an Euch und den Freiheiten des Volkes."

Berlin, den 9. November 1848.

Das Berliner Bezirks-Comité der deutschen Arbeiter-Verbrüderung.

(Unterschriften des Vorstandes und der Vertreter sämmtlicher Gewerke.)

(Die Vollmachten sind im Sekretariat der National-Versammlung niedergelegt.)

Präsident: Ich habe der hohen Versammlung nun die Mittheilung zu machen, daß vor kurzer Zeit eine Deputation des Magistrats im Sitzungs-Lokale anwesend war. Die Herren Vicepräsidenten Bornemann, Phillips und Waldeck waren auf mein Ersuchen bei dem Gespräch mit der Deputation zugegen. Der Magistrat — so äußerte sich die Deputation — sei entschlossen, noch heute Morgen eine Adresse an Se. Majestät zu richten, welche die dringendste Bitte enthalten solle, die Kabinetsordre in Betreff des Sitzungslokals der National-Versammlung nach Brandenburg zurücknehmen zu wollen, um den seit gestern eingetretenen unheilvollen Konflikt zwischen der Krone und der National-Versammlung zu beseitigen. Sie könne nicht umhin, den Wunsch auszusprechen, daß auch Seitens der hohen Versammlung möglichst versöhnliche Schritte versucht und namentlich Alles von derselben aufgeboten werde, damit kein Blut vergossen werde. — Ich erwiederte darauf der Deputation, daß ich — ohne vorherige Extraction der Ansicht der hohen Versammlung — ihr nur meine persönliche Ansicht über diese Angelegenheit mitzutheilen im Stande sei. In Betreff des letzten Theils ihrer Ansprache, erklärte ich meine völlige Einstimmung mit ihrer Ansicht, da ich der entschiedenen Ueberzeugung sei, daß ein von der National-Versammlung provocirtes Blutvergießen der guten Sache nothwendigerweise schaden müsse; ich fügte noch hinzu, daß der Beweis für diese Ueberzeugung darin läge, daß die gestrige Ruhe in Berlin das Interesse der guten Sache offenbar wesentlich gefördert habe, indem sie jeden Vorwand zu etwaigen Zwangs- und Gewaltmaßregeln, z. B. zur Erklärung Berlins in Belagerungszustand, vollständig entfernt hat. — Ich erlaube mir diesen der Deputation kundgegebenen persönlichen Ansichten, auch Ihnen gegenüber, noch hinzuzufügen, daß ich es fernerhin als meine ernsteste Pflicht betrachten werde, in diesem Sinne weiter zu wirken. Ich bin der entschiedenen Meinung, daß wir nur passiven Widerstand leisten dürfen und daß die eigentliche und letzte Entscheidung über den Ausgang der schweren, durch die jetzigen Rathgeber der Krone über das Land heraufbeschworenen Krisis auch nur in der Hand des Landes liege. **So lange die Presse — so lange das Associationsrecht nicht von Neuem in Fesseln geschlagen sind, habe — erklärte ich der Deputation ferner — das Land die Mittel in Händen, den Sieg über die jetzigen Bestrebungen der Reaktion auch ohne Blutvergießen herbeizuführen. (Die ganze Versammlung bricht in lebhaften Beifall aus) Wenn also die Presse, die Associationen, die Wahlbezirke, die größeren Städte sich mit der größten Entschiedenheit erklären, daß sie unserer Ansicht beitreten, wenn sie ferner Proteste gegen das Benehmen des jetzigen Ministeriums erlassen, und dies Alles vom gesammten Lande geschieht: dann kann wohl über den Erfolg kein Zweifel sein.** Ist aber das Land oder ein großer Theil desselben dieser Ansicht nicht, nun, meine Herren, dann liegt die Verantwortlichkeit auf dem Lande, wenn die junge, nun eben aufgeblühte Freiheit schnell wieder verdorrt. Ich habe demgemäß auf den ersten Theil der Ansprache der Deputation entgegnet, ich erachte es der Würde der Nationalversammlung nicht für angemessen, Schritte irgend welcher Art zu thun, die auch nur den Schein eines Nachgebens auf die Nationalversammlung werfen könnten. (Abermaliges freudiges Bravo!) Vielmehr sei ich überzeugt, daß man durch dergleichen Schritte grade das Gegentheil erreichen werde, weil man daraus folgern dürfe, daß das Land und die Nationalversammlung gesonnen sei, sich den bisherigen ungesetzlichen Schritten zu fügen. Ferner gab ich der Deputation die Erklärung ab, die ich Ihnen zu wiederholen mir erlaube, daß ich mich schuldig erachtet habe, in Gemeinschaft mit Ihrem Vice-Präsidenten Bornemann durch den General v. Willisen uns am verflossenen Freitage bei Sr. Majestät anmelden zu lassen, um dem Könige eine nochmalige Gelegenheit zu bieten, authentische Nachrichten nicht nur über die in der National-Versammlung herrschenden Ansichten, so wie über die im Lande obwaltenden Stimmungen und Verhältnisse entgegenzunehmen, als auch besonders jeden anscheinenden Grund zu Konflikten zu entfernen. Als wir dies dem General Willisen ausdrücklich erklärt hatten, ersuchte ich den General v. Willisen, die Abgeordneten Bornemann und Unruh zu melden. Darauf erwiederte Hr. v. Willisen, Se. Majestät sei verhindert, uns zu sprechen. Ich habe geglaubt, daß dieser Schritt in meiner Pflicht lag, nicht als Ihres Präsidenten, sondern als wahren Vaterlandsfreundes.

Von diesem Augenblicke ab habe ich, da der König die ihm abermals gebotene Gelegenheit, sich aufzuklären über die wahre Lage der Dinge, nicht benutzt hat, jede Zumuthung zu ferneren Schritten dieser Art abgelehnt; wie ich denn auch angestanden habe, mich als Ihr Präsident anmelden zu lassen, weil ich die Folgen eines solchen Schrittes, den ich aus eigener Verantwortlichkeit hätte thun müssen, nicht absehen konnte. Was die verlesenen Schriftstücke betrifft, so widerhole ich es als meine, aus reiflichster Ueberlegung entsprungene Ueberzeugung, daß wir den Gewaltschritten der Krone nur passiven Widerstand entgegensetzen dürfen, wenn wir unsern Boden im Lande nicht verlieren wollen. Wenn wir uns nur durch Gewalt von unseren Plätzen hier vertreiben lassen, so werden wir durch den moralischen Eindruck, den dieser Gewaltschritt der Krone auf das Land machen wird, mehr gewinnen als durch die entschlossenste Gegenwehr der Bürgerwehr. (Allgemeines Brava.) Denn das Vaterland wird es erkennen, daß wir — bereit, für die Freiheit des Landes und des Volkes unsere letzten Blutstropfen zu vergießen — doch das Bürgerblut für viel zu kostbar halten, um auch nur einen Tropfen davon unnütz vergießen zu lassen. (Bravo.) — Ich werde demnach keinen Anstand nehmen — wie ich mich auch bereits gegen mehrere Mitglieder des Bürgerwehr-Kommandos ausgesprochen — denjenigen Theil der Bürgerwehr, welche zu unserm Schutze um unser Versammlungs-Lokal aufgestellt ist, nur zu passivem Widerstande aufzufordern. Dagegen aber werde ich darauf bestehen, daß wir unsere Plätze nicht verlassen. In diesem Sinne gedenke ich, meine Herren, zu verfahren. — Auf die Erklärung des Berliner Bezirks-Comités der Arbeiter kann ich nur dasselbe erinnern, was ich in Beziehung auf die Bürgerwehr gesagt. Weit entfernt, diese Männer, deren Kraft und Blut dem Vaterlande gehört, zu einer zwecklosen Aufopferung dieser dem Vaterlande gewidmeten Kräfte zu veranlassen oder auch nur zu dulden, daß es geschehe, glaube ich doch im Namen der Versammlung ihnen unsern Dank für die Bereitwilligkeit aussprechen zu können, mit der sie uns ihre Hülfe angeboten (Bravo).

Es wird hierauf der Namensaufruf vorgenommen, welcher 218 Mitglieder als anwesend angiebt. Später vermehrt sich die Versammlung bis auf 223.

Der Abgeordnete Bloem zeigt seine Rückkehr von der Urlaubsreise an.

Ein dringender Antrag der Abgeordneten Wollheim, Kämpff und Schulze-Delitzsch lautet:

> die hohe Versammlung möge beschließen: daß der Präsident diejenigen Abgeordneten, welche ohne beurlaubt oder durch Krankheit behindert zu sein, sich den Sitzungen entziehen, auffordere, der Pflicht der Theilnahme an denselben nachzukommen.

Der Antrag wird zahlreich unterstützt, und von Schulze-Delitzsch motivirt, worauf er einstimmig angenommen wird.

Die Sitzung wird darauf (es ist 6 Uhr 10 Minuten) bis 9 Uhr suspendirt.

Sitzung. Präsident von Unruh eröffnet dieselbe um 2 Uhr. Namensaufruf der Mitglieder. Anwesend 250. Präsident: Auf der Tagesordnung befindet sich das Gesetz wegen Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben. — Geßler protestirt gegen die Berathung materieller Gesetze im eigenen und im Namen seiner politischen Freunde, da ein großer Theil der Versammlung abwesend sei. Parrisius: Die Abwesenheit dieser Mitglieder könne die beschlußfähige Majorität nicht hindern, Beschlüsse zu fassen. — Plönnies: Ich bemerke im Namen meiner politischen Freunde, daß die Erklärung des Abgeordneten Geßler nicht die unserer Partei ist. (Bravo.) — Bornemann schlägt vor, statt des Abgabengesetzes den Petitionsbericht vorzunehmen. Angenommen. Elsner verliest einige Petitionen, die meist durch Uebergang zur Tagesordnung, resp. durch Verweisung an das betreffende Ministerium beseitigt werden. — Plönnies und Genossen beantragen, das eingebrachte Gesetz zum Schutz der Versammlung und ihrer Mitglieder zur Berathung und Beschlußnahme zu ziehen. Beschlossen, das Gesetz der betreffenden Kommission zur schleunigen Begutachtung zu überweisen. — v. Unruh (welchem einige von außerhalb kommende Mitglieder Mittheilungen gemacht haben) überläßt den Vorsitz dem Vizepräsidenten Phillips und verläßt den Saal. — Man kehrt auf neuen Antrag von Arntz, dem Bornemann beitritt, zu dem Abgabengesetz zurück mit der Maaßgabe, daß alle Amendements, gegen welche Widerspruch erhoben wird, an die Centralabtheilung zurückverwiesen werden. In dieser Weise wird Nr. 12 § 1 angenommen und die Amendements an die Abtheilung gegeben. — Parrisius stellt hierauf den Antrag, die Sitzung bis 3 Uhr zu suspendiren. Widerspruch. Kirchmann beantragt: Auf 1 Stunde. Schulze (Delitzsch): Auf eine halbe Stunde, doch so, daß die Versammlung bis dahin den Saal nicht verläßt. Diese Beschränkung erregt Widerspruch; sie wird deshalb zurückgezogen und die Suspension auf eine halbe Stunde beschlossen.

Sitzung der National-Versammlung. — Eröffnet $2\frac{1}{2}$ Uhr. — Dringender Antrag von Waldeck, Jacoby, Berends, Phillips, Hildenhagen, Pilet und Wachsmuth: „Die hohe Versammlung wolle beschließen: eine von dem Präsidium zu ernennende Kommission von fünf Mitgliedern zur sofortigen Redaktion einer Proklamation „an das preußische Volk" über die von der Staatsregierung erfolgte Beeinträchtigung der Rechte des Volkes und der Nationalversammlung niederzusetzen." — Motiv: Das Volk muß über den Konflikt zwischen der Regierung und der Nationalversammlung aufgeklärt werden. Phillips will die Proklamation des Polizei-Präsidenten zur Motivirung des Antrages vorlesen. Es unterbleibt auf Widerspruch eines Mitgliedes der Rechten. — Kunth und Maaßen sprechen gegen den Erlaß einer Proklamation. Die Kommission werde schwerlich im Stande sein, die Gründe, welche jedes Mitglied bestimmen, an der Verhandlung Theil zu nehmen, dem Lande darzulegen. — Plönnies spricht mit Beifall für den Erlaß. Ebenso Berends. Geßler dagegen: es sei nicht die Aufgabe der Versammlung, Proklamationen zu machen. v. Berg: Auch ich glaube nicht, daß es unsere Aufgabe ist, Proklamationen zu machen. Aber es ist unsere Aufgabe, die Rechte des Volkes zu wahren und seine Freiheit zu begründen. Wir haben redlich das Unsrige gethan. Eine feindliche Macht macht uns dies jetzt unmöglich. Es zieht eine Armee gegen die Hauptstadt mit der bestimmt ausgesprochenen Absicht, daß sie gegen uns verwendet werden soll, gegen 250 friedliche Männer, die hier für die Rechte ihres Volkes wachen. Unsere Proklamation wird nichts enthalten, was das Land nicht schon weiß. Sie wird enthalten die Aufforderung zum Widerstande innerhalb der gesetzlichen Schranken, die Warnung vor übereilten Schritten. Ihre Bedeutung aber ist noch eine andere. Wir wissen nicht, wie bald die letzte Stunde dieser Versammlung schlägt. Dann sei sie ein Testament, aus dem sich von Neuem der Baum der Freiheit grünend erhebe, wenn es jetzt gelingen sollte, ihn an der Wurzel umzuhauen. (Rauschender Beifall, auch von den Gallerien.) Der Antrag wird fast einstimmig angenommen. (Nur 10 bleiben sitzen.) Präsident ernennt die Kommission: Moritz, Elsner, Pilet, Zachariä, Schulz (Minden). Präsident v. Unruh verläßt hierauf den Saal. Bornemann übernimmt den Vorsitz. Namensaufruf zur Konstatirung der Mitgliederzahl. Während desselben sieht man Infanterie in starken Sektionen, gefolgt von Artillerie über den Gensdarmenmarkt ziehen. — von Berg: Der Augenblick drängt. Ich habe mir deshalb ohne Autorisation erlaubt, das Siegel der Nationalversammlung aus den Händen der Unterbeamten zu nehmen, ich lege es auf das Bureau nieder. Präsident Bornemann giebt die Zahl der anwesenden Mitglieder auf 252 an. — Die Kommission kehrt zurück und Pilet verliest die entworfene Proklamation: „An das preußische Volk! Das Ministerium Brandenburg, welches gegen die fast einstimmig ausgesprochene Erklärung der Nationalversammlung die Leitung der Geschäfte des Landes übernommen, hat seine Thätigkeit damit begonnen, daß es einseitig die Verlegung des Sitzes der Versammlung nach Brandenburg und die Vertagung derselben befohlen hat. Die Versammlung der preußischen Volksvertreter hat diesen Eingriff in ihre Rechte dadurch zurückgewiesen, daß sie mit großer Majorität den Beschluß gefaßt hat, ihre Berathungen in Berlin fortzusetzen. Zu gleicher Zeit hat sie erklärt, daß der Krone das Recht nicht zustehe, die Versammlung wider deren Willen zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen, und daß sie diejenigen verantwortlichen Beamten, welche der Krone zu jener Anordnung gerathen haben, nicht für fähig erachte, der Regierung des Landes vorzustehen, vielmehr dafür halte, daß dieselben sich schwere Pflichtverletzungen gegen die Krone, gegen das Land und gegen die Versammlung schuldig gemacht haben. Das Ministerium Brandenburg hat in Folge dieser Ereignisse die Versammlung für eine ungesetzliche erklärt und durch Androhung militärischer Zwangsmaßregeln die Fortsezzung der Berathungen zu hindern versucht. Mitbürger! In dem schweren Augenblick, wo die gesetzliche Vertretung des Volkes durch Bayonnette auseinandergesprengt werden soll, rufen wir Euch zu: haltet fest an den errungenen Freiheiten, für die wir mit unserm Leben und unserm Blute einstehen. Aber verlaßt auch keinen Augenblick den Boden des Gesetzes! Die ruhige und entschlossene Haltung eines mit Festigkeit und Mäßigung nach Freiheit ringenden Volkes wird der Frei-

heit mit Gottes Hülfe den Sieg sichern!" — (Donnernder, lang anhaltender Beifall von der Versammlung und der Tribüne.) — Bornemann: ich brauche wohl kaum die Frage zu stellen, ob die Proklamation angenommen ist, aber das Geschäfts-Reglement schreibt es vor. Alle erheben sich. — Präsident: sie ist einstimmig angenommen. (Wiederholter Beifallssturm.) — Auf Hildenhagens Antrag wird der Druck in 40,000 Exemplaren beschlossen. Berg: ich glaube, daß jetzt der Augenblick gekommen sein wird, unsere heutige denkwürdige Sitzung zu schließen. Widerspruch von allen Seiten. Berg zieht den Antrag zurück. Rodbertus (vom Platz): ich bitte in der Tagesordnung fortzufahren. Nach einer Pause wird bis gegen 4 Uhr die Berathung des Abgabengesetzes fortgesetzt. Man hört Hurrahrufen von der Straße. — 4½ Uhr. Präsident v. Unruh nimmt seinen Sitz wieder ein. v. Unruh: ich habe der Versammlung zu eröffnen, daß mir von dem Commandeur der Bürgerwehr mündlich mitgetheilt ist, es hätten sich Truppen in der Umgegend des Sitzungs-Lokales aufgestellt. Auf die Anfrage: welche Veranlassung hierzu vorliege, hat der Gouverneur Generallieutenant v. Thümen den Commandeur an den nächsthöheren Vorgesetzten, General v. Wrangel, gewiesen. General v. Wrangel erklärte: er wünsche sehnlichst seine Truppen in ihre Quartiere zurückzubringen. Auf die Erwiederung des Commandeurs: dem stände ja nichts im Wege, fragte Herr v. Wrangel: weshalb die Bürgerwehr hier stände? Der Commandeur entgegnete: die Bürgerwehr sei hier, um die National-Versammlung zu schützen. General v. Wrangel erklärte: auch er wolle die Nationalversammlung schützen. Endlich fragte Herr Rimpler: wie lange er denn hier zu stehen gedenke? Er erwiederte: seine Truppen seien gewöhnt zu bivouakiren und wenn es 8 Tage dauern solle. Ich habe hierauf schriftlich dem Commandeur der Bürgerwehr erklärt: daß die National-Versammlung keinen andern Schutz wünsche, als den der Bürgerwehr, namentlich keinen militärischen. Ich erwarte die Antwort. — Neue Pause bis 4¾ Uhr. — Präsident von Unruh: die mündlich ertheilte Antwort lautet dahin: **die Truppen würden unter keinen Umständen zurückgezogen werden. Der Austritt aus diesem Lokal sei Jedem gestattet. Dagegen würde der Eintritt den Abgeordneten nicht zugelassen werden, da der General eine National-Versammlung nicht mehr kenne, sie sei vertagt. Das Schreiben des Präsidenten der National-Versammlung an den Kommandeur der Bürgerwehr könne er nicht entgegen nehmen, weil er auch einen Präsidenten der National-Versammlung nicht kenne. (Unruhe; eine Stimme ruft: Verräther!). Das Haus werde geschlossen werden, sobald die Herren, die sich hier befänden, dasselbe verlassen hätten. — Der Kommandeur der Bürgerwehr** hat mir hierauf erklärt: es erfordere die Ehre der Bürgerwehr und die Rücksicht auf die von mir hier ausgesprochenen Ansichten, daß die Bürgerwehr diesen Platz nicht verlasse, so lange ein Abgeordneter sich in diesem Hause befindet. — Ich bin nun der Meinung, daß durch diese Erklärungen des Truppenführers **der Akt militärischer Gewalt gegen uns vollzogen ist. Wir sind cernirt.** Unter diesen Umständen hat die Versammlung meines Erachtens nur zu **erklären: daß sie nur der militärischen Gewalt gewichen sei; sie hat ferner gegen diese Zwangsmaßregeln Protest einzulegen und sich demnächst nach Vertagung der Sitzung mit der Bürgerwehr gemeinschaftlich von hier zu entfernen.** v. Berg: ich würde mich dem Antrage nur unter der Voraussetzung anschließen, daß wir morgen früh unsere Sitzung hier fortzusetzen versuchen. Präsident erklärt sich hiermit vollkommen einverstanden und verliest folgenden Protest:

„Die National-Versammlung protestirt gegen die wider dieselbe angewendete militärische Gewalt und erklärt, daß sie den Sitzungssaal heute nur in Folge der militärischen Zwangs-Maßregeln verlassen hat."

Er wird einstimmig angenommen. Präsident: ich vertage die Sitzung bis morgen 9 Uhr, sie wird in diesem Lokale fortgesetzt werden, wenn nicht gesetzwidrige Zwangsmaßregeln uns daran verhindern. — Unter Vortritt des Präsidiums verläßt die Versammlung in Reihen geordnet, den Sitzungssaal. — (Schluß 5 Uhr.)

□ **Berlin,** 9. Novbr. Abends 10 Uhr. [Tagesbericht des K.-B.] Es ist Alles ruhig geblieben. Nach der Vertagung der National-Versammlung, die um 7½ Uhr Abends beschlossen wurde, zog die Bürgerwehr vom Gensd'armenmarkt ab. Ein kleiner Theil ist zum Schutz des im Sitzungssaale zurückgebliebenen Präsidiums und der Mitglieder, die, 50 bis 60 an der Zahl, gleichfalls beschlossen haben, die Nacht im Saale zuzubringen, vor dem Eingange aufgestellt, meist Mitglieder der fliegenden Korps. — Auf den morgenden Tag ist Alles gespannt. Die Versammlung der Majore der Bürgerwehr hat in einer so eben beendeten Konferenz den Beschluß gefaßt: wenn der moralische Einfluß der Bürgerwehr dem sich ihr etwa entgegenstellenden Militär gegenüber nicht ausreichen sollte, sich hinter die Barrikaden zurückzuziehen, die das Volk inzwischen errichtet haben würde. — Herr **Milde** war heut Nachmittag wieder in Berlin. Es ist überhaupt zweifelhaft, ob derselbe in Potsdam gewesen. In der Versammlung hat er sich indeß nicht befunden. Dagegen bestätigt man uns, daß Graf Westmoreland und Herr Arago sich nach Potsdam begeben haben, um ihren Einfluß zur Beseitigung des Konflikts geltend zu machen. — Herr Kisker hat den Grafen Brandenburg nicht in den Sitzungssaal begleitet, der Verhandlung vielmehr als Zuhörer auf der Gallerie beigewohnt.

□ **Berlin,** 10. Nov. [Tagesbericht des Korrespondenzbureau's.] Die Versammlung sitzt in diesem Augenblicke (10½ Uhr Morgens) noch. So eben verbreitet sich das Gerücht, es rücke Militär nach der Stadt zu. — Man will wissen, daß 15,000 M. im Laufe des Tages einrücken würden, und daß, wie es schon gestern hieß, der Belagerungszustand heut wirklich über Berlin verhängt werden solle. — Die Stadt gewährte gestern und heut einen eigenthümlichen Anblick in so ernster Zeit; es herrscht eine seltene Ruhe, fast nirgends auch nur Zusammenläufe. Man muß gestehen, daß gerade diese Ruhe imponirend ist.

11 Uhr. Das 2. Garderegiment soll sich geweigert haben, in Berlin einzurücken, die hier garnisonirenden Regimenter, das 9. und 24., Berlin zu verlassen. — Im Laufe der Nacht haben sich die Fraktionen für den Fall eines gewaltsamen Angriffes auf die Versammlung über folgende Anträge vereinigt: 1) Alle Civil- und Militärbeamte, welche zu einem solchen Verfahren beigetragen haben, für Hochverräther zu erklären; 2) das Ministerium Brandenburg zur Empfangnahme von Steuerzahlungen für nicht berechtigt zu erklären.

12 Uhr. Die Versammlung hat ihre Sitzung auf ½ Stunde suspendirt. Der Gensd'armenmarkt ist von der Bürgerwehr heut ganz gefüllt. Das Anrücken des Militärs wird jeden Augenblick erwartet. Die Bürgerwehr wird nur passiven Widerstand entgegensetzen. — Die Zahl der an den Berathungen Theil nehmenden Mitglieder ist durch Namensaufruf auf 250 festgestellt. Auf der Zuhörertribüne befindet sich Bassermann aus Frankfurt. Auch der Abg. Max Hartmann ist unter den Zuhörern. — Das Sekretariat hat schleunigst Sorge getragen, daß die stenographischen Berichte in 1000 Exemplaren gedruckt werden können. Der Geheimen Oberhofbuchdruckerei des Herrn Decker ist der Druck Seitens des Ministeriums untersagt. Der König hat einen Juristenrath nach Potsdam berufen zur Begutachtung der Frage: ob er die Versammlung aufzulösen berechtigt sei? Die Antwort soll mit Uebereinstimmung fast aller Befragten verneinend ausgefallen sein.

12½ Uhr. Es geht uns die Nachricht zu, daß um 2 Uhr das Militär einrücken wird. — So eben verließ der Abg. Baumstark und 2 andere Mitglieder der Rechten eine Versammlung dieser Partei, um sich nach Potsdam zu begeben. — Nachträglich bemerken wir, daß Minister Manteuffel dem Kanzlei-Inspektor Bleich gestern noch die Weisung gegeben, wieder sein Amt in der Kanzlei der Nationalversammlung zu übernehmen, damit die Leute nicht in Verlegenheit kämen. Dagegen wurden dem beurlaubten Abg. Schmidt (Minden) die rückständigen Diäten von der Kasse des Ministeriums des Innern verweigert, weil dieselben fortan nur in Brandenburg ausbezahlt würden.

Nachmittags 2½ Uhr. Berlin ist im Augenblicke vollkommen ruhig, es bewahrt auch heut die Haltung des gestrigen Tages. — Eine Antwort Sr. Majestät auf die Adresse der Kommunalbehörden (s. den Bericht von heut morgen) ist bis jetzt noch nicht eingegangen. So eben erscheint folgendes (in unserem Morgenber. erwähnte) Proklamation an den Ecken:

„Auf Anweisung des königl. Staats-Ministerii wird hiermit Nachfolgendes zur Kenntniß der Bewohner Berlins gebracht. Obgleich Se. Majestät der König mittelst allerhöchster Botschaft vom 8. d. M. die Verlegung der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung nach Brandenburg und deren Vertagung bis zum 27. d. M. angeordnet hat, fährt ein Theil jen r Versammlung dennoch fort, hier beisammen zu bleiben und Beschlüsse zu fassen. Die Regierung Sr. Majestät befindet sich deshalb in der Nothwendigkeit, einem solchen, die Rechte der Krone beeinträchtigenden Verfahren auf das Entschiedenste entgegenzutreten und hat zu dem Ende beschlossen, da die Bürgerwehr, als die zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung verpflichtete Instanz, ihre Mitwirkung versagt hat, die hiesige Garnison so bedeutend zu vermehren, daß nicht nur die behufs Aufrechthaltung des königlichen Befehls wegen Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg und wegen ihrer Vertagung erforderlichen Maßregeln durchgeführt werden können, sondern daß auch die überhaupt seit längerer Zeit im hiesigen Orte vorgekommenen Störungen der öffentlichen Ordnung und Beeinträchtigungen der Freiheit kräftig unterdrückt werden könn:n. Das Einrücken der Truppen, welche zur Verstärkung der Garnison bestimmt sind, wird schon heute stattfinden, und darf von dem gesetzlichen Sinne der Bürgerschaft, welche anerkennen wird, daß Gesetz und Ordnung die Hauptbedingungen der Wohlfahrt der Stadt und des Staats sind, mit Zuversicht erwartet werden, daß sie den einrückenden Truppen in keiner Weise hinderlich entgegentreten werde. Ausdrücklich und auf das Feierlichste wird zugleich versichert, daß Seiner Majestät Regierung diese Maßregel nur ergriffen hat, um die Erfüllung der Verheißungen, welche dem preußischen Volke zur Befestigung seiner Freiheit und zur Erlangung einer volksthümlichen Verfassung gemacht sind und welche heilig gehalten werden sollen, zu beschleunigen, keineswegs aber die R chte oder Freiheiten des Volkes in irgend einer Weise zu beeinträchtigen.

Berlin, den 10. November 1848.

Der königliche Polizei-Präsident.

(Gez.) **v. Bardeleben."**

Nachmittags 3½ Uhr. So eben rückt zum Brandenburger Thor Militär in die Stadt, Artillerie und Infanterie in sehr beträchtlicher Anzahl. Man will Seitens des Militärs die Schloßwache besetzen, die Bürgerwehr, die dieselbe inne hat, verlangt aber hierzu die Vorzeigung eines ausdrücklichen Befehls; es wird hierüber im Augenblicke unterhandelt. Von dem Gouvernement und dem Polizei-Präsidium ist folgende Bekanntmachung ausgegangen, die jetzt an die Ecken geheftet wird:

„Bei der Besetzung mehrerer Wachen in der hiesigen Hauptstadt durch Truppen wird es erforderlich, das Publikum auf die betreffenden Bestimmungen des Gesetzes über den Waffengebrauch des Militärs vom 20. März 1837 aufmerksam zu machen. Dieselben lauten: § 1. Das in unserem Dienste zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit auftretende Militär ist berechtigt, auf Wache und Posten, bei Patrouillen, Transport- und anderen Kommandos, auch wenn solche auf Requisition oder zum Beistande einer Civilbehörde gegeben werden, in den nachstehenden §§ 2—6 bezeichneten Fällen von seinen Waffen Gebrauch zu machen. — § 2. Wird das kommandirte Militär bei einer der erwähnten Dienstleistungen angegriffen, oder mit einem Angriff gefährlich bedroht, oder findet es Widerstand durch Thätlichkeit oder gefährliche Drohung, so bedient sich dasselbe seiner Waffen, um den Angriff abzuwehren und den Widerstand zu überwältigen. § 3. Wenn das Militär bei einer solchen Dienstleistung zur Ablegung der Waffen oder anderer zum Angriffe oder zum Widerstande geeigneter, oder sonst gefährlicher Werkzeuge auffordert, und es wird dieser Aufforderung nicht sofort Folge geleistet, oder es werden die abgelegten Waffen oder Werkzeuge wieder aufgenommen, so macht das Militär von seinen Waffen Gebrauch, um den ihm schuldigen Gehorsam zu erzwingen. § 6. Jede Schildwache (die Ehrenposten mit eingerechnet) hat sich zum Schutze der ihrer Bewachung anvertrauten Personen oder Sache nöthigenfalls der Waffen zu bedienen.

Berlin, den 10. Novbr. 1848.

Kgl. Gouvernement: Kgl. Polizei-Präsidium:
Für den Gouverneur: v. Bardeleben."
gez. v. Thümen,
General-Maj. u. Kommandant.

Die nachfolgende Bekanntmachung der Bürgerwehr giebt Auskunft über die dieser bewaffneten Macht von ihren Führern zuertheilte Stellung in den gegenwärtigen verwickelten Verhältnissen. Wir theilen dieselbe wörtlich mit:

„Im Einverständnisse mit der hohen Nationalversammlung, die unter allen Umständen die Provokation zu einem Bürgerkriege vermieden wissen will, hat das unterzeichnete Kommando, die Majore der Bürgerwehr und die Führer der fliegenden Corps einstimmig beschlossen, der in unsere Stadt rückenden Militärmacht sich nicht gewaltsam entgegenzustellen. Sie fordern das Volk, welches ihnen so viele Beweise seines Vertrauens gegeben, auf, in eben dieser Weise zu verfahren. Dieser friedliche Widerstand gegen eine nicht berechtigte Uebermacht wird sicher der Sache der Freiheit zum endlichen und ge wissen Siege verhelfen. In diesem Sinne beschwören sie daher ihre Mitbürger, auch dies

mal mit der Bürgerwehr Hand in Hand zu gehen. **Berlin, 10. Novbr. 1848.**

Das Kommando der Bürgerwehr, die sämmtlichen Majore der Bürgerwehr und die sämmtlichen Führer der fliegenden Corps.

Zur Beglaubigung
gez. Rimpler.

Die Kommunal-Behörden haben von Sr. Majestät auf ihre Adresse die Antwort erhalten, daß Se. Majestät von dem Benehmen der Stadt Berlin am heutigen Tage und insbesondere der Bürgerwehr ihren Entschluß abhängig machen werden. — Die Truppen, an deren Spitze Wrangel eingezogen ist, sind im Augenblick zum Theil am Schloß, zum Theil auf dem Platze vor dem Schauspielhause aufgestellt. Die Bürgerwehr umgiebt das Sitzungsgebäude.

5 Uhr. Die Stadtverordneten haben gegen die Einquartirung protestirt, sie halten dieselbe, da die Stadt Servis zahlt, für ungesetzlich. — Die Nationalversammlung ist auf morgen vertagt, sie hat gegen das militärische Einschreiten (das Umgeben des Sitzungssaales von Soldaten) Protest eingelegt und will morgen im Conzertsaale des Schauspielhauses wieder zusammenkommen, wenn nicht militärische Gewalt sie davon abhält; sie hat noch am Schluß der Sitzung eine Proklamation an das preußische Volk erlassen. (s. d. Nat. Ber.)

Nachdem die Sitzung vertagt war, entfernte sich die Versammlung, den Präsidenten an der Spitze, ihr schloß sich die Bürgerwehr an. Man brachte dem Präsidenten und der Versammlung ein donnerndes Hoch. Herr v. Unruh begab sich hierauf in die Bureaus des Bürgerwehr-Kommandos und dankte diesem für seine Dienstleistungen. Die Bürgerwehr brachte hierauf Herrn v. Unruh ein donnerndes Hoch und geleitete Herrn v. Unruh nach seinem Hotel unter militärischen Ehrenbezeugungen.

Während der Nacht werden Bürgerwehr-Patrouillen die Stadt durchstreifen, um die seltene Ruhe des Tages auch in der Nacht aufrecht zu erhalten.

In den Parteisitzungen werden die einzelnen Fraktionen darüber berathen, welches Sitzungslokal man event. morgen nehmen solle. Wahrscheinlich wird man sich für die Aula entscheiden, da der von den Kommunalbehörden eingeräumte Rathssaal des Kölner Rathhauses nicht groß genug ist, um die Nationalversammlung aufzunehmen. — Der Abgeordnete von Köln, v. Wittgenstein, hat der Nationalversammlung angezeigt, daß er angekommen, aber durch Krankheit die Sitzung zu besuchen verhindert sei. Blöm, vom Urlaub zurückgekehrt, war in der Versammlung zugegen.

Abends 7 Uhr. Die Stadt ist vollkommen ruhig. Auf dem Gensdarmenmarkt stehen noch immer bedeutende Sektionen Infanterie, an der Mohrenstraße einige Kanonen.

⊙ **Berlin**, 10. Novbr. [Aus der Corresp. d. const. B.'s.] Es liegt ein Tag hinter uns, inhaltschwerer, bedeutungsvoller, als der 18. März. Berlin, das der unbedeutendsten Dinge wegen so manchen blutigen Krawall erlebte, widerstand der Verlockung durch gewaltsame Schritte gegen die von schlechten Rathgebern herbeigeführten Maßregeln der Krone einen blutigen Kampf herbeizurufen, der nur mit der Entwaffnung des Volkes, mit der Unterdrückung der Presse, kurz mit dem Belagerungszustande endigen konnte. Berlin hat sich selbst besiegt und durch diesen Sieg sich selbst für die Sache der Freiheit und des Gesetzes einen unblutigen Kampf gefochten, dessen Folgen gewichtiger sein werden, als jene des 18. März. Indessen wir sind noch nicht am Ziele und wollen den Tag nicht loben vor Abend. Wir wissen noch nicht, welches Verfahren die Regierung dem passiven Widerstande gegenüber einhalten wird; eben so wenig wissen wir, wann die Linke mit ihrem republikanischen Gelüste wieder zum Vorscheine kommen wird. Die Absichten der Regierung fallen nicht schwer zu errathen. In diesem Augenblicke läßt der Magistrat den Einmarsch von 15,000 Mann Soldaten, die bei den Bürgern einquartirt werden sollen, durch Eckenanschlag anzeigen. Berlin wird sie mit entschlossener Ruhe empfangen. — — Folgende Erklärung sendet uns dasselbe Büreau:

„Die Krone hat auf Anrathen und unter Verantwortlichkeit des neu ernannten Ministeriums Brandenburg einseitig die Verlegung der hiesigen National-Versammlung und deren Vertagung beschlossen. Die Majorität der Versammlung hat diesen Beschluß als verbindlich nicht anerkannt, sondern es für ihre Pflicht erachtet, ihre Sitze in der Versammlung ohne Unterbrechung beizubehalten um für die Erfüllung der Mission, welche sie von ihren Wählern erhalten, jeder Zeit bereit zu sein. Wir halten uns verbunden, den Wählern und Wahlmännern, deren Vertrauen uns hierher entsendet hat, die Gründe dieses Verfahrens, dem auch wir uns angeschlossen haben, anzugeben."

„Auch wir haben es tief beklagt, daß Exzesse von Volkshaufen die freie Berathung der Volksvertreter zu Berlin wiederholt bedroht haben; allein daß sich dort dergleichen ereignen konnte, ohne energisch unterdrückt zu werden, erschien zum Theil als ein Zeichen der Schwäche des nicht volksthümlichen Ministeriums selbst. Auch an einem andern Ort wäre die National-Versammlung gegen den Versuch der Einwirkung von einer oder der andern Seite nicht gesichert. Nicht die Verlegung der Versammlung, welche zugleich die bedrohlichsten Nachtheile im Gefolge hat, sondern die Unterdrückung der Exzesse schien daher der geeignete Weg. Ein Antrag dazu, hervorgegangen aus dem Schooße der Versammlung, stand bereits auf der Tagesordnung. Wenn aber auch Einzelne unter uns die Verlegung an sich zweckmäßig fanden, so kann doch die Regierung einseitig sie nicht verfügen. Hierher sind wir berufen, hier sind wir erschienen und hier haben wir uns konstituirt, um mit der Krone die Verfassung zu vereinbaren. Also als gleichberechtigte Paciscenten stehen wir einander gegenüber und es kann nicht zugegeben werden, daß eine der contrahirenden Parteien nach jedesmaligem einseitigen Belieben der anderen den Ort der Unterhandlung ohne ihre ausdrückliche Zustimmung zu wechseln schuldig sei. Es wäre auch nicht abzusehen, wann ein solcher Wechsel ein Ende finden sollte. Noch weniger erscheint ein Recht der Krone, die Verlung einseitig zu vertagen, begründet. Das Recht der Vertagung fließt aus dem Rechte der Auflösung und eine konstituirende Versammlung kann, bever sie ihr Werk vollendet hat, nicht aufgelöst werden, ohne das Werk selbst definitiv abzubrechen. Die Vertagung aber ist fast noch gefährlicher als die Auflösung selbst, mit welcher doch die sofortige Anordnung von Neuwahlen und die gleichzeitige Einberufung der neu erwählten Vertreter hätte verbunden werden müssen."

„Stände der Krone das Recht einseitiger Vertagung zu, so wäre sie dabei auch nicht an eine bestimmte Frist gebunden und durch eine nicht minder berechtigke monate- und jahrelange Vertagung könnten die verheißenen Freiheiten, die hier festgestellt werden sollen, illusorisch gemacht werden. Die Vertreter des Volkes können und dürfen die Konsequenzen, welche aus einer wüllkührlichen 18tägigen Vertagung gezogen werden können und vor denen wir uns unter einem Ministerium Brandenburg keineswegs gesichert fühlen, nicht zulassen und wir haben es für unsere heiligste Pflicht erachtet, die Rechte des von uns vertretenen Volkes nicht Preis zu geben. Alle Errungenschaften der Märztage wären geopfert und das Vaterland wider dem Absolutismus anheimgegeben, wenn wir der Krone die Befugniß der einseitigen und wüllkührlichen Vertagung einräumten. — Es kömmt hinzu, daß ein Ministerium Brandenburg-Manteuffel, welchem das Volk sein Vertrauen nicht schenkt, wie die National-Vertretung dies fast einstimmig in einer ehrerbietigen Adresse an des Königs Majestät ausgesprochen hat, — es ist, welches sein erstes Auftreten mit solchen Attentaten auf die Volksfreiheiten bezeichnet und von welchem daher eine Reihe folgender ähnlicher Maßregeln zu erwarten steht, wenn der erste Versuch nicht sofortigen Widerstand findet. Indem wir es also für eine gebieterische Pflicht gegen unsere Wähler und das gesammte Volk erachteten, auf dem Platze zu bleiben und nur der Gewalt zu weichen, werden wir jedoch jedem Angriff auf die Rechte der Krone auf das entschiedenste entgegentreten und durch die Mäßigung, welche wir mit der Kraft verbinden, den Beweis liefern, daß wir die Freiheiten nur auf gesetzlichem Wege zu erhalten und festzustellen gesonnen sind."

„Berlin, den 10 Dovember Morgens 9 Uhr."

„Zachariae. Petersen. Bredt. Tietze. Gierke. Köhler (Görlitz). **Seydel. Schultze** (Minden). **Lüdicke. Zimmermann** (West-Havelland). **Riemann. Schulze** (Schwetz). **Wegener. Maaßen. Eschman. Moritz. Gottlieb. Besser. v. Puttkammer."**

⚭ **Berlin**, 10. Novbr. [Ein zweiter Tagesbericht.] 3½ Uhr früh. Das Hornsignal der Bürgerwehr tönt fast durch die ganze Stadt. Alles stürzt aus den Häusern, man fürchtet einen Staatsstreich, mit Blitzesschnelle geht die Nachricht von Mund zu Mund, daß das Militär an den Thoren stehe. 4½ Uhr. Die Majore der Bürgerwehr, welche die ganze Nacht berathen haben, trteen mit ihren Batailonen, wenn sich die Ursach des Allarms erst deutlich herausstellt, zusammen. Der Polizei-Präsident hat in der Nacht dem Bürgerwehrcommando die Requisition zugehen lassen, das Sitzungsgebäude durch Bürgerwehr abzusperren und jeden Eintritt der Abgeordneten in dasselbe zu verhindern, resp. mit Gewalt auseinanderzutreiben. Der Bürgerwehrcommandeur hat aber in Uebereinstimmung mit den Majoren und Hauptleuten die Antwort ertheilt, daß er dies nicht thun werde, daß vielmehr die Bürgerwehr fest entschlossen sei, die Nationalversammlung zu schützen, wozu dieselbe durch § 1 des Bürgerwehrgesetzes verpflichtet. Ueberdies bestreite er dem Polizei-Präsidenten jedes Recht, die Bürgerwehr zu requieriren. — Dunkle Drohungen cirkulirten bis 6 Uhr, das Schauspielhaus mit Militär zu besetzen, deshalb der frühe Allarm. 5½ Uhr. Die Bürgerwehr rückt in ungeheuren Massen an das Schauspielhaus, welches die Nacht über von der ganzen Berliner Schützengilde besetzt war. Die Nationalversammlung ist bereits um 3 Uhr auf den Rath des Commandeurs Rimpler zusammenberufen*) und schon 4½ Uhr zählte die Versammlung 225 Mitglieder, die sich jedoch schon während des Namensaufrufs entfernten. In der Nacht ist ein Schreiben an den Reg.-Rath v. Unruh (!) angekommen. Die Versammlung beschließt, von diesem Privatschreiben keine weitere Notiz zu nehmen. — Gleichzeitig ist ein offizielles Schreiben des Commandeurs Rimpler eingegangen, welches der Versammlung die eben erwähnte Thatsache mittheilte, und dem Präsidenten die Bürgerwehr in ihrer ganzen Gesammtheit zur Disposition stellt. Die Versammlung beschließt hierauf: Niemanden zum thatsächlichen Widerstand aufzufordern, jedoch ruhig auf dem Platze zu bleiben und nur der Gewalt der Waffen zu weichen. — Die hiesige Arbeitergemeinschaft hat sich der Nationalversammlung durch eine Deputation zur unbedingten Verfügung gestellt. Die Sitzung wird hierauf bis 9 Uhr vertagt, doch bleibt die Versammlung beisammen. Bemerkenswerth bleibt, daß trotz der Brandenburgschen Schreiben, viele der höchsten Staatsbeamten, sogar der hiesige Criminal-Gerichts-Direktor Harrassowitz der Versammlung ruhig beiwohnten. Abg. v. Daniels hat in einem Schreiben erklärt, daß er sich am 27. d. M. in Brandenburg einfinden werde. — 7 Uhr. Brandenburg soll gedroht haben, daß wenn die Bürgerwehr die Nationalversammlung nicht auseinandertreiben werde, um 12 Uhr Wrangel mit 50,000 Mann erscheinen werde. 8½ Uhr. Die Bürgerwehr hat durch den Präsident. v. Unruh den gemessenen Befehl erhalten, jeden Conflikt, woher er auch komme, zu vermeiden. Der Präsident v. Unruh suchte gestern Abend als Privatmann eine Audienz beim Könige nach, ist aber nicht vorgelassen worden. 9 Uhr. So eben kommt die Nachricht, daß das zweite Garderegiment in Charlottenburg sich geweigert habe, nach Berlin zu marscheren. Die Offiziere sollen erklärt haben, wohl einen offnen Aufstand, aber nicht die Nationalversammlung unterdrücken zu wollen. Das hier stehende 24. Regiment hat sich ebenfalls geweigert, die Kaserne zu verlassen. (Es ist natürlich, daß ich diese Data unter Vorbehalt der näheren Verbürgtheit wiedergebe.) 9 Uhr 20 Min. Die Sitzung der Nationalversammlung beginnt wieder und zwar mit dem Namensaufruf zur Feststellung der Vollzähligkeit. Die ganze Besatzung des Gensdarmenmarktes hat Befehl, stets in geschlossenen Reihen zu bleiben. — Man beabsichtigt einen Antrage in die Versammlung einzubringen 1) von Jacoby, D'Ester ꝛc. die Minister als Hochverräther zu erklären, 2) von Waldeck, das Land solle die Zahlung der Steuern verweigern! Der letzte Antrag soll natürlich nur als äußerste Repressalie gegen Gewaltmaßregeln gelten. Die Rechte ist sehr schwach vertreten. Die Versammlung geht ohne Weiteres zur Tagesordnung über und zwar auf die Bitte der Mitglieder der Rechten zur Entgegennahme des Petitionsberichtes; es sind 251 Mitglieder anwesend. Das Volk und die Bürgerwehr bewahren einen Geist, auf den wir stolz sein können. — Man spricht viel, daß das Ministerium Pfuel wieder eintreteu werde, um eine Vermittelung zu erzielen. Der Magistrat ist der ihm gestern mitgetheilten Adresse der Stadtverordneten nicht beigetreten, hat vielmehr selbstständig eine Deputation zum Könige geschickt, um die Zurücknahme des Verlegungsbefehls der National-Versammlung zu erwirken. Die Stadtverordneten werden die Adresse in der mitgetheilten Fassung absenden. — 11 Uhr. Es wird von Neuem in dem größten Theile der Stadt die Bürgerwehr allarmirt, man fürchtet jeden Augenblick Gewaltmaßregeln. Das Volk benimmt sich musterhaft, der Geist der Bürgerwehr bleibt vorzüglich. Bei den Stadtverordneten sind für die Truppen von heute bis morgen Mittag Einquartirungs-Billets verlangt worden. — Das Volk bewegt sich in großen Massen in den belebtesten Stadttheilen. Es wird eine Ansprache vom Bürgerwehrkommando vorbereitet, welche noch einmal zur Ruhe auffordert. — Halb 1 Uhr. Die Sitzung wird so eben auf eine halbe Stunde suspendirt. — Das Servis-Amt hat auf den Befehl der Militär-Verwaltung Einquartirungs-Billets 15,000 Militärs ausgestellt. Jeder Eigenthümer, der von seinem Hause mehr als 1000 Thl. Miethe bezieht, erhält 4 M. Einquartirung. — Auf die von den Stadtverordneten abgesandte Adresse ist der Vorsteher Seidel zum Herrn v. Manteuffel berufen worden, wobei derselbe erklärte, daß der **König vielleicht auf den ersten Punkt der Adresse (die Zurücknahme der Verlegung der National-Versammlung) eingehen wurde, durchaus aber nicht auf den andern Punkt (die Ernennung eines andern volksthümlichen Ministeriums). Seidel erklärte hierauf, daß er im Auftrage und im Namen der ganzen hiesigen Bürgerschaft gerade diesen Wunsch wiederholen müsse, wenn nicht unabsehbares Unglück über die Hauptstadt und das Land kommen solle.** — 1 Uhr. Auf eine Anzeige, daß das Militär die Thor- und Schloßwachen besetzen werde, erklärte das Bürgerwehrkommando, daß der Bürgerwehr die Besetzung der Wachen nach dem Bürgewehrgesetz zustehe, und daß dieselbe nur der Gewalt der Waffen weichen werde. — 1½ Uhr. Es erscheinen so eben 2 Bekanntmachungen, die eine von dem Kommandanten v. Thü-

(Fortsetzung in der Beilage.)

*) Das betreffende Schreiben lautet: „Ew. Hochwohlgeboren überreicht das unterzeichnete Kommando Abschrift der so eben eingegangenen Requisition des Polizei-Präsidiums vom gestrigen Tage und stellt mit Rücksicht auf den Inhalt dieses Schreibens die ganz ergebenste Bitte: Es wolle Ew. Hochwohlgeboren gefallen, wo möglich auf heute morgen um 5 Uhr die sämmtlichen Vertreter des preußischen Volkes nach dem Sitzungssaale zu berufen, indem es so der Bürgerwehr am leichtesten werden wird, den der hohen Versammlung gebührenden Schutz zu übernehmen und ein blutiges Zusammentreffen zu vermeiden.
Das Bürgerwehr-Kommando: Rimpler.
Berlin, den 10. November 1848.
An den Präsidenten der National-Versammlung."

Mit zwei Beilagen und einer Extra-Beilage.

Erste Beilage zu № 266 der Breslauer Zeitung.

Sonntag den 12. November 1848.

(Fortsetzung.)

men und dem Polizei-Präsidenten, welche die Strafgesetze wegen Widersetzlichkeit gegen das Militär republizirt, da dasselbe mehre Wachen beziehen soll. Die zweite ist von dem Polizei-Präsidenten unterzeichnet, und fordert die Bewohner Berlins auf, das Militär ruhig einrücken zu lassen, welches auf Befehl der Regierung in so bedeutender Menge heute einrücken wird, wie es zur Beschleunigung zur Feststellung der verfassungsmäßigen Freiheit der Regierung nöthig scheint, weil ein Theil der National-Versammlung ihre ungesetzlichen Berathungen fortsetzt, und weil die Bürgerwehr sich bestimmt geweigert hat, diesem ungesetzlichen Treiben entgegen zu treten, — 2 Uhr. Das erwähnte Plakat des Commandeur Rimpler, welches das Volk beschwört, den Einzug des Militärs ruhig zu gestatten, erscheint so eben. — 3 Uhr. Die vorhin suspendirte Sitzung wird wieder eröffnet und der Antrag gestellt, eine Redaktion aus 5 Personen zu ernennen, welche eine Proklamation an das preußische Volk ausarbeitet, die sofort erlassen werden soll. — Berg spricht glühend, mit förmlicher Begeisterung für den Antrag, seine Worte sind Blüthen, die unter dem Wermuth die Rose nicht verkennen läßt — 3½ Uhr. Es ertönet von fern Trommelschlag; das Volk strömt durch die Straßen, überall der Ruf: Wrangel und die Soldaten, die Bürgerwehr vor der National-Versammlung greift zu den Waffen, stellt sich in Reih und Glied mit einer Begeisterung, die wahrlich eines würdigeren Gegners werth gewesen wäre. — 4 Uhr. Von allen Seiten rücken die Militärmassen herein, aus dem Brandenburger, Potsdamer und Hallischen Thor zu gleicher Zeit, man zählt 5 Regimenter, die nach verschiedenen Straßen herunter marschiren, mit starken Geschütz Batterien umgeben. — 4½ Uhr. Die eingerückten Regimenter kommen unter Trommelschlag näher und konzentriren sich in der Nähe der National-Versammlung, wo die Bürgerwehr ruhig, ernst und gemessen, das Gewehr an Fuß gesetzt, dem sich entwickelnden Militair entgegensieht. Wrangel kommt eben mit seinem Stabe die Fronten der Bürgerwehr entlang und grüßt die Bürgerwehr „guten Abend meine Herren!" Der Dank erfolgt aber ungemein spärlich. Die eingerückten Regimenter bestehen aus Kaiser Franz, Alexander und 2. Garde-Regiment, des 2. (Königs-) Regiments, aus Füsilier-Bataillonen des 10. und 31. Regiments und der 3. Jäger-Abtheilung mit der ganzen Garde-Fuß-Artillerie. — 4½ Uhr. Die Bürgerwehr vor dem Sitzungsgebäude ist plötzlich von allen Seiten mit Militair-Wachen eingeschlossen, an der Jägerstraße sind Kanonen aufgefahren, die Nationalversammlung, welche die entworfene Proklamation mit Einstimmigkeit annimmt, vertagt sich auf eine halbe Stunde. Eben bricht ein ungeheures Hurrah und Bravo von den dicht drängenden Volksmassen los; Wrangel hält auf dem Gensd'armenmarkt an der Taubenstraße, ihm gegenüber steht der Commandeur Rimpler; Wrangel sagt zu dem Letzteren: So lange die Bürgerwehr hier steht, so lange werde ich mit meinen Soldaten hier stehen, und sollte es 8 Tage dauern, ich bin das Bivouakiren gewohnt. Der Commandeur Rimpler erwiderte ruhig: Auch ich und die Bürgerwehr ist das Bivouak gewohnt, und wenn Sie 8 Tage stehen, steht die Bürgerwehr, auf die ich mich verlassen kann, 14 Tage und wir wollen sehen, wer den Kürzesten davon zieht, Sie oder ich! Dies ist's, was den stürmischen Jubel erzeugte. — 4¾ Uhr. Die Nationalversammlung beginnt die Sitzung wieder, wo das eben mitgetheilte Zwiegespräch auch der Versammlung angezeigt wird. Der Präsident giebt den Rath, da die Bürgerwehr es sich zur Ehrensache gemacht hat, nicht eher zu weichen, als bis die National-Versammlung den Saal verlassen, die Sitzung bis morgen früh 9 Uhr zu vertagen, sich dann hier einzufinden, und sollte dann der Saal ihnen verwehrt sein, dann werde der Präsident ihnen ein anderes Lokal bestimmen. Man möge nur die Maßregeln Wrangels ansehen, und deshalb möge man der Gewalt weichen. Die Versammlung willigt darein einstimmig und der Präsident erklärt die Sitzung bis morgen früh 9 Uhr vertagt, da man der Gewalt der Bajonnette weichen müsse. — Die Versammlung tritt somit auf die Straße, die Bürgerwehr präsentirt unter lautem Hurrahruf des Volkes das Gewehr; v. Unruh und Waldeck sprechen zu der Bürgerwehr. Während dies geschieht, rückt das Militair von der Jägernstraßen-Seite des Gensd'armenmarktes dicht der Bürgerwehr auf den Leib; die Bürgerwehr steht ruhig, das Gewehr am Fuß. Mehrere Offiziere wollen hindurch, die Bürgerwehr erklärt ruhig aber bestimmt, daß sie Ordre habe, Niemanden hindurch zu lassen. Da verlangen die Militair-Offiziere den Führer der Bürgerwehr zu sprechen; dieser erscheint und zwar der Major Horn des 4. Bataillons der Bürgerwehr. Ein Stabsoffizier verlangt von demselben den Durchgang, die obige Antwort wird wiederholt, und man erklärt sich endlich deutlicher: daß der Offizier der National-Versammlung jetzt auf Befehl die Aufforderung zugehen zu lassen habe, sofort den Saal zu räumen. Major Horn zieht seinen Degen und führt die 5 Militair-Offiziere zu der National-Versammlung — die Herren finden aber verschlossene Thüren. — 5 Uhr. Das Militair marschirt ab und zwar mit der Artillerie. — 5¼ Uhr. Jetzt endlich rückt die Bürgerwehr, die seit 4 Uhr früh, trotz der Kälte, standhaft auf dem Platz gewesen, mit Trommelschlag nach Hause. Das Volk hat überall, wo die Bürgerwehr entlang geht, Spalier gezogen und begleitet dieselbe mit stürmischem Jubel. Die aufgestellten Bataillone sollten um 2 Uhr abgelöst werden, weigerten aber entschieden den Abmarsch, bevor eine Entscheidung erfolgt ist. — 6 Uhr. Das Militair hat mit 1 Bataillon das Schloß besetzt, worin auch Wrangel Quartier haben soll, die Bürgerwehr hat jedoch ebenfalls sowohl die Schloßwache als auch das sonst übliche verstärkte Schloßpiket gegeben. — In der Stadt herrscht die tiefste Ruhe, und dies ist die schönste, die sicherste Waffe gegen Absolutismus. Das Militair spricht offen aus, daß es geglaubt habe über Barrikaden nach Berlin einzuziehen. — 7 Uhr. Es erscheint ein Plakat der Stadtverordneten, daß das eingerückte Militair nicht von ihnen requirirt sei. — 8 Uhr. Die Stadt, obgleich in tiefster Ruhe, wird durch zahlreiche und starke Bürgerwehrpatrouillen durchzogen, die entlassenen Bataillone der Bürgerwehr, die heute in ihrer Gesammtheit thätig war, sind verpflichtet worden, sich auf einen wahrscheinlichen Allarm noch heute Abend oder in der Nacht gefaßt haltend, auf den ersten Ruf sofort zu erscheinen. — 8½ Uhr. Die Majore der Bürgerwehr haben von Neuem eine Konferenz, um über die morgenden Anordnungen zu berathen. Ich schließe, weil ich nicht weiß, ob ich vielleicht im nächsten Augenblick noch im Stande bin, den Brief abzusenden. Doch ist bis diesen Augenblick die tiefste Ruhe allgemein, und wir hoffen zu Gott, daß sie fortdauern wird, dann ist der Sache des Volkes auch der vollständige Sieg gewiß.

§§ Berlin, 10. Nov. [Recht gegen Gewalt.] So ist denn der erste Akt jenes lange vorbereiteten Dramas ausgespielt. Gewalt ist vor Recht gegangen, die bewaffnete Macht hat die Volksvertreter auseinander gesprengt. Das Ministerium Brandenburg glaubt wahrscheinlich, oder wird das Land glauben machen wollen, Gewalt sei nicht angewandt worden, indem das Militär den Konzertsaal nicht betreten. Jedermann wird aber wissen, was von diesen Argumenten zu halten, und ob es nicht völlig dasselbe ist, ob die Volksvertreter mit Hülfe des Bajonnetts aus dem Saale gewiesen, oder ob man den Saal cernirt, und die nothgedrungen herausgegangenen Personen nicht wieder hineinläßt. Die National-Versammlung ist ja nur vertagt, sagt so Mancher. Was es damit für ein Bewandniß hat, sagt ein General Wrangel. Bei der heutigen Unterredung mit dem Kommandeur der Bürgerwehr, sagt der General, wie Ihnen anderweitig bekannt geworden, **daß er keine National-Versammlung anerkenne. „Die National-Versammlung ist aufgelöst."** „„Excellenz, vertagt,"" flüstert ihm ein Adjutant ins Ohr. **„Nun ja, vertagt oder aufgelöst, das ist dasselbe,"** das ist des General Wrangel's Auffassung von dieser Angelegenheit. — Soll ich Ihnen eine Schilderung machen von der heutigen Sitzung? Dies ist für denjenigen, der Augenzeuge und Zuhörer aller der verschiedenen Scenen gewesen, eine Unmöglichkeit. Denn wer konnte kalter, ruhiger Beobachter dieser Begebenheiten bleiben? Aber das kann man ohne Uebertreibung aussprechen, daß wohl selten die Geschichte so erhebende Momente aufzuweisen gehabt hat, als dieser heutige Tag dargeboten. Die Abgeordneten fast aller Fraktionen in vollständiger Harmonie, der würdige Präsident von Unruh bei den Incidenzfällen mit Kopf und Herz das Richtige treffend, das Kommando der Bürgerwehr, die Bürgerwehr selbst bis zum letzten Augenblick dem Schutze der Versammlung geweiht, endlich die ganze Bevölkerung von einem imposanten Gefühle der Mäßigung und Ruhe durchdrungen — das sind die großartigen Ergebnisse dieses Tages. Berlin hat seine Schuldigkeit gegen das Land erfüllt; werden die Provinzen ihm nacheifern, oder werden sie es desavouiren? Wird die Reaktion triumphirend ausrufen: „mit Berlin ist die Demokratie besiegt?" Das ist es, was man sich jetzt fragend zuruft, und worauf man ängstlich der Antwort entgegenharrt. — Was morgen geschehen wird, ist noch nicht ganz festgestellt in den Parteien. Wahrscheinlich wird sich das Präsidium mit dem Bureau nach dem Schauspielhause begeben und falls, wie es wahrscheinlich ist, der Saal militärisch besetzt ist, dagegen protestiren und darüber Protokoll aufnehmen. Danach werden sich die Abgrordneten in einem andern Lokale versammeln, jedoch nicht als Nationalversammlung. Der Grund hiervon ist der, daß man durch eine zweite militärische Bewegung nicht ernstliche Unruhen seitens der Bevölkerung provoziren will. Die Linke wollte einen Antrag auf Steuerverweigerung stellen. Dieser Antrag wird indessen nicht die Majorität erhalten, indem viele fürchten, daß dadurch ein Theil der Bevölkerung verleitet werden könne, auch künftigen Regierungen die Steuern zu verweigern. Möglicherweise geht noch ein vermittelnder Vorschlag durch, nämlich zu erklären, daß eine in Brandenburg zusammentretende Versammlung nicht die Befugniß habe, Steuern zu bewilligen. Uebrigens denkt keiner der 252 zurückgebliebenen Abgeordneten daran, nach Brandenburg zu gehen. Es wird sich nun zeigen, was das Ministerium unter solchen Umständen thnn wolle. Was es auch thun möge, in den Augen Europa's ist es gerichtet. **Nicht allein Politiker, sondern streng-konservative Rechtsgelehrte erklären das Verfahren des Ministeriums für ungesetzlich und sogar nach §§ des allgemeinen Landrechts für strafbar!** — Verhüte nur der Himmel, daß wir in den nächsten Tagen keine Straßenkonflikte haben; denn noch fehlt der Reaction ein irgend haltbarer Vorwand, um Presse und Versammlungsrecht zu beschränken. Wer weiß, ob nicht so schon aus dem Verhalten der Bürgerwehr ein Grund hergenommeu wird, dieselbe zu entwaffnen.

Telegraphische Depesche.
Des Minister des Innern an den Ober-Präsidenten in Breslau.

Die versammelt gebliebenen Abgeordneten haben gestern Nachmittag 4 Uhr auf wiederholte Aufforderung das Sitzungs-Lokal verlassen.

Das Militär hat sämmtliche Wachen ohne Weiteres bezogen.

Berlin war während der Nacht vollständig ruhig. Berlin, den 11. November 1848.

Berlin, 10. Nov. [Amtl. Art. d. St.-Anz.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem geheimen Rechnungs-Revisor, Rechnungs-Rath Anton Bernhard Anderson bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Titel und Dienst-Rang eines geheimen Rechnungs-Raths beizulegen; den Dom-Kapitular Püngel zu Münster zum ordentlichen Professor der Pastoral-Theologie in der theologischen Fakultät der theologischen und philosophischen Akademie daselbst zu ernennen.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4ten Klasse 98ster königlicher Klassen-Lotterie fielen 2 Gewinne zu 5000 Rthlr. auf Nr. 8856 und 33,570 in Berlin bei Seeger und nach Düsseldorf bei Spatz; 5 Gewinne zu 2000 Rthlr. auf Nr. 27,153. 30,417. 38,832. 64,852 und 80,206 in Berlin bei Burg, nach Breslau bei Schreiber, Königsberg in Pr. bei Borchardt, Magdeburg bei Büchting und nach Siegen bei Hees; 31 Gewinne zu 1000 Rthlr. auf Nr. 1824. 5157. 7302. 13,493. 14,456. 14,842. 16,651. 20,550. 30,564. 31,321. 33,681. 34,208. 38,336. 38,363. 47,011. 47,336. 47,388. 50,836. 52,041. 54,303. 54,832. 55,240. 58,264. 61,158. 61,957. 64,171. 68,394. 69,406. 78,442. 80,917 und 81,132 in Berlin bei Baller, bei Grack, bei Mendheim und 4mal bei Seeger, nach Barmen bei Holzschuher, Breslau 3mal bei Froböß und 2mal bei Schreiber, Köln 3mal bei Reimbold, Danzig bei Rotzoll, Elberfeld bei Heymer, Graudenz bei Lachmann, Halle bei Lehmann, Langensalza bei Belz, Oppeln bei Bender, Paderborn bei Paderstein, Potsdam bei Hiller, Ratibor bei Samoje, Stettin bei Wilsnach, Tilsit bei Löwenberg und auf 4 nicht abgesetzte Loose; 33 Gewinne zu 500 Rthlr. auf Nr. 1186. 2109. 3380. 4691. 6680. 7440. 10,188. 12,531. 16,024. 17,068. 17,150. 17,269. 17,504. 20,470. 21,756. 21,971. 30,223. 32,452. 33,007. 35,294. 40,709. 47,268. 57,703. 60,081. 62,643. 65,999. 69,967. 74,234. 76,004. 76,194. 76,195. 76,720 und 78,045 in Berlin 2mal bei Alevin, 2mal bei Burg und 4mal bei Seeger, nach Bielefeld bei Honrich, Köln bei Reimbold, Danzig bei Rotzoll, Düsseldorf 2mal bei Spatz, Frankfurt bei Salzmann, Glatz bei Braun, Halberstadt bei Sußmann, Hamm bei Huffelmann, Königsberg in Pr. bei Samter, Liegnitz bei Schwarz, Merseburg bei Kieselbach, Sagan bei Wiesenthal, Stettin bei Rolin und bei Wilsnach, Thorn bei Krupinski, Trier bei Gall und auf 8 nicht abgesetzte Loose; 53 Gewinne zu 200 Rthlr. auf Nr. 31. 1437. 2025. 2471. 2728.

4506. 4579. 6204. 6672. 7108. 9830. 10,536. 13,773. 16,496. 17,923. 18,253. 18,950. 19,538. 26,753. 26,788. 27,836. 30,755. 33,298. 33,325. 37,950. 40,077. 40,737. 43,621. 46,311. 51,486. 52,264. 53,547. 54,089. 54,099. 55,443. 55,681. 56,548. 56,893. 56,976. 57,150. 61,682. 67,550. 69,314. 70,382. 72,479. 74,720. 75,011. 78,731. 81,462. 82,289. 83,507. 83,536 und 83,958.

Stettin, 10. November. [Maßregeln in Bezug auf die Vorfälle zu Berlin.] Nach Eintreffen des letzten Berliner Bahnzuges traten gestern die Vorstände des patriotischen und konstitutionellen Klubbs, der Volksvereine in der Stadt und in den Vorstädten zu einer Konferenz im Hotel du Nord zusammen, um über die Maßregeln zu berathen, welche durch die bekannten Berliner Ereignisse vom gestrigen Tage nothwendig seien. Nachdem man sich darüber verständigt hatte, jetzt alle sonstigen Disharmonien schwinden zu lassen und einmüthig zusammen zu halten, beschloß man zuerst, eine Adresse der Nationalversammlung zu überschicken, deren Schluß also lautet: „Wir erklären, daß wir jede Vertagung oder Verlegung unserer National-Versammlung wider deren Willen für eine Verletzung der Rechte unseres Volkes und für ein Attentat gegen die Freiheit achten, und mit Entschiedenheit dagegen protestiren. Wir treten den heute von der National-Versammlung gefaßten Beschüssen in ihrem vollsten Umfange bei.“

Zugleich vereinigte man sich dahin, alle verbrüderten Klubbs und Vereine in der Provinz zu einem gleichen Beschlusse zu veranlassen und diese aufzufordern, zugleich auf die näheren Kreise der Bevölkerung in gleicher Weise einzuwirken. Da der Abgeordnete Fretzdorff sich augenblicklich in Stettin befindet, so wurde es für dringend nothwendig erachtet, denselben durch eine Deputation aufzuforderu, sich auf seinen Posten nach Berlin verfügen zu wollen und im Behinderungsfalle zu veranlassen, daß der Stellvertreter einberufen würde.

(Ostsee-Ztg.)

Frankfurt a. d. O., 10. November. [Adresse.] Die königliche Botschaft, welche am gestrigen Tage der Nationalversammlung ihre Vertagung und Verlegung nach Brandenburg ankündigte, hat hier, als Zeichen eines offenen Bruchs der Krone mit der Volksvertretung, die größte Aufregung hervorgerufen. Es zirkulirt bereits nachstehende Adresse an die National-Versammlung: „Einverstanden mit dem Beschlusse, den die hohe Nationalversammlung auf die königliche Botschaft wegen ihrer Verlegung und Vertagung am 9. d. M. gefaßt hat, erklären wir hierdurch feierlichst, daß wir mit allen Kräften ihren darin ausgesprochenen Willen zu unterstützen und ihre Ehre, die die Ehre des ganzen Vrlkes ist, zu wahren bereit sind.“

Erfurt, 5. Novbr. [Das Versammlungsrecht unterdrückt!] Der Oberbürgermeister Wagner hat zwei hiesigen Vereinen verboten, die von ihnen berufenen Volksversammlungen abzuhalten.

Deutschland.

Frankfnrt, 8. Nov. [111. Sitzung der verfassungsgebenden Reichsversammlung.] Rößler von Oels stellt eine Anfrage an das Reichsministerium in Betreff des Uebertritts ungarischer Soldaten auf das preußische Gebiet. Justizminister Mohl erklärt, daß diese Anfrage kommenden Montag von Seiten des betreffenden Reichsministers beantwortet werden wird. Ein Antrag Engels, die Stellung der neuen interimistischen Regierung von Schleswig-Holstein betreffend, wird nicht als dringend erachtet und dem internationalen Ausschusse zugewiesen. Sodann beschließt die Versammlung mit Rücksicht auf die in der Sitzung vom 6. d. vom Handelsminister gemachten Eröffnungen wegen der Organisation der Marinebehörden und auf den weiteren Bericht des Marineausschusses in der gestrigen Sitzung, über den in der 87. Sitzung erstatteten Bericht in Betreff des Antrags des Abgeordneten Jordan von Berlin zur Tagesordnung überzugehen. Diese führt zur Berathung des Art. III. §§ 12 bis 20 des Verfassungsentwurfs. Bei der allgemeinen Diskussion sprachen die Abgeordneten Dahm, Tellkampf, von Radowitz, Scheller, Zachariä von Göttingen, Nietze, Falck, Teichert, Waitz, Nauwerk, Wigard, Mittermaier, Stavenhagen. Auf die specielle Diskussion über § 12 („Der Reichsgewalt steht die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands zur Verfügung“) wurde verzichtet und die Abstimmung über diesen § und dessen Unteranträge, so wie die Berathung über die folgenden §§ auf morgen festgesetzt.

(Fr. J.)

Frankfurt, 8. Novbr. [Ein Reichs-Deputirter nach Berlin gesendet.] Gestern Abend ist Herr Unterstaats-Sekretär Bassermann im Auftrage des Reichsministeriums des Innern nach Berlin abgereist. Der Reichskommissarius in der Posenschen Angelegenheit, General v. Schäfer ist ebenfalls seit gestern Abend hier, und rüstet sich zur Abreise.

(Deutsche Z.)

Die Ob.-Postamts-Zeitung enthält folgenden amtlichen Artikel: „Der Reichsverweser hat heute um 1 Uhr dem, von Sr. Majestät dem Könige von Dänemark in der Eigenschaft eines Gesandten in besonderer Sendung hierher abgeordneten Herrn Freiherrn Ulysses von Dirckinck-Holmfeld eine Audienz ertheilt, und aus dessen Händen das königliche Schreiben entgegengenommen, welches in entsprechender Weise die, durch den Gesandten Herrn Banks nach Kopenhagen beförderte amtliche Benachrichtigung wegen Errichtung der provisorischen Centralgewalt für Deutschland beantwortet.“

Oesterreich.

* **Breslau**, 11. November. Nachmittags 5 Uhr. Weder der gestern fällige noch der heutige Wiener Postzug ist angekommen; wir sind bereits 48 Stunden ohne jede Nachricht aus Wien *).

Frankreich.

Paris, 7. Nov. [National-Versammlung. Sitzung vom 7. November.] Anfang 1 Uhr. Präsident: Marrast. An der Tagesordnung sind die Bouvetschen Interpellationen wegen der von der Regierung dem Auslande gegenüber, namentlich in Bezug auf Deutschland und Italien, beobachteten oder zu beobachtenden Politik. Bouvet: Zunächst möchte ich wissen, ob wir seit dem Februar überhaupt ein politisches System haben. Die provisorische Regierung stellte zwar ein System auf; sie verhieß die Befreiung Italiens und stellte die Fälle auf, die eine bewaffnete oder eine diplomatische Intervention nöthig machten. Sind dergleichen Fälle eingetreten? Ja wohl, und zwar drei: in Polen, in der Lombardei und in Sicilien. Was that die Regierung, um ihre Prinzipien zu retten? Nichts. Sie hätte die Freiheit retten und die Schicksale sämmtlicher italienischer Völker durch einen europäischen Kongreß erleichtern, wenn nicht definitiv reguliren können. Statt dessen sehen wir die Tyrannei triumphiren. Die Julimonarchie konnte doch wenigstens Griechenland befreien, aber die Februar-Republik kreuze die Arme und sieht der Unterjochung Italiens ruhig zu. (Bravo vom Berge, Lärm zur Rechten.) Bastide, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, folgt dem Interpellanten auf der Tribüne. Er hält ein Papier in der Hand uud liest eine Erklärung folgenden Haupt-Inhalts: Als im August die Oesterreicher in Mailand wieder einzogen, schlugen wir unsere Vermittlung auf jene Grundlage hin vor, die Sie genehmigt haben. Es erhoben sich Widersprüche wegen des Orts, an dem der Kongreß gehalten werden sollte. Inzwischen überraschten uns die Ereignisse des Oktober, welche die Unterhandlungen zerbrachen. Allein sie sollen wieder aufgenommen werden. Wir hoffen durch friedliche Mittel unser gestecktes Ziel zu erreichen. Sollte aber die Befreiuung und Selbstständigkeit Italiens Waffengewalt erfordern, so werden wir nicht zögern, Ihnen auch dieses Mittel vorzuschlagen. Es ist übrigens Aussicht vorhanden, Ihnen bald alle Aktenstücke vorzulegen.“ (Mißfallen vom Berge, Beifall zur Rechten.) Der Schluß der Interpellation wird ausgesprochen. Marrast liest nun einen Stoß Urlaubs-Gesuche vor. Bischof Feyet stellt den Antrag, Niemanden mehr Urlaub zu geben, sobald die Mitgliederzahl bis auf 600 gefallen. Der Antrag Feyet's wird angenommen. Die Versammlung kehrt zur Budget-Diskussion zurück. Sie ist immer noch im 3. Abschnitt (Justiz-Verwaltung) und dreht sich um mannigfache Anträge auf Verminderung der hohen Beamten-Gehalte. Unter den Anträgen finden namentlich diejenigen, die sich auf Verminderung der Gehalte für die Obergerichts-Behörden beziehen, lebhaften Widerspruch auf der rechten Seite. Mehrere Anträge werden an den Finanz-Ausschuß gewiesen, der morgen sein Gutachten darüber vortragen wird. Aus diesem Grunde wird das definitive Votum über die Gehaltsverhältnisse der Appellhöfe auf morgen verschoben. Die Versammlung geht schon um 1/4 6 Uhr auseinander.

Schweiz.

Bern, 6. Nov. Nach dem Programm des Vororts erfolgte heute die feierliche Eröffnung des National- und Ständeraths.

---

*) Wir erhalten Abends 10 Uhr endlich Wiener Zeitungen und Briefe, welche wir in der beiliegenden Extra-Beilage mittheilen.

Lokales und Provinzielles.

* **Breslau**, 11. November. [Die Central-Commission der Bürgerwehr-Klubbs.] Gestern Abend um 8 Uhr war die Central-Commission sämmtlicher Bürgerwehr-Klubbs von Neuem zusammengetreten. Bei der Dringlichkeit der Umstände wurde in Rücksicht darauf, daß die hiesige Bürgerwehr noch immer eines Kommandeurs entbehre, der Antrag gestellt, durch eine sofort an den Bürgermeister zu sendende Deputation zu verlangen, daß die schon vor längerer Zeit erfolgte Wahl des Dr. Engelmann zum Stellvertreter des Obersten der Bürgerwehr sogleich bestätigt würde. Die Deputation wurde ernannt und begab sich zum Magistrat. Derselbe erklärte, daß die Bestätigung des Dr. Engelmann in der letzten Sitzung erfolgt sei und daß die Installation Sonnabend um 11 Uhr früh auf dem Wehramt stattfinden werde. (Die Installation ist diesen Morgen zur gedachten Zeit von dem Bürgermeister bereits vollzogen worden). — Zugleich sollte an den Magistrat das Verlangen gestellt werden, eine allgemeine Bewaffnung von sämmtlichen waffenfähigen Mannschaften Breslaus zu veranlassen. Ferner eine vereinigte Magistrats- und Stadtverordneten-Versammlung behufs der Erklärung, daß man die National-Versammlung als den Sitz der Regierung anerkenne, und die Beschlüsse derselben, nach allen Kräften aufrecht erhalten werde. (Gestern hat sowohl der Bürgermeister, als wie heute der Stadtverordneten-Vorsteher Regenbrecht erklärt, daß sie hiermit einverstanden seien — die Stadtverordneten-Versammlung tritt heute Nachmittag um 2 Uhr zusammen.) — Hierauf wurde in der Central-Commission eine Adresse des deutschen Volksvereins vorgelesen und mit großem Beifalle aufgenommen. Ein Brief, welcher mittlerweile eingegangen war und die neuesten Nachrichten über die Berliner Vorgänge berichtete, wurde ebenfalls vorgelesen. Zugleich hatte sich die Nachricht verbreitet, daß Nachmittags eine telegraphische Depesche aus Berlin eingegangen sei. Die Nachrichten aus Berlin so wie die von der Ankunft einer Depesche rief den Antrag hervor, eine

„Deputation an den Ober-Präsidenten, Polizei-Präsidenten und Magistrat zu senden, und sie zu der Erklärung zu veranlassen: wie sie sich in diesen gefährlichen und dringlichen Momenten, den Beschlüssen der National-Versammlung gegenüber, verhalten würden.“

Der Antrag wurde zum Beschlusse erhoben und die Herren Simon, Linderer, Rühl, Pöhlmann und Teinert mit dieser Deputation beauftragt. Die unterdeß angekommenen Deputationen des Arbeiter-, des Handwerker- und Volksvereins schlossen sich dann der Central-Commission an. — Um 11 Uhr erschien die Deputation wieder und erstattete Bericht: sie hatte den Polizei-Präsidenten Kuh bei dem Ober-Präsidenten Pinder angetroffen. Letzterer habe ihr den Inhalt der telegraphischen Depesche bereitwillig mitgetheilt und darauf in Bezug auf die vorgelegte Frage erklärt: die Krone habe das Recht, die National-Versammlung zu vertagen, dieser stehe es nicht zu, sich permanent zu erklären. Was ihn anbeträfe, so würde er den Rechtsboden nicht verlassen. Er wolle die konstitutionelle Freiheit aufrecht erhalten und würde gegen deren Unterdrückung keine gewaltsamen Schritte dulden. Er bestreite übrigens der Deputation das Recht, ihn darum zu befragen, was er zu thun gedenke und von ihm gleichsam ein Programm zu verlangen. Der Polizei-Präsident Kuh schloß sich dieser Erklärung an und Beide sprachen sich dahin aus, daß im Fall das Ministerium ein Verlangen an sie stellen würde, welches gegen ihre Ueberzeugung sei, sie ihr Amt sofort niederlegen würden. Es liege kein rechtlicher Grund zur Vertagung der National-Versammlung vor und sie würden in diesem Falle der Majorität gleich gehandelt haben. — Die Deputation berichtete ferner, daß sie den Bürgermeister nicht mehr habe sprechen können, da er kränklich sei. Es wurde nun mannigfach über diese Kundgebungen der genannten Chefs der Civilbehörden debattirt, ohne jedoch zu einem besondern Beschlusse zu gelangen. — Die Central-Commission beschloß nun hierauf, sich für permanent zu erklären und **sämmtliche** politische Klubbs aufzufordern, sich durch Deputirte an der Permanenz der Central-Commission zu betheiligen, um auf diese Weise ein gemeinschaftliches Wirken zu erzielen. Es vereinigten sich sofort Deputationen des Volks- und des Arbeiter-Vereins mit dem permanenten Ausschusse der Central-Commission.

** Außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung.

(Sonnabend, Nachmittags 2 Uhr.)

Wir haben heute eine der bedeutungsvollsten Sitzungen unserer Stadtverordneten-Versammlung gehabt.

Der Vorsteher Hr. Regenbrecht eröffnete die Sitzung, indem er auf die Krisis hinwies, die gegenwärtig in unser Staatsleben eingetreten ist. Es sei der Moment gekommen, wo das ganze Volk wie Ein Mann aufstehen und seinen Willen kundgeben müsse. Die Vertreter der Stadt Breslau mögen daher erwägen, was zu thun sei. Seine Absicht gehe dahin, daß man dem Könige ein offenes Wort sage und ihm die Erklärung abgebe, daß der Wille der National-Versammlung auch der Wille des ganzen Volkes ist. Sodann möge man aber auch der National-Versammlung die Zusicherung geben, daß jeder Arm zu ihrem Schutze bereit sei. — Die Einwohnerschaft Breslaus werde durch diesen Schritt erfahren, daß ihre Vertreter in ihrem Sinne handeln, und müsse auch durch Plakate aufgefordert werden, sich ruhig, aber bereit zur Abwehr zu verhalten. — Hierauf ergriff Herr Bürgermeister Bartsch das Wort. Der Magistrat halte es für seine Pflicht, in diesem verhängnißvollen Momente ein gemeinsames Wirken zu erzielen. Der Magistrat erkenne an, daß die Krone mit Räthen umgeben ist, die dem Lande gefährlich sind, mit einem Ministerium, auf welches das Land kein Vertrauen setzen könne. Der Magistrat erkenne ferner an, daß die Nationalversammlung sich mit Würde und Festigkeit benommen habe, und durch dies Benehmen bis jetzt den Belagerungszustand von Berlin verhindert habe. Der Magistrat wünsche in Verbindung mit den Stadtverordneten einen Aufruf an die Bevölkerung Breslaus zu erlassen, daß sie sich ruhig verhalte und der National-Versammlung vertrauen. Sodann in einer Adresse an den König die Erklärung abzugeben, daß man das Ministerium Brandenburg als ein unvolksthümliches und unmögliches erachte, und daß man die Schritte der Krone gegen die Nationalversammlung als eine Bevormundung der National-Versammlung ansehe, von der sie abstehen möge,

Herr Dyhrenfurth stellt den Antrag, der Nationalversammlung die Erklärung abzugeben, daß so lange sie im Konflikte mit der Krone sein werde, man **nur ihre** Beschlüsse für bindend und gesetzlich anerkenne. — Es komme jetzt hauptsächlich darauf an, daß man wisse, von wem man Gesetze zu emrfangen habe. Die städtischen Behörden wollen gemeinsam und einig mit der Bevölkerung handeln. Man müsse daher auch im Voraus sich darüber einigen, wem man zu gehorchen habe. — Nachdem die Herren Siebig und Ludewig auch für eine Adresse an den König gesprochen, erklärt Herr Bürgermeister Bartsch, daß der Magistrat mit einer Majorität von einer Stimme beschlossen habe, keine Adresse an die Nationalversammlung zu erlassen, und zwar aus dem Grunde, weil Alles, was an die Nationalvrrsammlung gesagt werden könne, in die Adresse an die Krone aufgenommen werden solle. — Herr Linderer interpellirt hierauf den Vorsteher, warum er die angemeldete Deputation noch nicht vorgelassen. Der Vorsteher meint, es sei für einen solchen Fall keine Bestimmung in der Städteordnung enthalten, und er befrage daher die Versammlung, vb sie die Deputation vorgelassen wünsche. Die Frage wird einstimmig bejaht. — Die Deputation, bestehend aus den Abgeordneten elf verschiedener Vereine und des Centralausschusses der Bürgerwehrsklubbs erscheint, und Herr Rawitsch verliest nach einigen einleitenden Worten die Adresse der Vereine an die Stadtverordneten. Sie lautet: Vertreter der Stadt! Im Augenblicke der wichtigsten Krisis in unserem Staatsleben, in einem Augenblick, wo das Recht und die Freiheit des Volks in seinen Vertretern durch Maßregeln der Willkür Seitens der Krone und des Ministeriums aufs äußerste gefährdet ist, fordern Euch die Unterzeichneten auf im Namen der Stadt Breslau zu erklären: daß die Hauptstadt Schlesiens sich mit allen ihren Kräften einzig der Nationalversammlung zur Verfügung stellt, und daß sie gegenwärtig keiner anderen Gewalt als der konstituirenden Nationalversammlung Gehorsam leisten wird. — Der Vorsteher erwidert, die Deputirten mögen den Stadtverordneten vertrauen, daß sie der Ministerial-Willkür aufs entschiedenste entgegentreten werden. — Herr Bürgermeister Bartsch: Gesetze können nur durch Vereinbarung zwischen Krone und Nationalversammlung Kraft erlangen. — Der Magistrat trenne das Ministerium von dem Könige und er wolle den König zur Ueberzeugung bringen, daß er übel berathen sei. — Herr Asch (Mitglied der Deputation): Wir sind hergekommen, um die Meinung der städtischen Behörden in der gegenwärtigen Krisis zu vernehmen. Wir wünschen in dem gefährlichen Momente die Vermeidung jeder Differenz zwischen den Behörden und der Einwohnerschaft. Man möge die Prinzipienfragen über die Gesetzgebung hier unberührt lassen. Daß der König übel berathen sei, wäre schon oft genug gesagt worden. Jetzt gelte es, die Nationalversammlung zu unterstützen. Er verliest das Manifest der Nationalversammlung an das Volk, worauf sich die Deputation entfernt.

Nochmals ergreifen die Herren Dyhrenfurth und Linderer das Wort, um für die Adresse an die Nationalversammlung zu sprechen. Es liege ein Konflikt zwischen Krone und Nationalversammlung vor. Es komme darauf an, sich einfach zu erklären, auf wessen Seite man sich stellen und von wem man Gesetze empfangen wolle. — Herr Guhrauer gegen eine Adresse an den König. Das sei schon von der Nationalversammlung und von der Stadt Berlin geschehen, und sei fruchtlos geblieben. Breslau werde ebenfalls nichts ausrichten. — Linderer: Nach dem, was die Krone gethan, könne man ihr gegenüber nur schweigen. Ludewig: Schweigen sei mystisch. Man müsse im Gegentheil sprechen. — Bürgermeister Bartsch: Der Magistrat will der Krone nur Zeugniß davon geben, welches die Gesinnungen der Stadt seien. — Linderer: Das sei keine Petition, sondern eine Erklärung; diese könne aber nichts nützen. — Ludewig: Das Volk stehe über der Nationalversammlung, und ihm stehe es zu, den Konflikt zwischen Krone und Nationalversammlung zu lösen. Man möge sich daher an den König und an die Nationalversammlung wenden. — Siebig: Wir wollen nicht bitten, sondern dem Könige die Wahrheit sagen. — Die Versammlung erklärte sich für eine solche Adresse an den König.

Es erhebt sich hierauf eine heftige Debatte über den Inhalt der Adresse an die Nationalversammlung. Der Vorsteher wünscht, sich dahin auszusprechen, daß man die bisherigen Schritte der Nationalversammlung auch fernerhin mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen wolle. — Dyhrenfurth, Linderer und Guhrauer dagen wollen die bestimmte Erklärung, daß man während der Dauer des Konfliktes die Nationalversammlung einzig und allein als die gesetzgebende und beschließende Gewalt anerkennen werde. — Bürgermeister Bartsch meint, man müsse nicht weiter gehen, als die Nationalversammlung selbst. Die Nationalversammlung einzig und allein als gesetzgebende Gewalt anerkennen, hieße, die Krone ganz negiren. Nach einer längeren Debatte erklärte sich die Versammlung mit überwiegender Majorität für den Antrag von Dyhrenfurth. — Eben so wird der Antrag Linderers zum Beschlusse erhoben, die Adresse als Plakat zu veröffentlichen. — Eine Deputation, bestehend aus den Stadtverordneten Dyhrenfurth, Siebig und Regenbrecht, wird die Adressen in Berlin überreichen. (S. Extra-Beilage.)

∗∗ Breslau, 11. Novbr. [Aufruf an die Berliner.] Die unterzeichneten zwölf Vereine haben folgenden Aufruf an die Berliner erlassen: Die Breslauer an die Berliner. Die Reaktion hat ihren lange vorbereiteten Streich geführt. Die heiligen Rechte der gesetzlichen Vertreter des Volks sind verletzt und gänzlich in Frage gestellt. Berlin's Volk, das uns die Freiheit erkämpft hat, steht bereit, dieselbe zu schützen. Haltet fest an Eurem guten Recht. Breslau, Schlesien, die Provinzen stehen zu Euch. Dem gesetzlichen Organ des Volks, seinen Vertretern, Euch, den Vorkämpfern für die heilige Sache, weihen wir Blut und Leben. Das Recht wird siegen! Breslau, den 11. November 1848. Die Central-Commission der sämmtlichen Bürgerwehr-Klubbs. Der allgemeine Landwehr-Verein. Der demokratische Haupt-Verein. Der deutsche Volks-Verein. Der demokratische Verein im goldenen Kreuz. Der Arbeiter-Verein. Der republikanische Verein. Der demokratische Bruder-Verein Germania. Der Hauptrustikal-Verein für Schlesien. Der demokratische Studenten-Verein. Der politische Bildungs-Verein. Der demokratische Provinzial-Ausschuß für Schlesien.

∗∗ Breslau, 11. November. [Adressen.] Die Berliner Ereignisse haben die Thätigkeit der Klubbs in hohem Grade wach gerufen. Sämmtliche Vereine haben sich mit der Central-Kommission der Bürgerwehr in Verbindung gesetzt. — Die Adressen der Vereine an die Nationalversammlung in Berlin sprechen alle die vollste Anerkennung für ihre Haltung aus und die Versicherung, ihr mit Gut und Blut beizustehen. Die Adressen sind an die Straßenecken geheftet und werden eifrig gelesen. Der deutsche Volksverein ruft der Nationalversammlung zu:

„Hohe National-Versammlung! Das Volk ist wach! Mit Begeisterung begrüßt es die letzten Beschlüsse seiner Vertreter. Es erkennt in diesem Augenblicke in ihnen, und nur in ihnen, den einzigen Sitz aller Regierungsgewalt. Mit Gut und Blut wird es seine in Euch angetastete Souveränetät schützen. Vertreter! seid stark, seid einig! Das Volk blickt mit Zuversicht auf Euch. Es wird Rechenschaft fordern von Jedem seiner Abgeordneten, der in dieser höchsten Gefahr des Vaterlandes seinen Platz in Berlin verläßt. Berlin soll nicht ein zweites Wien werden, dafür steht das ganze preußische Volk einmüthig ein. — Breslau, d. 10. November 1848. — Der deutsche Volsverein."

Auch der konstitutionelle Centralverein hat seine Adresse an die Nationalversammlung veröffentlicht. Dieselbe lautet:

„Hohe Versammlung! Mit Bestürzung haben wir die Bildung eines Ministeriums vernommen, welches in seiner Zusammensetzung keine Bürgschaft für das konstitutionelle Prinzip und die Freiheiten des Volkes — die unerschütterlichen Grundlagen unsers Staatslebens — bieten kann. Um so mehr konnten wir in der der Versammlung zugemutheten Verlegung ihres Sitzes nach Brandenburg nicht eine Maßregel zum Schutz derselben und der Freiheit ihrer Berathung erblicken. — Wir fühlen uns deßhalb gedrungen, Ihnen, Vertreter unserer Rechte und Freiheit, unsere Anerkennung auszusprechen, daß Sie dieser Forderung der Regierung nicht entsprochen haben, und wie wir zu Ihnen die feste Hoffuung hegen, daß Sie trotz des gegenwärtigen unheilvollen Ereignisses nicht Ihren Beruf vergessen werden, mit der Freiheit des Volkes das Königthum zu vereinigen, so geben wir uns auch der Zuversicht hin, daß Sie durch Handlungen der Entschiedenheit und Mäßigung dazu beitragen werden, daß die drohenden traurigen Zerwürfnisse von unserem Vaterlande abgewendet werden. Sein Sie überzeugt, daß die konstitutionelle Partei, wie die Rechte der Krone geschützt, so in gleicher Weise die volle Freiheit des Volkes anerkannt wissen will, und daß sie Ihnen dazu ihre Unterstützung nicht entziehen wird. Stehen Sie fest für Beides. — Breslau, den 10. November 1848. — Der schlesische konstitutionelle Central-Verein."

Das Manifest der Linken an die Wähler (s. d. gestr. Nummer der Ztg.), unterzeichnet von den Abgeordneten Brill und Nees v. Esenbeck ist ebenfalls an den Ecken zu lesen.

∗ Breslauer Kommunal-Angelegenheiten.

Breslau, 10. Novbr. [Städte-Tag in Berlin.] In der letzten Sitzung der Stadtverordneten macht der Magistrat die Mittheilung, daß in Berlin zur Berathung einer Gemeinde-Ordnung von dem dortigen Magistrat ein Städte-Tag ausgeschrieben sei und die Stadt Breslau einen Deputirten zu diesem Zweck abschicken möge. Es wurden zwar sofort Deputirte vorgeschlagen, man fand es jedoch angemessen, die Angelegenheit noch acht Tage lang zu verschieben. Die Frage: ob ein Stadtverordneter oder ein Magistrats-Mitglied abgesendet werden solle, blieb ebenfalls unerörtert. Die dritte Frage, wie weit die Bürgerschaft selbst sich bei dieser wichtigen Frage durch Geltenmachung ihrer Stimme für einen Deputirten betheiligen dürfe, kam nicht zum Vorschein. Es ist diese Frage wohl um so wichtiger, als es noch sehr zweifelhaft ist, ob die Gemeinde-Ordnung wie sie von Magistrat und Stadtverordneten berathen worden ist, auch von der Bürgerschaft gewünscht werden dürfte. Es läßt sich die Uebereinstimmung um so mehr bezweifeln, als neulich in der städtischen Ressource mehr denn 800 Bürger ganz offen sich gegen die Ansicht der Stadtverordneten rücksichtlich der Hauptbestimmungen, wie sie von der Stadtverordneten-Versammlung angenommen wurden, erklärt haben.

[Prozeß.] Das Gericht hat entschieden, daß die seit dem Jahre 1814 auf den Bau der Lohebrücke von Seiten der Kommune verwendeten Kosten vom Fiskus erstattet werden müssen. Diese Kosten belaufen sich auf 3313 Rthl. und die Zinsen, welche ebenfalls Verklagter zahlen soll, betragen 184 Rthl. Fiskus hat sich erboten 2300 Rthl. zu erstaten, indem er mehrfache Einwendungen gegen die Höhe der Summe macht. Die Versammlung will den Gegenstand acht Tage ajourniren und dann erst Beschluß fassen.

(Sanitäts-Kommission.) Diese beantragt, daß noch tausend Rthl. bewilligt werden mögen, damit für Cholerakranke noch weitere nothwendige Einrichtungen getroffen werden können. Die Summe wurde bewilligt.

(Einquartirung.) Von einigen Mitgliedern wurde die Klage laut, daß ein Theil der Hausbesitzer mit mehr Einquartirung belastet werde als der andere. Andere Mitglieder hielten die Klage für ungerechtfertigt, wie sich Jeder aus den Büchern, die jedem Stadtverordneten zur Einsicht offen lägen, überzeugen könne. Müsse ein Hausbesitzer einmal in einem Jahre mehr Last tragen als ein anderer aus einem anderen Bezirk, so läge dies darin, daß nur in gewissen Bezirken Artillerie u. s. w. untergebracht werden könne; dann würde aber für ein nächstes Jahr den Belasteten ein Guthaben notirt. Siebig erklärte, daß nach seiner Ueberzeugung die Manipulation eine richtige sei, daß aber darin eine Ungerechtigkeit gegen alle Hausbesitzer liege, daß diese, 2800 an der Zahl, ganz allein die Einquartirungslast tragen müssen, und was am wenigsten zu rechtfertigen sei, so unverhältnißmäßig geringe Geldentschädigung für die Einquartirung erhielten. Er stellte in letzter Hinsicht den Antrag, daß künftig der Fiskus eine angemessene Entschädigung gewähre und der Magistrat die geeigneten Schritte thue. Derselbe wurde angenommen.

(Schwoitscher Chausseebau.) Die Regierung hatte sich früher bereit erklärt, für den Bau Geld zu gewähren, wenn die Straße über die alte Brücke gehen dürfe, wolle dagegen die Stadt, wie sie es ausgesprochen, den Bau über eine erst neu anzulegende Brücke in der Nähe von Scheitnig geführt wissen, so mögen diese Kosten durch eine Aktien-Gesellschaft aufgebracht werden. Die Stadt gab nun, da eine solche Gesellschaft sich wohl schwerlich bilden dürfte, ihre Zustimmung wie die Regierung es wünschte, diese erklärt aber jetzt ganz im Allgemeinen, als wäre von vorn herein unter jeder Bedingung von einer Aktien-Gesellschaft die Rede gewesen, daß, da die Gesellschaft sich nicht gebildet, man für jetzt von dem Bau abstrahire.

Die Versammlung beschloß nochmals die Regierung um Beginn des Baues anzugehen.

(Salarirung des Obersten der Bürgerwehr.) Die Deputirten der Compagnien waren gestern zusammengetreten, um eine Candidaten-Liste für die Obersten-Wahl aufzustellen; sie nahmen jedoch diese Wahl nicht vor, indem es unmöglich sei, bestimmte Candidaten festzustellen, wenn man nicht wisse, ob Besoldung mit dem Amte verbunden sein solle oder nicht. Der Stadtverordnete Linderer, welcher als Deputirter anwesend war, wurde beauftragt, bei der Versammlung, welche eben begonnen, den Antrag auf Besoldung des Obersten zu stellen, mit dem Verlangen, daß der zu wählende Oberst auf Gehalt dann nicht verzichten, vielmehr es annehmen müsse. Linderer stellte in der Versammlung den Antrag und motivirte ihn, unterstützt von Hübner, Guhrauer, Cholewa. Grund erklärte, daß die Finanzen nicht der Art seien, daß man Geld gewähren könne. Rößler war der Ansicht, daß ein besoldeter Oberst dann glauben würde, jeder Bürger habe so viel Zeit als er (der Oberst) und demgemäß die Bürgerwehrmänner plagen; daß Amt sei ein Ehrenamt wie jedes andere. Linderer erklärte, daß das Auffinden ganz geeigneter Candidaten für dieses hochwichtige Amt von großer Schwierigkeit sei, daß man leichter 10 Stadträthe als einen Oberst der Bürgerwehr finden könne, weil dieser neben der Verstandestüchtigkeit, neben der Gabe der Rede, die auch ihm zu Gebote stehen müsse, neben der freien Disposition über alle seine Tagesstunden, neben der Gesinnungstüchtigkeit, Energie und Charakterfestigkeit, auch eine militairisch-wissenschaftliche Ausbildung besitzen und mit durch tüchtige Praxis ausgebildeten taktischen Kenntnissen versehen sein müsse. Bejahrte pensionirte Militairs seien für dies Institut wenig geeignet, jüngere rüstige Officiere würden ohne Garantie den Dienst nicht verlassen. Es wäre möglich, daß sich vielleicht einmal ein geeigneter Candidat fände, der alle die Eigenschaften besäße und zugleich den Vortheil eines eigenen Vermögens, aber darauf dürfe man, wie die Erfahrung lehre, nicht rechnen. Bei Salarirung würde der Bürgerwehr eine leichte Auswahl tüchtiger Candidaten geboten werden. Der Redner schlug zuletzt vor: vorläufig auf 3 Jahre ein Fixum festzusetzen. Die Versammlung beschloß ein gemischtes Comité zur Begutachtung der Frage niederzusetzen. Der Vorsteher, welcher gegen die Besoldung war, schlug die Commissarien vor.

---

† **Breslau, 11. Novbr.** Am 7. d. des Abends, zwischen 8 nnd 9 Uhr wurde in dem Hofe eines Hauses in der Schweidnitzer Straße ein angebranntes Paket, bestehend aus Holz, Lumpen und Stroh gefunden, was vermuthen läßt, daß eine Brandstiftung beabsichtiget worden ist.

Am 10. d., Abends, brachte sich ein in Diensten stehender Koch mit einem Barbiermesser eine tiefe Wunde in den Hals und in jeden Arm einen Schnitt bei, doch sind die Verletzungen nicht tödtlich. Gemüthskrankheit scheint Ursache dieser That zu sein.

In der beendigten Woche sind (exclusive eines todtgeborener Knabens) von hiesigen Einwohnern gestorben: 34 männliche und 33 weibliche, überhaupt 67 Personen. Von diesen starben an Abzehrung 4, an Alterschwäche 7, an Brand 1, an der Bräune 3, an Brechdurchfall 1, an der Cholera 14, an organischen Darmleiden 1, an Drüsengeschwüren 1, an Entkräftung 1, an Hals-Entzündung 1, an Luftröhren-Entzündung 1, an Unterleibs-Entzündung 3, an Lungen-Entzündung 3, an nervösem Fieber 1, an Zehr-Fieber 3, an der Gicht 2, am Knochenfraß 1, an Krämpfen 4, an Magenverhärtung 1, an der Rose 2, an Stickfluß 2, an Lungenschwindsucht 6, an Luftröhrenschwindsucht 2, an Brust-Wassersucht 3 Von diesen starben in öffentlichen Krankenanstalten und zwar in dem allgemeinen Krankenhospital 16, in dem Hospital der Elisabethinerinnen 1, in dem Hospital der barmherzigen Brüder 2. Den Jahren nach befanden sich unter den Verstorbenen unter 1 Jahre 7, von 1 bis 5 Jahren 13, von 5 bis 10 Jahren 4, von 10 bis 20 Jahren 3, von 20 bis 30 Jahren 3, von 30 bis 40 Jahren 6, von 40 bis 50 Jahren 10, von 50 bis 60 Jahren 6, von 60 bis 70 Jahren 9, von 70 bis 80 Jahren 4, von 80 bis 90 Jahren 2.

Stromabwärts sind auf der oberen Oder hier angekommen: 27 Schiffe mit Eisen, 27 Schiffe mit Brennholz, 3 Schiffe mit Roggen, 1 Schiff mit Blei und 1 Schiff mit Ziegeln.

Der heutige Wasserstand der Oder ist am hiesigen Oberpegel 15 Fuß 2 Zoll und am Unterpegel 2 Fuß 4 Zoll, mithin ist das Wasser seit gestern am letzteren um 3 Zoll wieder gefallen.

---

† **Aus der Provinz.** Am 8. Oktober Abends 9½ Uhr wurde das Schloß des Rittergutsbesitzers zu Lamsdorf im Kreise Falkenberg von ohngefähr 200 M. aus Schaderwitz desselben Kreises, worunter sich auch Weiber und Kinder befanden, räuberisch überfallen, sämmtliche Fenster und Thüren eingeschlagen, die Möbel zertrümmert, Geld, Silber, Uhren und Kleidungsstücke ꝛc. geraubt. Die Anführer der Bande sind bereits durch militärische Hülfe verhaftet und dieselben dem königlichen Inquisitoriat in Neisse zur Untersuchung und Bestrafung überliefert worden.

—IV **Gr.-Glogau, 10. November.** [Militär. — Bürgerwehr.] Vorgestern marschirte ein Landwehrbataillon (Glogauer) des 6. Infanterie-Regiments nach dem Großherzogthum Posen — dies Jahr schon das zweite Mal — und die dort stehenden Mannschaften des 6. und 7. Linien-Infanterie-Regiments werden zum 17. d. Mts. ihre Kanntonirungen wechseln. Die ersteren stehen in Krotoschin und Umgegend, die Letzteren in Pleschen und Umgegend. — Die Mannschaften des Liegnitzer Landwehrbataillons trafen gestern und vorgestern hier ein und sind im Brückenkopf vor dem Oderthore einquartiert. Am letzteren Tage wurden auch unter starker Bedeckung die Landwehrleute dieses Bataillons hier eingeliefert, welche bei dem verweigerten Eintritte desselben unter die Fahnen am 18. und 19. v. M. die Deputation vor der Einberufungskommission gebildet und den Willen ihrer Kammeraden zu Protokoll gegeben hatten. — Behufs der endlichen Organisirung der Bürgerwehr am hiesigen Orte sind in diesen Tagen die Stammlisten aufgenommen worden.

— r — **Glogau, 10. Novbr.** [Das Vaterland ist in Gefahr.] Die heutige Nummer des Niederschlesischen Anzeigers, brachte uns die Hiobspost von der Zusammensetzung des neuen Ministeriums d. d. Sanssouci, den 8. November. Außerdem ging heute durch Privatnachrichten auch die Kunde ein, daß höherem Befehl zu Folge die National-Versammlung zu Berlin sich bis zum 27sten d. M. vertagen und nach der Stadt Brandenburg übersiedeln solle. In Bezug auf diese Nachrichten laden der volksthümlich-konstitutionelle und der demokratische Verein — letzterer seit der letzten Sitzung aus Mitgliedern des ersteren Vereins hervorgegangen — durch Plakat mit den kurzen Worten: „Das Vaterland ist in Gefahr!“ zu außerordentlichen Versammtlungen für heute Abend ein.

Rosenberg, 9. Novbr. Gestern war der Oberlandesgerichts-Präsident Wentzel von Ratibor (dem bekanntlich — so eben ein Minister-Portefeuille zugedacht gewesen sein soll) hier, wie man vermuthet aus Veranlassung der wider die Tumultuanten vom 26sten v. M. schwebenden Untersuchung. (Telegr.)

(Liegnitz.) Se. Majestät der König hat dem Landrath Liegnitzer Kreises vom Berge die von demselben erbetene Dienstentlassung bewilligt. — Von der königlichen Regierung zu Liegnitz sind bestätigt worden: der Kaufmann Heinze als Kämmerer, und der Tischlermeister Renner als Rathmann, beide zu Parchwitz.

Im Bezirk des Oberlandesgerichts in Glogau wurden befördert: der Oberlandesgerichts-Referendarius Mattern zum Oberlandesgerichts-Assessor, die Oberlandesgerichts-Auskultatoren Niekisch, Schultz-Wölker und Treutler zu Referendarien, die Rechts-Kandidaten v. Bardzki, Gärth, Schmidt, Schultze und Thomale zu Oberlandesgerichts-Auskultatoren, der Aktuarius Beling zum Aktuarius, Salarien- und Deposital-Kassen-Rendanten und Kanzlisten bei dem Land- und Stadtgericht in Liebenthal. — Versetzt: der Oberlandesgerichts-Assessor von Sprenger in gleicher Eigenschaft an das Oberlandesgericht in Köslin, die Oberlandesgerichts-Auskultatoren von Bardzki, von Debschütz, Gärth und Thomale an das Oberlandesgericht in Breslau, der Gefangenwärter Freitel beim Land- und Stadtgericht in Liegnitz als Bote und Exekutor an das Land- und Stadtgericht in Liebenthal, der Bote und Exekutor Hartmann beim Land- und Stadtgericht in Liebenthal als zweiter Gefangen-Aufseher an das Land- und Stadtgericht in Liegnitz.

Dem Destillateur Laband in Hirschberg ist zur Uebernahme einer Agentur für die Geschäfte der Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Magdeburg die Genehmigung ertheilt worden. — Dem Kaufmann Gebhard zu Bunzlau ist zur Uebernahme einer Agentur für die Geschäfte der Preußischen National-Versicherungs-Gesellschaft zu Stettin die Genehmigung ertheilt worden.

Handelsbericht.

* **Breslau, 11.** November. In unserm Produkten-Handel haben wir diese Woche nichts Erfreuliches mehrmachen können, die Lust zu Geschäften verliert sich fast ganz, und nur bei einigen Artikeln findet eine Ausnahme statt; unsere Hauptsache jedoch, Getreide, wird ganz vernachläßigt und die Käufer dafür sind nur Consumenten, die sich nur mit dem allernöthigsten versorgen. Zu dieser flauen Periode tragen am meisten die politischen Verhältnisse bei, die sich zu Gunsten des Volkes nicht gestalten wollen. Dadurch will sich das gesunkene Vertrauen noch immer nicht heben, demnach unsere Speculanten die nöthigen Gelder nicht so leicht beschaffen können, als es bei ruhigen Zeiten möglich gewesen wäre, wenn sie etwas zu unternehmen die Absicht hatten.

Der heutige Markt war, obgleich die Zufuhren nicht belangreich waren, sehr matt zu nennen, und mußten abermals zurückgehen; es galt weißer Weizen 47 bis 59 Sgr., gelber 45 bis 57 Sgr., Roggen 27 bis 33 Sgr., Gerste 21 bis 26 Sgr. und Hafer 14 bis 16 Sgr. 40 Wispl. gelber Weizen, 89 Pfd. wiegend, wurden noch vor einigen Tagen franco Kahn à 48 Rthlr. begeben.

Von Rapps sind die Zufuhren sehr klein und was an den Markt kommt, bedingt willig 85 bis 87 Sgr., 1500 Schfl. vom Boden wurden à 88 Sgr. verkauft.

Für Kleesaat ist die Stimmung matter, nur feine Sorten werden noch ziemlich gut bezahlt, wenn davon Etwas offerirt wird, mittle Waaren finden nur selten Käufer; es wird bezahlt mittel weiße Saat 4 bis 6½ Rthlr., mittel fein und fein 7 bis 8 Rthl., rothe bedingt 7 bis 8¼ Rthl. für mittel und 8½ bis 9⅙ Rthl. für feine Sorten.

Wir hatten für Spiritus in dieser Woche mehr Frage, die Vorräthe haben sich gewaltig reduzirt und die Zufuhren sind weit geringer, als im Monat Oktober, daher wurde manches à 6⅔, ¾ und auch à 6⅚ Rthl. bezahlt. Sollten mehr Aufträge für Oberschlesien und Krakau einlaufen, so ist an ein ferneres Steigen von ½ bis ⅔ pr. Eimer nicht zu zweifeln.

Rüböl wird zu bessern Preisen genommen und so manches à 11½ Rthl. begeben, heut wurde sogar per Dezember à 11⅔ Rthl. 100 Centner verkauft, raffinirtes ist unter 12⅙ Rthl. nicht zu haben.

Zink in Folge der flauen Berichte von auswärts matter, ab Gleiwitz wird à 3 13/24 Rthl. offerirt, ohne Käufer zu finden.

Inserate.

Vom 10ten bis zum 11. November Mittag sind keine Cholera-Erkrankungs- oder Todesfälle, wohl aber die Genesung von 7 Cholerakranken, seit dem 17. Oktober bis heute Mittag überhaupt 45 Erkrankungen, 26 Todesfälle und 7 Genesungen amtlich gemeldet worden.

Breslau, den 11. November 1848.

Königliches Polizei-Präsidium. Kuh.

Bekanntmachung.

Die Zins-Coupons zu den unserer Kämmerei-Haupt-Kasse überreichten Breslauer Stadt-Obligationen für den Zeitraum von Termin Johannis 1848 bis dahin 1858 können gegen Rückgabe der ertheilten Bescheinigungen sub Nr. 1 bis incl. Nr. 70 in unserer Kämmerei-Haupt-Kasse in den Vormittagsstunden in Empfang genommen werden.

Die Coupons zu den noch bei unserer Kämmerei-Haupt Kasse befindlichen und derselben noch zugehenden Stadt-Obligationen sind bereits in der Ausfertigung begriffen, so daß sie binnen Kurzem zur Abholung bereit liegen werden.

Breslau, den 10. November 1848.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Seit sechs Jahren besteht zu Breslau mein Museum für Kunst und höhere Industrie und hat sich vielfacher Theilnahme und Unterstützung zu erfreuen gehabt, bis es den Nachtheil der ungünstigen, gegenwärtigen Zeitverhältnisse empfinden mußte. Stets bemüht, das Museum reichlich auszustatten, habe ich bedeutende Geldsummen auf das Inventar desselben verwandt, ohne bei jetziger Zeit durch Absatz der vielen, werthvollen Kunstsachen desselben für Erneuerung jenes Vorrathes sorgen zu können. Auf Empfehlung des Verwaltungs-Ausschusses des schlesischen Kunstvereins (Siehe B.) hat ein hohes Ministerium mir die Genehmigung ertheilt, 36 (unten verzeichnete) Original-Oelgemälde, welche laut Taxe von Sachverständigen einen Werth von 2500 Thalern haben (Siehe A) mit 2500 Loosen à einen Thaler auszuspielen.

Ich bitte ein hochgeehrtes Publikum dieses mein Unternehmen gütigst zu unterstützen, und mich dadurch in den Stand zu setzen, das Museum ferner zu erhalten und mit anziehenden Gegenständen auszustatten.

Breslau, im November 1848.

F. Karsch.

A. Zufolge einer eingegangenen Aufforderung bescheinigen die Unterzeichneten nach einer gemeinschaftlichen Beurtheilung, der von Herrn Karsch zu einer beabsichtigten Verloosung ausgewählten Original-Oelgemälde, daß sie mit der Abschätzung von 2500 Rthlr. vollkommen einverstanden sind. Zugleich schließen wir uns in Allem, was der schlesische Kunstverein Lobenswerthes und über die Dringlichkeit und Nothwendigkeit einer solchen Unterstützung für das Museum sagt, vollkommen an.

gez. **Mächtig. Resch. H. König.**

B. Der unterzeichnete Verwaltungs-Ausschuß des schlesischen Kunstvereins hat seit einer Reihe von Jahren die Nützlichkeit und zweckmäßige Einrichtung der in Breslau unter dem Namen Museum für Kunst und höhere Industrie von dem Kunsthändler Herrn Karsch begründeten und geleiteten Anstalt so vielfach und genau kennen gelernt, daß er es für Pflicht hält, bei Gelegenheit einer neuen, der Unterstützung und Förderung gewidmeten Maßregel, dieselbe dem Schutze einer hohen Verwaltungsbehörde, als auch der reichen Theilnahme aller Kunstfreunde zu empfehlen.

Obgleich das Museum des Herrn Karsch eine Privat-Anstalt ist, so ist dasselbe doch für das öffentliche Kunstleben unserer Stadt von entschiedener Bedeutung. Es bietet Gelegenheit, neue Erscheinungen im Gebiete der Kunst schnell kennen zu lernen, und dem Künstler die, seine Erzeugnisse schnell bekannt zu machen, es ist stets von dem Besitzer mit großem Fleiße und auf eigene Gefahr anziehend ausgestattet gewesen. Die ungünstigen Zeitverhältnisse aber würden diese Anstalt ihrem Untergange entgegenführen, wenn nicht eine außerordentliche Maßregel ihr für einige Zeit zu Hülfe kommt. Diese Maßregel ist nach dem Plane des Besitzers eine Ausspielung einer Anzahl von Oelgemälden, die sich im Museum zur Ausstellung befinden. Dieselben sind von ihm zum Werthe

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

Zweite Beilage zu № 266 der Breslauer Zeitung.

Sonntag den 12. November 1848.

(Fortsetznng.)
von 2500 Rthlr. veranschlagt und von einer Anzahl hiesiger Künstler als sachgemäß bezeugt worden.

Wir treten hiermit diesem Zeugnisse vollständig bei, nachdem wir die zu verlosenden, in besonderem Verzeichnisse angeführten und taxirten 36 Oelgemälde selbst geprüft haben, und können das Unternehmen des Herrn Karsch daher nur als in jeder Hinsicht der Förderung werth, nach unserer besten Ueberzeugung empfehlen. Breslau, am 11. Oktober 1848.

Der Verwaltungs-Ausschuß des schlesischen Kunst-Vereins.

Ebers. Heinke. Graf v. Hoverden-Plenken. Kahlert. Mächtig. Resch. Graf Leopold von Schaffgotsch. Sohr.

Verzeichniß der 36 Oelgemälde.

1.	Hasenclever in Düsseldorf: Weinkeller, . .	75 Frdr.
2.	Kirner in München: Italienische Gärtnerfamilie,	56 „
3.	A. Zimmermann in München: Alpenlandschaft,	40 „
4.	Lootse in München: Schafgruppe, ...	32 „
5.	Schall in Breslau: Verkündigung Mariä, . .	25 „
6.	Haushofer in Prag: Tyroler-Landschaft, . .	22 „
7.	Scheuren in Düsseldorf: Niederländische Landschaft, ...	22 „
8.	Max Zimmermann in München: Waldpartie,	12 „
9.	Schmidt in Berlin: Gebirgs-Landschaft, . .	12 „
10.	A. Zimmermann in München: Gebirgslandschaft,	12 „
11.	Freyhof in Potsdam: Mädchen einen Brief lesend, ...	8 „
12.	Spohler im Haag: Winter-Landschaft, . .	8 „
13.	Happel in Düsseldorf: Rhein-Landschaft, . .	7 „
14.	desgl. desgl.	7 „
15.	Hildebrand in Berlin: Strandgegend, . . .	7 „
16.	desgl. desgl.	7 „
17.	Schleich in München: Landschaft am Starenberger See, ...	6 „
18.	Stange in München: Norwegische Wassermühle,	6 „
19.	Bach in München: Verunglückte Schlittenfahrt,	4 „
20.	Sackstädter in München: Hochzeitsbitter, . .	4 „
21.	Röhl in Dresden: Spielende Kinder, . . .	3 „
22.	Zwingauer in München: Gebüsch mit Gewässer,	3 „
23.	Longho in München: Mondschein-Landschaft,	3 „
24.	desgl. desgl.	3 „
25.	Goldstein in Dresden: Italienische Landschaft,	3 „
26.	desgl. desgl.	3 „
27.	Schreiber in München: Zerstörte römische Wasserleitung, ...	3 „
28.	desgl. desgl.	3 „
29.	Schönfeld in München: Dom in Erfurt, . .	3 „
30.	Reinhardt in München: Winter-Landschaft mit Haasen, ...	3 „
31.	Rosenthal in München: Winter-Landschaft, .	3 „
32.	Braun in München: Liebeserklärung, . . .	3 „
33.	Meinert in Danzig: Blumenstück, ...	2 „
34.	Seydel in München: Abend-Landschaft, . .	2 „
35.	desgl. Morgen-Landschaft, . .	2 „
36.	Heidenreich aus Breslau in Berlin: Affentheater,	30 „

Bekanntmachung.

Die in der vorletzten Stadtverordneten-Versammlung von dem Hrn. Professor Regenbrecht aufgestellten Behauptungen, den Schießwerder-Garten betreffend, erkläre ich als Unwahrheit und weise solche eine Verdächtigung mit Verachtung zurück.

Alexander Monhaupt.

Hohe National-Versammlung!

Das unbeschränkte Petitionsrecht, dessen sich jetzt jeder Staatsangehörige erfreut und das Bewußtsein, daß Eine hohe National-Versammlung zur Vertretung der Interessen aller Stände berufen ist, und daß Hochdieselbe wirklich vertreten wird, veranlaßt auch die Unterzeichneten mit gerechtem Vertrauen die Zukunft ihres Standes in die Hände Einer Hohen National-Versammlung zu legen. Die bisherige traurige Stellung, welche Privat-Sekretäre in unserem Staate, insbesondere in der neueren Zeitperiode, das ist seit dem Friedensschlusse von 1815, einnehmen, ist hinlänglich bekannt und es konnte durch unzählige Vorstellungen und Immediatgesuche leider keine günstigere Aenderung in der Lage derselben, als die seit längerer Zeit bestehende Bestimmung hervorgerufen werden, daß einer verhältnißmäßig sehr beschränkten Anzahl die Aussicht eröffnet ist, nach mindestens 3 bis 4jähriger unentgeltlicher Dienstzeit zu einer diätarischen Beschäftigung bei den Staats-Behörden gezogen zu werden, und nach Verlauf wiederum einer längeren Zeit eine kleine Subaltern-Anstellung zu erringen. Unmittelbar und lange vor dem in der vaterländischen Geschichte als Befreiungskrieg bezeichneten Feldzuge von 1813 bestand das Personal der verschiedenen Dicasterien ohne Unterschied aus solchen Beamten, welche sich von früher Jugend an, dem Subalterndienst gewidmet hatten, und daher eine derartige Begünstigung nur solche treffen konnte, deren Väter oder Verwandte bereits einträgliche Stellen bekleideten, von denen sie nicht nur Belehrung, sondern auch noch Unterhalt so lange erhielten, bis sie in vacante Stellen einrückten. Nach dem Kriege mußte der Staat in seiner vorsorglichen Weisheit natürlich allen denen Civil-Anstellungen geben, welche als Ganz-Invaliden oder verwundet aus dem Feldzuge zurückkehrten und sich vor dem Feinde ausgezeichnet hatten. Diese Vorsorge erweiterte sich in der Folge in der Art, daß auch denen, welche nicht gerade auf dem Schlachtfelde verwundet worden waren, sondern ihren freiwilligen Eintritt zum Kriegsdienste nachzuweisen vermochten, der Civil-Versorgungsanspruch zuerkannt wurde, wodurch in der That, die in allen Fächern eintretenden Vacanzen mit gedienten Militärs besetzt waren, deren Ueberfüllung mit der seit einigen zwanzig Jahren bestehenden Allerhöchsten Bestimmung, nach welcher Jeder 9 Jahr als Unteroffizier gediente Soldat im Civildienste versorgt werden muß, in einem Grade zugenommen hat, daß Jedem nicht so lange gedienten oder ohne seine Schuld vom Militärdienst freigebliebenen jungen Manne, selbst wenn er durchweg brauchbar und zuverlässig ist, und eine musterhafte Führung nachzuweisen vermag, keine Aussicht erwächst, je eine bleibende Stellung im Staatsdienste einzunehmen, und es bleibt ihm nur die traurige Aussicht, im Alter, nach eingetretenen unvorhergesehenen Umständen sich mit den theuern Seinigen, deren Ernährer er gewesen, dem bittersten Mangel Preis gegeben zu sehen, da eben verhältnißmäßig nur sehr Wenige 3 bis 4 Jahre unentgeltlich dem Staate ihre Dienste zu widmen vermögen. Das Mißverhältniß, mit welchem die Anstellung im Staatsdienste zwischen dem Militär und Civil bisher gehandhabt wurde, ist wirklich so groß, daß eine Reform auch in dieser Hinsicht nicht nur wünschenswerth und zeitgemäß, sondern unbedingt nothwendig ist; denn während man von dem letzteren eine 3 bis 4jährige Aufopferung seiner Kräfte ohne die geringste Entschädigung und das Examen erster Klasse ohne alle Beschränkung verlangt, setzt man bei dem Ersteren nur eine 9jährige Dienstzeit als Unteroffizier voraus, für welche er vom Staate salarirt wird. Wenn man uns einwendet, daß diese Entschädigung in keinem Verhältnisse mit den Leistungen stehe, so bedarf es wohl keiner besondern Explication, daß die Belohnung im Privatdienste mit den Leistungen noch weit weniger in einem Verhältnisse steht. Die meisten dienen durch Genügung ihrer Militärpflicht, wenn auch nur auf kürzere Zeit dem Staate, und Alle dienen indirekt demselben, und werden es bei dem ins Lebentreten der Volksbewaffnung direkt thun. Wir können uns daher nicht überzeugen, wie Jene vor uns einen Vorzug genießen sollen und wir beantragen deshalb gehorsamst: „die Zulassung der Privat-Sekretäre zum Staatsdienste nach abgelegtem Examen ohne unentgeltliche Aufopferung ihrer Kräfte." — Zu diesem Antrage dürfte jedoch noch ein zweiter und gewiß eben so gerechter treten, der subjektiv zwar nur die in den Kanzleien der Justiz-Kommissarien beschäftigten Privat-Aktuarien speziell berührt, objektiv aber unbedenklich im Staats-Interesse liegt. Sämmtliche bei königlichen Gerichten sowohl als bei Patrimonial-Gerichten angestellten, ja selbst nur als Lohnschreiber fungirenden Beamten wurden nämlich bisher den gesetzlichen Bestimmungen gemäß, vereidet und erlangten dadurch nicht nur eine gewisse Anerkennung dem Staate gegenüber, sondern ihre materielle Geschäftsausbildung wurde eben hierdurch in der Individualität der betreffenden Beamten selbst, weil sie einem moralischen Zwange unterworfen waren, eine geregelte und erleichterte, ja sie fanden auch — es ist dies nicht zu leugnen — eben in dem selbstständigen Bewußtsein durch ihre Vereidigung einen Theil der Administration selbst zu bilden, eine gewisse beruhigende Garantie für ihre Existenz selbst, — während dessen lag auf dem Stande der bei Justiz-Kommissarien arbeitenden Privat-Aktuarien eine Herabsetzung gegen die vorgenannten Beamten, welche eben nur eines Theils in dem Mangel der Garantie, die dem Staate und seinen Bürgern durch Eid und Pflicht Jener gewährt wurde, andern Theils — leider in den, bei dem Mangel jedes bindenden Verhältnisses, vorgekommenen Verirrungen mehrerer unserer Standesgenossen, ihren Grund hatte. Diese Herabsetzung wurde durch den Erlaß des Gesetzes vom 11. Juli 1845, nach welchem die Privat-Aktuarien der Justiz-Kommissarien als Notariats-Zeugen nicht mehr zugezogen werden durften, in das grellste Licht gesetzt. Wenn man uns einwenden will, daß die oben als bevorzugt bezeichneten Beamten als wirkliche Staatsdiener vereidet sein müßten, weil der Staat für ihre Handlungen verantwortlich sei, so müssen wir entgegnen, daß die Aktuarien bei den Patrimonial-Gerichten, obwohl sie nicht direkte Staatsdiener, dennoch vereidet sind. Eben solche indirekte Staatsdiener sind aber auch die Aktuare der Justiz-Kommissarien, denn gerade diese können durch Gewissenlosigkeit größere Nachtheile herbeiführen, als ein großer Theil der jetzt bei Gerichten beschäftigten und vereideten Subaltern-Beamten. Man könnte uns zwar und mit Recht erwidern, daß die Justiz-Kommissarien allein für die Handlungen ihrer Aktuarien einstehen müssen, hierbei kann jedoch nicht unberücksichtigt bleiben, daß es viele und wichtige Geschäfte giebt, die der Justiz-Kommissar unmöglich selbst besorgen kann, und sie daher nothgedrungen seinem Aktuar anvertrauen muß, abgesehen davon, daß dieser ohnedem Kenntniß von allen Geschäfts-Angelegenheiten haben muß. Ist nun die Amtsverschwiegenheit ein unbedingtes Erforderniß jedes Beamten und bildet sie einen Theil des Diensteides, also auch der Justiz-Kommissarien, so wird offenbar zugegeben werden müssen, daß diese die Amtsverschwiegenheit ihrer Hülfsarbeiter unmöglich vertreten können. Welcher weit größere Nachtheil aber in letzterer Beziehung entstehen kann, liegt auf der Hand. Während bei den Gerichten der Gang geregelt und der rechtliche Status bereits als feststehend angenommen werden muß, ist dieser bei den Justiz-Kommissarien noch im Embryo, welches erst ausgebildet werden soll. Natürlich ist jeder noch so zarte Eindruck auf die Bildung bleibend und der Nachtheil nicht wieder so leicht, ja in vielen Fällen fast gar nicht zu beheben. Es dürfte daher der Antrag: „auch sämmtliche in den Kanzleien der Justiz-Kommissarien beschäftigten Beamten dem Staate gegenüber in Eid und Pflicht zu nehmen" — gewiß gerechtfertigt erscheinen.

Breslau, den 7. Oktober 1848.

Das Direktorium des Privat-Aktuarien-Vereins für die Provinz Schlesien.

Marx. Wecker. Hoffmann II. Fiedler. Römhild. Spalcke. Warkotsch.

Nachstehende Beiträge sind ferner bei uns eingegangen:

Durch den Graf Burghauß gesammelt: von dem Gesandten v. Bockelberg in München, durch das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu Berlin 283 Rt. 10 Sg. 3 Pf. Desgleichen 487 Rt. 3 Sg. 8 Pf., und 68 Rt. 7 Pf. Von dem Pastor Böthelt in Kreibau in seiner Parochie gesammelt 1 Rt. 12 Sg., von der Trierschen Zeitungs-Expedition in einem Wechsel 200 Rt. Zusammen 1039 Rt. 26 Sg. 6 Pf.

Durch den Schatzmeister Kommerzien-Rath Ruffer gesammelt: von N. N. 63 Rt. 4 Sg., von der Post-Expedition zu Jadazewo 23 Sg., von der Post-Verwaltung zu Hattingen 18 Rt. 18 Sg., von dem Pfarrer Dr. Mathias in Friedberg 5 Rt. 20 Sg., von dem Fabrik-Besitzer Stumpf zu Tomaszow in Polen (2 Dukaten) 6 Rt. 10 Sg., von dem Ober-Post-Amte in Hamburg 59 Rt. 5 Sg. 3 Pf. und ein Packet Kleidungsstücke, von der Expedition der Rhein- und Mosel-Zeitung zu Koblenz 19 Rt. 25 Sg., von N. N. durch HH. Lustig und Selle 25 Rt. 17 Sg., von dem Ober-Post-Amt in Halle 5 Rt. Zusammen 204 Rt. 2 Sg. 3 Pf.

Summa	1,243 Rt. 28 Sg. 9 Pf.
Hierzu die unterm 22. Septbr. d. J. veröffentlichten	345,430 Rt. 27 Sgr. 2 Pf.
so daß also im Ganzen bis jetzt bei uns eingegangen sind	346,674 Rt. 25 Sg. 11 Pf.

Breslau, den 7. Novbr. 1848.

Das Comité zur Milderung des Nothstandes in Oberschlesien.

Brieg, 10. Novbr. Die Lehranstalten haben den Beruf, die Jugend, auf welcher die Hoffnung des Landes beruht, zu tüchtigen Staatsbürgern vorzubilden. Dies muß aber namentlich in der ersten Klasse eines Gymnasiums nicht vernachlässigt werden Leider kann man zu dem hiesigen Gymnasium in dieser Beziehung kein rechtes Vertrauen haben, wenn man die betrübende Erfahrung macht, daß die Primaner desselben seit Ostern 1848 bis heut den 10. November 1848 erst eine einzige deutsche Arbeit geliefert, dieselbe aber noch nicht zurückerhalten haben. Woher soll die Uebung im Denken, die folgerichtige Erfassung einer Aufgabe, die Veredelung des Ausdrucks, die Rundung des Stils kommen? Selbstübung macht's nicht, sonst brauchte man keine Schulen, wenigstens keine solche, welche diesen Zweck haben sollen. Wie im Deutschen, so ist es gerade im Lateinischen, dem zweiten Hauptgegenstande eines Gymnasiums, der Fall. Es kann aber auch dann nicht auffallen, wenn die jungen Leute mehr den Vergnügungen außer dem Hause nachgehen, als den Studien obliegen. Selbstredend hat doch daran die meiste Schuld der Lehrer, welcher die meiste Gelegenheit hat, die jungen Leute zu Hause zu beschäftigen, diese Gelegenheit aber durch 7 Monate versäumt. Der Sinn für Fortbildung lebt in den Jünglingen, das beweist der von ihnen begründete Redeverein; aber ohne Antrieb des Lehrers wird der Fleißigste schlaff. Möchten diese Zeilen dazu dienen, eine Umgestaltung in den erwähnten Lehrgegenständen in Prima zu bewirken, damit das Gymnasium illustre sich diesen ehrenden Beinamen auch fernerhin bewahre. Dies ist unser aufrichtiger Wunsch, welcher, vereint mit der Liebe zu den lernenden Jünglingen, uns diese Zeilen niederschreiben ließ.

Schwiegerlings Marionetten-Theater.

Die Vorstellungen im alten Theater erfreuen sich unausgesetzt eines anhaltenden Beifalls. Die Herren **Schwiegerling** und **Eberle** sind befleißigt, das Ballet mit neuen mechanischen Ergebnissen und sinnigen Metamorphosen zu beleben, und die Wahl der Piecen und Combinationen ist ihnen zeither geglückt. — Die Aufmerksamkeit auf den umwölkten politischen Horizont hindert es nicht, daß sich ebenso Erwachsene wie Kleine an dem Humor, welcher als leitender Stern alle Vorstellungen durchglüht, erquicken. Das Repertoir ist so vollständig, daß neue Abwechselungen den Genuß jeden Abend erhöhen. Urlaubsreisen der Mimen, Heiserkeit, Krankheit und Kontrakt-Brüche kommen nicht vor, und es werden demnach stets die Versprechungen erfüllt, welche die Holzschnitte auf den Affichen andeuten.

Theater-Nachricht.

Sonntag, neu einstudirt: **„Hans Heiling.“** Große romantische Oper in 3 Akten nebst einem Vorspiele von Eduard Devrient. Musik von Heinrich Marschner. — Personen: Die Königin der Erdgeister, Frau Stotz. Hans Heiling, Herr Rieger. Anna, seine Braut, Frln. Bunke. Gertrud, ihre Mutter, Frau Heinze. Conrad, burggräflicher Leibschütz, Herr Kahle. Stephan, Bauer, Herr Mosewius. Niklas, Bauer, Herr Schöbel.

Montag: **„Der artesische Brunnen.“** Zauberposse mit Gesang und Tanz in drei Akten von Gustav Räder. Musik von mehreren Komponisten.

Verein. △. 14. XI. 6. R. △ III.

Verlobungs-Anzeige.

Die gestern vollzogene Verlobung unserer Tochter Bertha mit dem Kaufmann Herrn J. Neumann aus Kempen, beehren wir uns, Verwandten und Freunden, statt besonderer Meldung, ergebenst anzuzeigen.

Breslau, den 12. November 1848.

H. Lion und Frau.

Entbindungs-Anzeige.

Die gestern Abend glücklich erfolgte Entbindung meiner lieben Frau Rosalie, geb. Fürth, von einem muntern Knaben, beehre ich mich, Verwandten und Freunden ergebenst anzuzeigen.

Breslau, den 11. November 1848.

Moritz Huth.

Todes-Anzeige.

Gestern in der 2ten Morgenstunde entschlief sanft nach sehr langen vielen Leiden, unser treuer innig geliebter Bruder Eduard v. Lüttwitz auf Talbendorf, in seinem noch nicht vollendeten 50sten Lebensjahre. — Er ertrug die ihm hiernieden auferlegte schwere Prüfung mit bewundernswürdiger christlicher Geduld.

Mögen alle unsere Verwandten, Freunde und Bekannte, an welche wir diese traurige Anzeige, statt jeder besonderen, richten, uns ihre stille Theilnahme schenken.

Talbendorf bei Lüben, den 10. Nov. 1848.

Wilhelm v. Lüttwitz.
Auguste verw. v. Johnston, geb. v. Lüttwitz.

Todes-Anzeige.

Heute Vormittag 9½ Uhr starb unser geliebter Ehemann, Vater und Schwager, der Stadt-Wundarzt und Stadt-Aelteste Carl Seewald, 84 Jahre alt, an Entkräftung nach fünfwöchentlicher Krankheit; was wir Verwandten und Bekannten ergebenst anzeigen.

Trebnitz, den 10. Novbr. 1848.

Antonie Seewald, geb. Hübner.
Rudolph Seewald, als Sohn.
Hübner, Kanzlei-Direktor, als Schwager.

Todes-Anzeige.

Nach sechsmonatlichen Leiden an einem Zehrfieber entschlummerte heut Abend um 5¾ Uhr unsre unaussprechlich geliebte Tochter und Schwester, die Frau Marie, verw. Schmidt, geb. Waldow, was wir tief gebeugt unsern geehrten Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung hierdurch ergebenst anzeigen.

Hirschberg, den 8. November 1848.

Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Tief gebeugt, zeigen wir statt jeder besonderen Meldung entfernten Freunden und Verwandten, um stille Theilnahme bittend, ergebenst an, daß uns gestern Vormittag 11 Uhr unser innig geliebtes Söhnlein Hugo nach vielen Leiden an Unterleibs-Schwindsucht in dem Alter von 22 Wochen 4 Tagen durch den Tod entrissen wurde.

Neudorf bei Friedland, 9. Nov. 1848.

Stenzel und Frau.

Oekonomische Section.

Versammlung Dienstag den 14. Novbr. Nachmitsags 5 Uhr.

Section für Philologie.

Dienstag den 14. Novbr. Abends 6 Uhr wird Hr. Dr. Kopisch über Pindars 9. Olympische Ode sprechen und eine neue metrische Uebersetzung derselben mittheilen.

Gewerbe-Verein.

Allgemeine Versammlung Montag den 13. November Abends 7 Uhr in dem Lokal der schlesischen vaterländischen Gesellschaft in der Börse auf dem Blücherplatz.

Der constitutionelle Verein zu Gorkau versammelt sich Mittwoch den 15. November, Nachmittags 2 Uhr.

Schlesischer Pharmaceuten-Verein.

Montag, den 13. November, Abends 7 Uhr. Lips: Ueber die Gährung.

Winter-Verein.

Die geehrten Mitglieder des Vereins werden dringend ersucht, Sonntag den 12. Nov., Nachmittag 3 Uhr, sich recht zahlreich zu einer General-Versammlung einzufinden. Der auf den 13ten in Aussicht gestellte Ball kann vorläufig nicht stattfinden.

Das Direktorium.

Im alten Theater.

Heute Sonntag den 12ten und Montag den 13ten wird der Professor Herr Eberle mit 5 Fuß hohen Figuren aufführen: **Das Weibchen im Wiener Walde, oder: Die Teufelsbrücke.** Wiener Volkssage in 3 Akten von Hämpler. Personen: Aline, Waldweibchen und Beschützerin der Königstochter. Salo, ihr Gemahl, wandernder Geist. Rosamunda, die schlafende Königstochter. Astraus, Pfaraus, Salos dienstbare Geister. Anziel, ein kleines Männchen, Alines Geister. Rudolph v. Drachenstein, unter dem Namen der schwarze Ritter. Heinrich v. Hochhausen. Ehrich, Heinrichs Knappe. Ritter Hugo, Kurt, sein Knappe. Kasperle im Dienst des schwarzen Ritter. Babili, Duduli, Zwerge. Dirre, der Hausknecht zur Todtenherberge. Gutrona, Dolona, weiße Geister. Teufersbach, Rosamundens Vater. Vorkommende Verwandlungen: Das kleine Männchen verwandelt sich in einen Esel; 2) in einen Becher Wein; 3) in eine Meerkatze; 4) in einen Nachtigall-Affen; 5) in einen Orang-Utang; Salo verwandelt sich in Zwerg und Zwergin, in einen Affen, dann in einen Pilger, in einen Geist, in ein Mädchen und in einen Drachen. Zum Schluß Transparent-Feuerwerk nebst Ballet.

Billets zu Logen und Sperrsitzen à 6 Sgr. sind am Tage im alten Theater zu haben.

Kassenpreis 7½ Sgr.

Kassenöffnung 5 Uhr. Anfang 6½ Uhr.

Schwiegerling.

Bei **Graß, Barth und Comp.** in **Breslau** ist soeben angekommen:

Knall-Erbsen, Leuchtkugeln u. Teufelspillen.

Oder: Ihr sollt und müßt Euch todtlachen.

Ein Universum des Witzes und der Laune mit 600 schönen Anekdoten und 100 Räthseln ꝛc. Ein angenehmer Gesellschafter bei Tafel, auf Reisen und in geselligen Kreisen. 10 Sgr.

(Verlag von F. A. Reichel in Bautzen.)

Im Verlage von **Joh. Urban Kern**, Junkernstr. Nr. 7, ist soeben erschienen:

Wien's Freiheitskämpfe, Belagerung und Erstürmung im Jahr 1848.

Gr. 8. Geh. Preis 3 Sgr.

Dasselbe, mit einem Spezial-Plan von Wien, in Folio, Preis 6 Sgr.

Der Plan aparte, auf Velinp., Preis 5 Sgr.

Die blutigen Ereignisse und Kämpfe Wiens werden hier in einem lebendigen Bilde wiedergegeben — ein Gedenkbüchlein für Jedermann.

Neueste Musikalien.

Kontski, A. de, Op. 3. **La Cascade.** Caprice p. Violon av. Piano. 20 Sgr.
— Op. 4. **Morceau de Salon** en Style de Mazurek p. Violon av. Piano. 20 Sg.
— Op. 5. **L'Echo. Caprice-Etude** p. Violon seul. 15 Sgr.
Kücken, F., Op. 47. (Nr. 1) **Neapolitanisch.** „Du mit den schwarzen Augen.“ Gedicht von Geibel f. 1 Singstimme m. P. 15 Sgr.
Labitzky, J., Op. 151. **Gruss an Wien. 3 Polka** (Schönbrunnen-, Mödlinger-, Volksgarten-Polka) f. Piano. Nr. 1, 2 (10 Sgr.) Nr. 3 (7½ Sgr.)
— Op. 153. **Herbstblumen.** Walzer für Piano. 15 Sgr.
Liszt, F., Transcriptionen fürs Piano:
Nr. 1. **Schumann's Liebes-Lied** (Widmung) 15 Sgr.
Nr. 2. **Weber's Schlummer-Lied.** 15 Sgr.
Moscheles, J., Op. 115. **Grand Duo** p. 2 Pianos à 8 Main. 2 Rthl.
Netzer, J., Op. 19. **Drei Lieder** für Alt oder Bass m. Piano. 12½ Sgr.
Willmers, R., Op. 59. **La Campanella. Caprice** p. Piano 20 Sg.

F. E. C. Leuckart in **Breslau,** Kupferschmiedestrasse 13.

Privat-Aktuarien-Verein für Schlesien.

Den auswärtigen Vereins-Mitgliedern wird hiermit bekannt gemacht, daß

1) der hiesige Anwalt-Verein den Bestand seiner zur Unterstützung der Privat-Aktuarien gegründeten Kasse, nämlich:
175 Rtl. in Staatsschuldscheinen, verzinslich seit dem 1. Jan. d. J. und
69 Rthl. 26 Sgr. 11 Pf. baar;
2) Se. Hochgeb. der königl. Kammerherr, General-Landschafts-Direktor von Schlesien, Hr. Graf von Burghauß, die Summe von 10 Rthl.,

unserem Vereine zur Verwendung nach den Statuten aus eigenem Antriebe überwiesen haben.

Breslau, den 9. Novbr. 1848.

Das Direktorium.

Erstes Concert des Künstlervereins

Donnerstag den 16. Nov., Abends 7 Uhr, im Musiksaale der Universität.

1) Sinfonie, Gdur, von J. Haydn.
2) Violin-Concert, No. 18 Emoll, von Kreutzer, vorgetragen von Herrn Concertmeister Rudersdorf.
3) Sinfonie, No. 7 Adur, von L. v. Beethoven.

Das Abonnement für die angekündigten vier Concerte beträgt für die Person 2 Rthlr. Der Eintrittspreis bei einzelnen Concerten 1 Rthlr. In allen hiesigen Musikalienhandlungen sind Subscriptionslisten ausgelegt.

In der Buchhandlung von **Graß, Barth u. Comp.** in **Breslau** und **Oppeln**, in **Brieg** bei **J. F. Ziegler** ist zu haben:

Dr. Pigeaire, über den Nutzen der Hydrotherapie [Wasserheilkunst]

in ihrer Anwendung auf die chronischen Krankheiten und Nervenaffectionen. Aus dem Französischen nebst Bemerkungen über den Gebrauch der kalten Begießungen in fieberhaften Krankheiten von Dr. **J. C. Fleck.** Gr. 8. 25 Sgr.

Diese kleine, aber inhaltschwere Schrift wird einführen in ein rationell hydrotherapeutisches Heilverfahren, das in seinen Erfolgen durch die merkwürdigsten Thatsachen von den oft wundergleichen Leistungen nachgewiesen, den Leser gründlich darüber belehren und überzeugen soll. Vielen tausend Leidenden, die schon alle Hoffnung aufgegeben, wird dieses hochwichtige Buch noch Hülfe und Rettung bringen.

Am Dinstag, den 14. November,

Abends 6 Uhr, im König von Ungarn: zweite popular-philosophische Vorlesung für Herren und Damen. — Uebersicht: Entwickelung der Begriffe Raum und Zeit. — Anwendung auf die Allgegenwart, Ewigkeit und Allmacht. — Erledigung der darauf bezüglichen abergläubischen Vorstellungen. — Die Allweisheit in Bezug auf die Uebel in der Welt, die Allwissenheit im Einklange mit der Freiheit des Menschen. — Heiligkeit und Gerechtigkeit Gottes in Bezug auf das Böse und die Sünde.

Billets für Einzelne und Familien sind außer den resp. Handlungen der Herren **Josef Max u. Komp., W. G. Korn** und **Graß, Barth u. Komp.** auch im **König von Ungarn** selbst zu haben.

Dr. **Richter.**

Hierdurch beehre ich mich, einem verehrungswürdigen Publiko die ergebene Anzeige zu machen, daß ich meine

Haupt-Niederlage für Schlesien

mit dem Eintritt des Herrn **Herrmann Hammer** in das Geschäft des Herrn

Carl Friedrich Keitsch in Breslau

auch in diese ehrenwerthe Handlung verlegt habe.

Der Herr **Carl Friedrich Keitsch** ist von allen Sorten meiner

Dampf-Chokolade und Gesundheits-Präparate

mit großen Vorräthen versorgt, und auch im Stande, zu den **Fabrikpreisen** zu verkaufen. — Preislisten und Gebrauchsanweisungen werden stets gratis verabfolgt.

Frankfurt a. d. O., im November 1848.

J. G. Mielke,
Dampf-Chokoladen-Fabrik-Besitzer.

Mit Bezug auf vorstehende Annonce empfehle ich meine **Haupt-Niederlage** der so außerordentlich beliebten **Dampf-Chokolade** aus der Fabrik des Herrn **J. G. Mielke** in **Frankfurt a. d. O.,** und bemerke zugleich, daß ich nach dem Preis-Courant und mit dem üblichen Fabrik-Rabatt an Wiederverkäufer verkaufe.

Breslau, im November 1848.

Carl Friedrich Keitsch,
Stockgasse Nr. 1.

Meinen geehrten Geschäftsfreunden die ergebene Anzeige, daß ich den bevorstehenden Breslauer Jahrmarkt zum erstenmal mit einem gut assortirten Lager von 4/4 und 8/4

Rock- und Beinkleider-Stoffen

aus der Fabrik der Herren **F. Scheder und F. Bruck** aus **Kletschkau bei Schweidnitz** beziehen werde, und befindet sich mein Geschäftslokal

am Paradeplatz, Ecke des Blücherplatzes,

im Hause des Weinkaufmann Herrn Philippi.

Ignatz Neustadt aus Kletschkau bei Schweidnitz.

Sommersprossen,

sowie Leberflecken und schmutzige Farben in der Haut, welche dem Gesicht ein widerliches Ansehen geben, verlieren sich durch die Anwendung unseres **Lilionesen-Wassers**, auch gewinnt die Haut an Zartheit und Weiße, so daß sie wie bei Kindern von 5 bis 6 Jahren das Aussehen bekommt. Auch benimmt es die sogenannten Finnen und Mitesser. Dieses Mittel ist bereits von vielen Medicinal-Behörden geprüft und als vorzüglich zum äußerlichen Gebrauch empfohlen worden. Nach Verlauf von 14 Tagen ist alle Wirkung geschehen; die Fabrik steht für den Erfolg und macht sich verbindlich, im entgegengesetzten Falle den Betrag zurück zu zahlen. Der Preis ist pro Flasche 1 Rtlr. Die alleinige Niederlage in **Breslau** befindet sich bei den Herren **Klausa & Hoferdt,** Ring Nr. 43.

Rothe & Comp., in Köln a. Rh. und Berlin.

Schnürmieder nach der neuesten Art,

wie auch **Conservations-Schnürmieder,** mit Luft gefüllt, von der besten Sorte à 3 Rthlr., einfachere billiger. Auch für Knaben und Mädchen, welche schief wachsen, sind **Bandagen, Mieder** und **Geradehalter** vorräthig, und werden auch Bestellungen angenommen bei

Bamberger, Schweidnitzer- und Karlsstr.-Ecke Nr. 1 (zur Pechhütte).

Eine große Partie Velour-Teppiche

in verschiedenen Größen liegen zum billigen Verkauf bei

Heinrich Cadura, Herrenstraße, drei Mohren.

Ein Haus, neu und massiv gebaut, mit Zinkdach und 1½ Mrg. Garten, in Breslau, ist gegen eine ländliche Besitzung zu vertauschen oder ohne Anzahlung zu verkaufen.

Ein Gasthof erster Klasse in der Provinz ist mit geringer Anzahlung zu verkaufen oder gegen ein Haus in der Stadt zu vertauschen.

Central-Adreß-Bureau.

Oekonomie-Beamte und Inspektoren, kautionsfähig von **200 Rtlr.** bis **5000 Rtlr.** empfiehlt: **Jos. Delavigne,** Ketzerberg 8.

Flanell

in großer Auswahl empfiehlt zu höchst billigen Preisen: **S. Isaias,** Schweidnitzer Straße Nr. 19, an der Menoriten-Kirche.

Vigogne-Jacken

für Damen und Herren, welche auf dem **bloßen Körper** getragen werden, sind wieder vorräthig bei

Herrmann Littauer,
Nikolai-Straße Nr. 15.

Aufgebot.

Dem ehemaligen Land-Gerichts-Sekretär Dalski ist im Nov. 1844 in Trzemeszno oder auf der Reise dahin, der dem Gutsbesitzer v. Rozanski zu Padniewo angeblich gehörige Posener 3½ prozentige Pfandbrief Nr. 92/1306, Groß Guttowy, Kreis Wreschen, über 100 Thaler verloren gegangen. Der Inhaber dieses Pfandbriefes wird hier durch aufgefordert, sich bis zum achten Zinszahlungs-Termine, welcher, von der ersten bereits erfolgten landschaftlichen Bekanntmachung abgerechnet, am 16. Februar 1849 abläuft, und in dem zu diesem Zwecke auf den 3. März 1849, Vormittags um 10 Uhr, in unserm Instruktions-Zimmer vor dem Oberlandesgerichts-Refrendarius Rappold anberaumten Termine zu melden, oder die gänzliche Amortisation des Pfandbriefes zu gewärtigen. Posen am 19. August 1848.

Königliches Ober-Landes-Gericht.
Abtheilung für die Prozeßsachen.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkauf des hier Nikolaistr. Nr. 13 und Büttnerstr. Nr. 24 und 25 belegenen, den Geschwistern Woywode, als Erben ihrer Mutter Anna Rosina, verw. Woywode, geb. Jänsch gehörigen, auf 28,302 Rthlr. 16 Sgr. 1 Pf. geschätzten Hauses, zum Zweck der Erbauseinandersetzung, haben wir einen Termin auf den **15. März 1849, Vorm. 11 Uhr** vor dem Herrn Assessor Kießling in unserm Parteien-Zimmer anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 3. August 1848.
Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hierselbst auf der Wallstraße Nr. 1b. belegenen, dem Partikulier Eduard Julius Gottheiner gehörigen, auf 22,928 Rtl. 10 Sgr. 11 Pf. geschätzten Grundstücks haben wir einen Termin auf

den 13. April 1849, früh 10 Uhr,

vor dem Herrn Stadtgerichtsrath Schmidt in unserem Parteienzimmer anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 21. Septbr. 1848.
Königl. Stadtgericht. II. Abtheilung.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Tauenzienstraße Nr. 38 (sonst unter Nr. 17) belegenen, der verw. Kunstgärtner Gebhard, Karoline geb. Plathner, jetzt verw. Kunstgärtner Vorback gehörigen, auf 19,054 Rtl. 24 Sgr. 10 Pf. geschätzten Grundstückes, haben wir einen Termin auf

den 14. März 1849,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadtgerichtsrath Schmiedel in unserm Parteienzimmer anberaumt. Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 17. August 1848.
Königl. Stadtgericht. II. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Es ist das Bezirkssiegel des neuen Welt-Bezirks, nachdem es sich von seinem hölzernen Hefte gelöst, verloren gegangen.

Das Siegel selbst, von Messing, enthält außer der Bezeichnung des Bezirks, das hiesige Stadtwappen.

Indem wir dies bekannt machen und vor Mißbrauch warnen, fordern wir denjenigen, welcher das Siegel gefunden haben sollte, hiermit auf, dasselbe an unsere Rathhaus-Inspektion abzugeben.

Breslau, den 7. November 1848.
Der Magistrat
hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Bekanntmachung.

Behufs der anderweitigen Verdingung des Land-Fracht-Transportes der von dem unterzeichneten Montirungs-Depot sowohl an die königlichen Truppen, als auch an andere Depots zu versendenden Militär-Bekleidungs-Gegenstände für den Zeitraum vom 1. Januar bis ult. Dezember 1849 ist ein Termin auf **den 20. November d. J. Vormittags 10 Uhr** im Büreau desselben, Dominikanerplatz Nr. 3 anberaumt, wozu kautionsfähige Entrepriselustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die dieser Entreprise zu Grunde gelegten Bedingungen vor Abhaltung des Termins, zu jeder schicklichen Zeit in dem gedachten Büreau eingesehen, auch die Erklärungen der Unternehmungslustigen im Termine sowohl persönlich, als auch durch versiegelte, schriftliche Submissionen abgegeben werden können.

Breslau, den 4. November 1848.
Königliches Montirungs-Depot.

Subhastations-Patent.

Die Besitzung Nr. 17 zu Wansen, dem Cigarren-Fabrikanten Friedrich Lambrecht und seiner Ehefrau Magdalena, geborene Schreiber, gehörig, gerichtlich auf 1251 Rtl. abgeschätzt, wird

am 10. Januar 1849, Vormittags 11 Uhr,

an der Gerichtsstelle zu Wansen subhastirt. Taxe und Hypothekenschein sind bei uns einzusehen.

Strehlen, den 17. September 1848.
Königliches Land- und Stadtgericht.

Bekanntmachung.

Bei der Oberschlesischen Fürstenthums-Landschaft wird für den bevorstehenden Weihnachts-Termin der Fürstenthums-Tag am 7. Dezbr. d. J. eröffnet und die Einzahlung der Pfandbriefs-Interessen vom 16. bis incl. den 23. Dezbr. d. J. erfolgen, die Auszahlung derselben an die Pfandbriefs-Präsentanten aber vom 24. Dezbr. d. J. bis incl. den 4. Januar f. a. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage stattfinden.

Hierbei bringen wir zugleich den bereits früher öffentlich bekannt gemachten Beschluß in Erinnerung, wonach Gesuche und Vorstellungen, ihr Gegenstand betreffe Tax-Recourse, Consense, Stundung von Ablösungen und Interessen oder andere Angelegenheiten, außer wo dabei an sich selbst Gefahr im Verzuge ist und die Schuld nicht in der Person des Extrahenten liegt, wenn sie nicht wenigstens 14 Tage vor dem jedesmaligen Fürstenthums-Tage eingehen, bei Seite gelegt werden und der Entscheidung des nächsten Collegii vorbehalten bleiben sollen.

Ratibor, den 3. Novbr. 1848.
Direktorium
der Oberschlesischen Fürstenthums-Landschaft.
(gez.) Freih. v. Reiswitz.

Bau-Materialien-Verdingung.

Zum Bau des Herrnprotsch-Brandschützer Oder-Dammes, zwischen Breslau und Auras, sind 4 Schleußen, eine transportable Utensilien-Bude und circa 200 Fuß kieferne Laufdielen erforderlich. Die Lieferung der dazu erforderlichen Hölzer soll an den Mindestfordernden verdungen werden. Darauf Reflektirende wollen die näheren Bedingungen bei dem Rathhaus-Inspektor Rösler einsehen und ihre Offerten bis zum 1. Dezember d. J. an den Ober-Amtmann Kutzner in Herrnprotsch bei Breslau schriftlich abgeben.

Herrnprotsch, den 11. November 1848.
Das Dammbau-Comité.

Holzverkauf.

Aus der königlichen Oberförsterei Schöneiche sollen

1) Dienstag den 21. November d. J. von 9 Uhr Vormittags ab im hohen Hause zu Wohlau:

A. an trockenen Brennhölzern

a) aus dem Schutz-Bezirk Heidau circa 150 Klftrn. Erlen-Scheitholz, circa 100 Klftrn. Kiefern-Scheit- und Stockholz,
b) aus dem Forstschutz-Bezirk Buschen circa 150 Klftrn. Erlen-Scheit- und 50 Klftrn. Kiefern-Scheit-;

2) Mittwoch den 22. November d. J. von 9 Uhr Vormittags an im Gerichtskretscham zu Friedrichshein:

a) aus dem Schutz-Bezirk Tarxdorf circa 100 Klftrn. Kiefern-Scheit- und 100 Klftrn Kiefern-Stockholz,
b) aus dem Schutz-Bezirk Pronzendorf circa 5 Klftrn. Kiefern-Scheitholz;

B. aus dem frischen Einschlage

c) aus dem Schutz-Bezirk Bautke eine eichene Mühlwelle, und
d) aus dem Schutz-Bezirk Pronzendorf circa 10 Stück Kiefern-Klötzer und 100 Klftrn. Kiefern-Scheit- und Knüppelholz;

3) Donnerstag den 23. November d. J. von 9 Uhr Vormittags an im Gerichtskretscham zu Städtel Leubus:

a) aus dem Forstschutzbezirk Kreidel circa 10 Stück kieferne Klötzer und circa 200 Klftrn. Kiefern Scheit- und Knüppelholz,
b) aus dem Forstschutz-Bezirk Gleinau circa 50 Stück kieferne Klötzer und 20 Klftrn. Kiefern-Scheit- und Knüppelholz,

meistbietend unter den im jedesmaligen Termine noch bekannt zu machenden Bedingungen verkauft werden, wobei noch bemerkt wird, daß die betreffenden Forstschutzbeamten angewiesen sind, das Holz an Ort und Stelle den Kauflustigen auf Verlangen vorzuzeigen.

Schöneiche, den 8. November 1848.
Die königliche Oberförsterei.

Bekanntmachung.

Für das hiesige Krankenhospital zu Allerheiligen soll auf die Zeit vom 1. Januar bis ultimo December 1849 die Lieferung nachstehender Viktualien:

1) Hafergrütze im Betrage v. ungef.				22	Ctr.
2) Heidegries	"	"	"	50	"
3) Wienergries	"	"	"	14	"
4) Reis	"	"	"	28	"
5) Weizenmehl	"	"	"	18	"
6) Hirse	"	"	"	12	Sch.
7) Perlgraupe, mittlere	"	"		12	"
8) Erbsen im ungefähren Betrage von				36	"
9) Linsen	"	"	"	18	"

im Wege der Lizitation verdungen werden.

Zu diesem Ende haben wir einen Termin auf den

2. Dec. d. J. Nachmittags 5 Uhr

im rathhäuslichen Fürstensaale anberaumt, zu welchem Lieferungslustige unter dem Bemerken eingeladen werden, daß die Lieferungsbedingungen in der Rathsdienerstube zur Einsicht ausgehängt sind.

Breslau, den 31. Okt. 1848.
Die Direktion des Krankenhospitals zu Allerheiligen.

Bekanntmachung.

In der heutigen Nacht sind durch gewaltsamen Einbruch aus der Wohnung des Hrn. Baumeister Stern in Posen, unter andern ihm gehörigen Gegenständen auch meine außer Cours gesetzten 3½ proz. Posener Pfandbriefe ohne Coupons, gestohlen worden, als:

Poklatki, Kreis Schroda,

Nr. 1.	2953	à 1000 Rthl.
Nr. 2.	2954	
Nr. 4.	2956	
Nr. 5.	2957	
Nr. 6.	2958	
Nr. 9.	2804	à 500 Rthl.
Nr. 17.	2732	à 200 Rthl.
Nr. 19.	2734	
Nr. 22.	3133	à 100 Rthl.
Nr. 23.	3134	
Nr. 24.	3135	
Nr. 25.	3136	
Nr. 26.	3137	
Nr. 27.	3138	

Ich warne daher Jedermann vor Ankauf obiger Pfandbriefe, da ich um Amortisation derselben bei der betreffenden Behörde beantragt habe.

Posen, den 6. Novbr. 1848.
Lutomski,
Gutsbesitzer von Staw und Poklatki.

Am 5. d. M. wurde mir von einem jungen ungekannten Manne, 8 Zoll groß, im Alter zwischen 20 und 30 Jahren, mit mehren Wundnarben unterhalb der rechten Kinnlade bis ans Ohr, von der eigentlichen Hautfarbe weißlicher hervortretend, Sprache deutsch, Mundart etwas ausländisch, bekleidet mit blauem Frack, worauf sich blanke Knöpfe befanden, braune Bukskin-Beinkleider mit Strippen, schwarzseidener Weste, weißem Vorleibchen, bunt seidenem Halstuche, welcher sich als Schullehrer von Lischwitz, Ohlauer Kreises, präsentirte und sich Aarndt nannte, ein dunkelblauer Tuchmantel, noch wenig getragen, mit schwarzem Plüschkragen, die Vordertheile mit schwarzgeblümtem grünen Flanell und am Rücken mit schwarzer Futterleinwand ausgefuttert, im Werthe von circa 25 Rtl. in hiesigem Gasthofe beim Gesellschafts-Ball heimlicher Weise entwendet. Wer mir den Thäter ermitteln und mir zu meinem Mantel wieder verhelfen kann, erhält eine Belohnung von Zwei Reichsthalern.

Frobelwitz bei Lissa, den 10. Novbr. 1848
Micklitz, Lehrer.

Widerrufung.

Wir sehen uns veranlaßt, einem hohen Publikum hiermit öffentlich bekannt machen zu müssen, daß durch den Verkauf unserer Aepfel keinesweges die Cholera herbeigeführt wird, was durch einen Arzt vor einigen Tagen in Zeitungen bekannt gemacht worden ist. Der Referent des Artikels muß keine Kenntniß von Obst haben, da nach Aussage tüchtiger Aerzte ein Apfel für jeden Kranken zur Labung dient. Wahrscheinlich sucht Herr Referent unsern Verkauf von Obst durch seine ungegründete Bekanntmachung schmälern zu wollen. **Viele Obsthändler.**

Die Sitzung des zweiten Bataillons-Klubbs findet Montag den 13ten Ring Nr. 48 statt. Das Comité.

Ein gebildeter Oekonom, mit den vorzüglichsten Zeugnissen seiner Brauchbarkeit versehen, ist Willens, als Volontär auf einem Gute anzutreten. Näheres bei Herrn **Tralles,** Messergasse 39.

Vor einigen Tagen fand sich ein Wachtelhund zu mir. Der Eigenthümer kann denselben gegen Erstattung der Insertions-Gebühren und Futterkosten zurück erhalten, Offene Gasse Nr. 9. **Lachmann.**

Ein vortheilhaft gelegenes **Haus in Reichenbach** auf der Breslauer Straße, worin seit vielen Jahren, wie auch noch gegenwärtig ein Material-Waaren- ꝛc. und Destillationsgeschäft betrieben worden, ist veränderungshalber bald zu verkaufen, geeignetenfalls auch zu vermiethen. Jede nähere Auskunft hierüber ertheilt der Kaufmann **A. W. Klemt** zu Schweidnitz.

Ein Beamter sucht als Untermiether eine Stube ohne Möbel, am südlichen Theile der Stadt, darauf Reflektirende haben die Güte ihre Adresse unter E. O. poste restante Breslau abzugeben.

Ein Handwagen steht zu verkaufen; Näheres Reuschestraße Nr. 51, eine Stiege.

Folgende nicht zu bestellende Stadtbriefe:
1. Herrn Schneidermeister Wächter,
2. „ Direktor Klettke,
3. „ Tafeldecker Liebich,
4. Frau Buchhändler Fischer in Schmolz,
5. Herrn Jacob Salomon,
6. „ A. Pelte,
7. „ D. M. Peiser.
8. „ Heimann Bamberg,
9. „ Schneidergeselle Ed. Ansorge,
10. „ Wirthschaftsbeamten Elstert in Brockau,
11. „ Leopold Peiser,
12. „ Baron Stücker,
13. „ Ludwig Böhms Erben,
14. „ E. F. Schwarz,

können zurückgefordert werden.

Breslau, den 10. November 1848.

Stadt-Post-Expedition.

Hirschfänger,

à 1 Rthlr. 17½ Sgr., sind wieder vorräthig.
S. Friedländer, Reuschestr. 58. 59.

Gummi-Schuhe

mit Ledersohlen, wasserdichte Schuhe und Stiefeln für Herren und Damen empfiehlt zur gütigen Beachtung: **A. Berthold,** Schuhmacher-Meister, Ring Nr. 2.

Reisetaschen-Zeuge

empfiehlt zu geneigter Abnahme:
A. L. Strempel, Elisabet-Str. Nr. 11, zum goldenen Schlüssel.

Für die Herren Conditoren

Cacao-Masse

in Blöcken von 5 bis 10 Pfd. offerirt billigst die **Chokoladen-Niederlage** am Rathhause Nr. 1, vormals Fischmarkt.

Fuß-Teppiche,

abgepaßte Sopha- und Bett-Teppiche in größter Auswahl offerirt billigst:
A. L. Strempel, Elisabetstr. Nr. 11, zum goldnen Schlüssel.

Gasäther

in bekannter Güte ist à Pfd. 5 Sgr., bei Partien 4½ Sgr., bei Herrn **T. W. Kramer,** Büttnerstr. Nr. 30, zu bekommen.
C. F. Capaun in Masselwitz.

Sehr bequeme

Ruhestühle

empfiehlt in größter Auswahl zu soliden Preisen: **Carl Seppe,** Reusche Straße Nr. 24.

Holsteiner Austern

bei

Gebrüder Friederici.

☞ Der Ausverkauf

von feinen **Stepp-Röcken** eigener Fabrik (billig und gut) ist auf der Schweidnitzer Straße in der Pechhütte bei
Bamberger, Schnürmieder-Fabrikant.

Makulatur

von verschiedener Größe ist zu haben:
Albrechts-Straße Nr. 3.

Ormecz, ungarischer Magenwein, wegen seinen stärkenden Eigenschaften bekannt, empfiehlt die Bouteille à 20 Sgr., die halbe à 10 Sgr., ergebenst:
Ferdinand Liebold, Ohlauerstr. 35.

Gummischuhe mit Ledersohlen, und Gesundheitssohlen, welche die Füße stets warm und trocken halten; **Goldene und silberne Taufmedaillen, Cruzifixe und Altarleuchter** von Gußeisen; **Lampen** von 15 Sgr. an, Kaffeebretter ꝛc. empfehlen zu **herabgesetzten** Preisen: **Hübner und Sohn, Kohlenstraße Nr. 4.**

Den **Gasthof** zur **goldnen Krone** in **Goldberg** empfehle ich einem geehrten reisenden Publikum zur gütigen Beachtung.
J. Sternberg.

Eine neu restaurirte Hof-Wohnung von drei hellen Zimmern und Beigelaß, 1 Treppe hoch, ist bald oder auch zum Neujahr zu vermiethen. Näheres bei **Emanuel Hein,** Ohlauerstraße Nr. 4.

Stiefelverkauf, Ring Nr. 4.

Fertige Stiefeln von Kalbleder und Rindleder sind in großer Auswahl zu haben, von 1½ bis 3 Rtlr.
August Hoffmann, Schuhmachermeister.

Suhler Büchsen

zu 14, 15, 16, 17, 18 Rtl. das Stück; Hirschfänger 2, 2⅓ Rtl.; Patrontaschen, Pistolen, Degen, Säbel, Terzerole und

Doppel-Flinten,

Jagdtaschen, Pulverhörner, Jagdpfeifen, Kupferhütchen-Aufsetzer, empfehlen zu äußerst niedrigen Preisen: **Hübner u. Sohn,** Kohlenstraße 4.

Nachdem unsere Preßhefen-Fabrik nunmehr vollständig in Betrieb gesetzt ist, und eine vorzügliche Waare liefert, haben wir wiederum

Herrn W. Schiff in Breslau,

Reusche Straße Nr. 58, 59,

die alleinige Haupt-Niederlage für Schlesien,

Posen und die Lausitz übertragen, und werden daselbst sämmtliche Aufträge zum Fabrikpreise prompt und bestens ausgeführt.

Die Verbindung durch die Eisenbahn macht es uns möglich, unsere Haupt-Niederlage täglich in 3 bis 4 Stunden mit bester frischer Waare zu versorgen.

Die Preßhefen-Fabrik des Dom. Gießmannsdorf.

Der diesjährige Verkauf von Modewaaren

zu zurückgesetzten Preisen beginnt Montag den 13. Novbr.

P. Manheimer jun., Ring (Naschmarkt) Nr. 48.

Schutzmittel gegen die Cholera.

Aus dem Boitzenburg-Hagenower Wochenblatt Nr. 51.





Wenn ich schon früher in diesem Blatte die

Goldberger'schen galvano-elektrischen Ketten

als höchst wirksam gegen Rheumatismus und Gicht empfohlen habe, so ist bei der annähernden, viele ängstliche Gemüther beunruhigenden Brechruhr eine solche Empfehlung gewiß zeitgemäß. Die Untersuchungen der Aerzte und Physiker haben nämlich an den Orten, die von der Brechruhr in ihrer epidemischen Ausbreitung heimgesucht wurden, als Resultat unzweifelhaft festgestellt, daß in den befallenen Distrikten und Ortschaften ein wirklicher Mangel an Elektricität in der Luft bestehe, und als Ursache der Krankheit präsumirt werden müsse. Ohne hier in unpraktische hypothetische Erörterung einzugehen, ohne wissenschaftliche Diskussionen über diesen Gegenstand einleiten zu wollen, will ich bei der reinen Empirie (Erfahrung) bleiben, und nur nachgewiesen und bestätiget haben, daß durch die vorbezeichneten Ketten eine Compensation der dem thierischen Organismus entzogenen Elekttricitat eintrete, und deshalb, in Berücksichtigung der präsumirten Krankheitsursache, die **Goldberger**'schen **galvano-elektrischen Ketten,** als **Präservativ- (Schutz-) Mittel gegen die gefürchtete Brechruhr** die beste Empfehlung verdienen.

Boitzenburg, den 13. September 1848. Dr. **F. Wendt.**

Vorräthig sind die mit allerhöchstem Privilegium versehenen **Goldberger**'schen galvano-elektrischen Ketten in **Breslau** nur einzig und allein in der Handlung von **S. G. Schwartz,** Ohlauer Straße Nr. 21, zu den festgestellten Fabrikspreisen à Stück mit Gebrauchsanweisung **15** Sgr., stärkere Sorten à **1** Rthl. und **1** Rthl. **15** Sgr.

J. T. Goldberger in Tarnowitz,

k. k. privil. Fabrik von elektro-magnetischen Apparaten.

Bestes Gleiwitzer Kochgeschirr verkaufen wir zu denselben Preisen wie in Gleiwitz; wer für 1 Rtl. kauft, darf nur 29 Sgr. bezahlen. Bei rohen, nicht Gleiwitzer Plattentöpfen lassen wir 2 Sgr. an jedem Thaler nach; gebrauchte eiserne Geschirre geben wir zur Hälfte, was sie neu kosten. Mit Wiederverkäufern einigen wir uns wegen eines größeren Rabatts.
Hübner u. Sohn, Kohlenstraße 4.

Ein sich gut rentirendes Haus, in Mitte der Stadt, wird gegen eines auf dem Lande mit einer Krämerei oder Schankwirthschaft zu tauschen gesucht. Adressen beliebe man unter A. B. Breslau, Nikolaistr. Nr. 5, bei Hrn. Flasch, abzugeben.

Seegras,

in vorzüglicher Qualität, rein und trocken, empfingen und offeriren billigst:
J. Heer und Comp., Altbüßerstraße Nr. 14.

---

4 Guß-Kochöfen sind Laurentiusplatz 16 zu verkaufen, à Stück 8 Rtl.

Ein Stier, 3 Jahre alt, Oldenburger Abkunft, steht zum Verkauf auf dem Dominium Nieder-Mahliau, Kreis Trebnitz.

Gute Flügel stehen billig zu verkaufen und zu verleihen Nikolaistraße 43, 1 Stiege.

☞ Auf ein Grundstück in Scheitnig, 5000 Rthlr. an Werth, werden 400 Rthlr. zur ersten und alleinigen Hypothek zu 5 Prozent Zinsen bald gewünscht. **Tralles,** Messergasse 39.

Düngerkalk ist zu verkaufen: Schweidnitzer Straße Nr. 41.

Zu verkaufen

ist ein feiner blautuchener Herren-Mantel (fast neu): Nikolai-Straße Nr. 67, eine Treppe hoch.

Ein 7octav. Flügel

steht zum Verkauf: Katharinenstraße Nr. 7, im Hintergebäude eine Treppe.

Hummern bei Lange u. Comp.

Zu vermiethen

sind große und mittlere Quartiere in dem Hause Schmiedebrücke und Ursulinerstraßen-Ecke Nr. 5 und 6.

Zu vermiethen eine Wohnung von 5 Zimmern ꝛc. Ohlauerstraße Nr. 24/25 in der ersten Etage bald oder zum Januar k. J. zu beziehen. Das Nähere daselbst im Topfkeller.

Sofort zu beziehen ist Wallstraße Nr. 1 a in der zweiten Etage **eine schöne Wohnung** von 5 Zimmern ꝛc. Stallung und Wagen-Remise kann dazu gegeben werden. Die Benutzung des Gartens an der Promenade steht dem Miether frei. Näheres daselbst.

Vermiethungs-Anzeige.

Ohlauerstraße Nr. 58 (goldene Krone) ist die Hälfte der 1sten Etage sofort und die Hälfte der 3ten Etage von Weihnachten d. J. ab zu vermiethen und zu beziehen. Das Nähere beim Kommissionsrath
Hertel, Seminargasse Nr. 15.

Eine Wohnung im 3ten Stock von sechs Stuben, Küche und Beigelaß ist Ring Nr. 60 zu vermiethen und bald oder zu Weihnachten zu beziehen.

Ein schönes Zimmer,

mit oder ohne Möbel, ist zu vermiethen. Näheres Königsplatz Nr. 6.

Eine Parterre-Wohnung

wird in einem soliden Hause zum Neujahr zu miethen gesucht, und Adressen entgegengenommen: Junkernstr. Nr. 5, im Comtoir.

Eine junge gute Kuhziege steht Ketzerberg Nr. 13 billig zum Verkauf.

Hôtel garni in Breslau,

Albrechtsstraße Nr. 33, 1. Etage, bei **König,** sind elegant möblirte Zimmer bei prompter Bedienung auf beliebige Zeit zu vermiethen.
P. S. Auch ist Stallung u. Wagenplatz dabei.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Prinzen Nikolai u. Johann Paskiewicz a. Warschau. Wirkl. geh. Rath Graf Bruchow a. Petersburg. Hofrath Dr. Micza u. Hofmeister v. Tappen a. Warschau. Frau Oberamtm. Pohl a. Lorenzberg. Apotheker Lochmann u. Ingenieur Burky a. Jassy. OLG.-Assessor Brehmer aus Schweidnitz. Kaufm. Matzke a. Maltsch. Kfm. Schröder a. Triest. Kaufm. Hasenclever a. Remscheid. Major v. Maßen a. Neisse k. Gutsbes. Graf v. Wielopolski u. Gutsbes. v. Wenzyk a. Krakau. Direktor Heedemann a. Kurzlau. Gutsbes. Müller a. Grottkau. General-Major v. Dekkenstein und Kaufm. Bundelmann a. Wien. Kaufm. Hausmann a. Lublinitz.

Breslauer Getreide-Preise

am 11. November.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	59	Sg.	54	Sg.	47	Sg.
Weizen, gelber	57	„	52	„	45	„
Roggen	33	„	30	„	27	„
Gerste	26	„	24	„	21	„
Hafer	16	„	15	„	14	„

Breslau, den 11. November.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96½ Br. Kaiserliche Dukaten 96½ Br. Friedrichsd'or 113½ Br. Louisd'or 112⅓ Gld. Polnisches Courant 94¼ Br. Oesterreichische Banknoten 94⅓ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 92 Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. 3½% 74¼ Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 95¼ Br., neue 3½% 77⅔ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. 3½% 89⁵⁄₁₂ Br., Litt. B 4% 92 Br., 3½% 81½ Br. Polnische Pfandbriefe 4% alte 89¹⁄₁₂ Gld., neue 89¹⁄₁₂ Gld. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 85½ Br. Oberschlesische 3½% Litt. A 88 Br., Litt. B 88 Br. Niederschlesisch-Märkische 3½% 67½ Br. Neisse-Brieger 36 Gld. Köln-Mindener 3½% 73½ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 38 Br. — Wechsel-Course: Amsterdam 2 Monat 142½ Gld. Berlin 2 Monat 99⅙ Gld., keine Sicht 99⅚ Gld. Hamburg 2 Monat 150 Gld., keine Sicht 151¹⁄₁₂ Br. London 3 Monat 6. 24⅚ Gld. Wien 2 Mt. 91¾ Gld.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp. Redakteur: Nimbs.

Extra-Beilage zu № 266 der Breslauer Zeitung.

Sonntag den 12. November 1848.

†† **Wien**, 9. Novbr. [Der Belagerungszustand. — Die Zeitungen. — Gefangenen.] Die Lasten und Belästigungen des Belagerungszustandes scheinen nicht ganz einheitlich dirigirt und kommandirt zu werden. Heut leben und athmen wir auf, morgen erinnert uns irgend eine unvorherzusehende Maßregel sehr melancholisch an den Strick um den Hals, mit dem wir Buße thun müssen. Beklagenswerth ist nur, daß man bei allem Nachsinnen den Faden zwischen den einzelnen Maßnahmen nicht zu finden vermag und daher immer wieder auf Kleinlichkeit, Laune, Willkür und Impotenz stößt, wo die neuen Machthaber durch eine großartige schöpferische Thätigkeit sich legitimiren und den eisernen Druck der Nothwendigkeit durch klare Konsequenz in allen Handlungen anschaulich machen mußten. Der Verkehr, die Kommunikation sind ziemlich freigegeben, aber die eine und andere Linie bleiben gesperrt und von 7 Uhr Abends öffnen sich die Thore der Stadt nur dem mit Passir-Schein Versehenen. Fürchtet man, daß nur von dieser Stunde ab und bei jenen Linien Jemand heraus und hinein schlüpfen wird, oder erscheint die Maßregel, wenn sie keinen praktischen Effekt hat, nicht vielmehr bloß der Demüthigung wegen? Heut verpönt eine Kundmachung bei strengster Ahndung das Ausrufen und Feilbieten der Journale in den Straßen und auf den Plätzen. Der juridisch-politische Leseverein, lange Zeit schon von wesentlich antidemokratischer Färbung und zum größten Theil aus Männern bestehend, die für sich allein die höchst unverfängliche und unschuldige Natur des Vereins verbürgen, ist gestern Abend noch bedeutet worden, daß das Lokal auf unbestimmte Zeit gesperrt bleiben müsse und keine Zeitung daraus verabreicht werden dürfe. Dem entgegen liefert die Post nach und nach nach allen Seiten die alten liegen gebliebenen Zeitungen aus und in den Cafe's läßt man sie ruhig auslegen und diskutiren, was, beiläufig bemerkt, ohne Grund und Vorsicht allerwegen geschieht. Gestern erhielt ich von der Post einen Brief aus Schlesien, dort am 18. Oktober aufgegeben. Durchaus unmöglich ist es, über den Stand der Verhaftungen und Untersuchungen irgend eine einigermaßen sichere Nachricht zu erhalten. Gerade die Versicherungen und Angaben von Offizieren habe ich in dieser Beziehung oft schon in der nächsten Stunde widerlegt gefunden. Im Habsstockhause sollen sich dermalen verhaftet befinden: Messenhauser, der sich freiwillig gestellt hat, Bem, Blum, Fröbel, Füster, Hauk, Becher und Baronin Perrin — die Präsidentin des demokratischen Frauen-Vereins. Die Aula mit dem Stadt-Convikt sind zur Kaserne eingerichtet. 3000—4000 Mann werden darin den Winter über logiren. Die Wiedereröffnung der Universität stehe natürlich in weitem Felde. Schon vor 14 Tagen hat die Times auf möglichst kürzestem Wege einen Correspondenten hierher gesendet. Nach 14tägigem Aufenthalte in Florisdorf ist er endlich zur Stadt gelangt.

✕ **Wien**, 9. November. [Preßburg sympathisirt mit Oesterreich, Prag mit Wien. — Robert Blum's Hinrichtung.] Heute und gestern sind starke Kolonnen nach der ungarischen Grenze aufgebrochen und auch der Banus Jellachich hat sich bereits dahin begeben, um den Feldzug zu eröffnen, den man bis vor dem Eintritt der strengen Jahreszeit beendigen will. Der Fürst Windischgrätz wartet blos die Ankunft des FML. Baron Welden ab, der zum Militärgouverneur der Hauptstadt ernannt ist, um sofort gleichfalls nach Ungarn zur Armee abzugehen. Die Einnahme von Preßburg durch die k. k. Truppen scheint sich zu bestätigen, wie denn überhaupt die Städte im Westen eine große Hinneigung zu Oesterreich verrathen und diese kaum ungehalten wären, falls sie unter gewissen Verhältnissen ganz und gar mit dem deutschen Oesterreich vereinigt würden. Sowohl Preßburg als Oedenburg, die zwei bedeutendsten Städte in Westungarn, haben durchaus keine Anhänglichkeit an den Magyarismus und erwarten blos die Ankunft der österreichischen Truppen, um allerwärts schwarzgelbe Fahnen auszustecken. — Das Schicksal Wiens findet allenthalben in den Provinzen die lebhafteste Theilnahme und selbst in Prag sieht man nun ein, daß die Niederlage der Freiheit in den Mauern der Hauptstadt einer Niederlage der liberalen Sache in der ganzen Monarchie gleich zu achten sei; in Steiermark sammelt man Geld und Wäsche für die durch Brandschäden verarmten Bewohner des heldenmüthigen Wien, das einer Armee von 90,000 Mann erst nach einem dreiwöchentlichen Kampfe mit den Waffen in der Hand die Thore überließ und der Gemeinderath von Klagenfurt drückt im Namen des Herzogthums Kärnthen seine innige Sympathie für die Bestrebnngen der Wiener Demokraten aus. Die von hier zurückkehrenden Nationalgarden und Studenten der Provinzialhauptstädte werden zu dem Verständniß der hiesigen Bewegung das Ihrige beitragen und die Anhänglichkeit an die Hauptstadt in weiten Kreisen zu befestigen wissen. Sie haben den Bruderbund mit der Hauptstadt mit ihrem Blute besiegelt, denn eine Anzahl von ihnen sind im Kampfe den Militärdespotismus geblieben, namentlich in der Leopoldstadt und in der Jägerzeile, wo mancher von den Kroaten selbst als Gefangener erschossen ward, sobald die geschwärzten Hände und die beschmutzten Zähne einen thätigen Antheil am Gefecht verriethen. Ohne die Dazwischenkunft des Finanzministers Krauß wären die meisten dieser wackern Männer ein Opfer der militärischen Grausamkeit geworden, die sie unter die Soldaten stecken wollte, allein da diese Garden auf eine telegraphische Depesche des Ministers, der ihre Hilfe ausdrücklich verlangte, nach Wien gekommen waren, so war es eine Ehren- und Gewissenssache desselben, sie ungekränkt in ihre Heimath zurückzusenden, wo sie übrigens bei dem unglücklichen Ausgange des hiesigen Freiheitskampfes mit Schwierigkeiten in Fülle zu kämpfen haben werden, um sie in künftigen Fällen minder sanguinisch handeln zu lassen. — Heute Morgen um 8 Uhr wurde in der Brigittenau der Abgeordnete Robert Blum, vom Frankfurter Parlament, erschossen. Das Kriegsgericht hatte ihn schuldig befunden, nicht blos auf der Aula durch Rede und Rathschlag für den energischen Widerstand gewirkt zu haben, sondern auch an der Spitze der Mobilgarde bis zum letzten Augenblick gekämpft zu haben. Eine Abtheilung Dragoner geleitete den Wagen, in dem sich Robert Blum mit einigen Offizieren befand, in die Au, wo sofort das Urtheil vollzogen wird. Nach einer Aeußerung des Generals Cordon dürfte schon in den nächsten Tagen das Urtheil über den Zweiten jener aus vier Mitgliedern der Linken des Frankfurter Parlaments bestehenden Deputirten gefällt werden, denn zwei Mitglieder hatten sich nach Olmütz zu den Reichs-Kommissaren begeben, indeß zwei hier verblieben.

†† **Wien**, 10. Novbr. [Die Hinrichtung Robert Blums. — General Bem. — Journalisten und Minister.] Gestern Morgen 6 Uhr hörte Robert Blum im Gefängniß das standrechtliche Urtel, welches den Tod über sein Haupt verhängte, man sagt durch den Strang, und nur die Schwierigkeit der Vollstreckung habe die Umwandlung zum Erschießen veranlaßt. Er erklärte mit heroischer Fassung, die Sentenz käme ihm nicht unerwartet und bat um die nöthige Zeit, um den Scheidebrief an seine Frau schreiben zu können. „Fasse dich muthig ob meines Schicksals — heißt es darin — und erziehe unsere Kinder, daß sie meinem Namen keine Schande machen. Ich sterbe für die Freiheit." Gegen 7 Uhr langte der Leichenzug in der Brigittenau an, Blum aber war in dem von Kürassieren begleiteten Wagen, ohne einen Augenblick Geistesgegenwart und Seelenstärke zu verlieren. Die Brust entblößend, wünschte er mit unverbundenen Augen dem Tode entgegen zu schauen, schlang aber selbst das Tuch um die Augen, als man ihm bedeutete, daß dies in der Sitte sei, und kniete nieder. Drei Schüsse streckten ihn todt nieder, die drei Jäger hatten wohl gezielt. Zwei Kugeln trafen die Brust, die dritte den Kopf. Am Abend lag der Leichnam im Militär-Spitale. Vielleicht findet sich Herr v. Könneritz, der sächsische Gesandte, bewogen, für den hingerichteten Landsmann und Frankfurter Deputirten wenigstens eine Grabstätte, den Hinterbliebenen und Freunden kenntlich, zu besorgen. Eine amtliche Notiz der Wiener Zeitung bezeichnet ihn heut nur als Buchhändler aus Leipzig. Sie geht Ihnen mit diesen Zeilen zu *). Meinen Bericht gebe ich nach der Erzählung eines Offiziers, welcher der Exekution beigewohnt haben will. Sie werden keine Betrachtungen erwarten. Mit Tausenden und aber Tausenden erliege ich dem Eindrucke der furchtbaren Katastrophe. — General Bem ist erst heut im Bürger-Spital verhaftet worden. Vielleicht schon in zwei Tagen wird sein Haupt sicherlich fallen. Heut Morgen gegen 6 Uhr ließen sich Gewehrsalven von der Brigittenau her vernehmen. Sie sollen den Oberkommandanten Messenhauser erschossen haben. — Herr Bodenstedt ist nach der amtlichen Bestätigung der Hinrichtung Blum's heut sofort von der Redaktion des „Oesterreichischen Lloids" zurückgetreten. Herr Kuranda läßt vorläufig die ost-deutsche Post nicht erscheinen, ungeachtet man bei der bekannten Mäßigung des Herrn Kuranda nicht Willens war, das Erscheinen zu inhibiren. Ich bin nur dort gemäßigt, soll er geantwortet haben, wo ich auch radikal sein darf und verzichte auf die Erlaubniß. Bach, Breda und Helfert sollen es abgelehnt haben, in das Ministerium zu treten. Graf Stadion hat in Olmütz die milde und versöhnliche Partei in der Behandlung Wiens vertreten. Er wird daher wohl schon heut verzichtet haben, ein Portefeuille anzunehmen.

*) **Der oben erwähnte amtliche Artikel der Wiener Zeitung lautet: „Mittelst standrechtlichen Urtheils vom 8. d. M. ist Robert Blum, Buchhändler aus Leipzig, überwiesen durch sein eigenes Geständniß, wegen aufrührerischen Reden und bewaffnetem Widerstande gegen die kaiserlichen Truppen in Folge der von Sr. Durchlaucht dem k. k. Herrn FM. Fürsten zu Windischgrätz unterm 20. und 23. Oktober erlassenen Proklamation zum Tode verurtheilt und das Urtheil am 9. November 1848. Morgens um halb acht Uhr in der Brigittenau durch Pulver und Blei vollzogen worden.**

* **Wien**, 10. Novbr. [Ungarn. Hinrichtung Messenhausers. Füster frei. Republik in Chiavenna.] Der Abmarsch der kaiserl. Truppen aus Mähren, Steiermark, Oesterreich an die Grenzen Ungarns dauert ununterbrochen fort. Unterdessen sind alle Kommunikationen längs der ungarischen Grenze fortwährend unterbrochen und an der Leitha steht General Moga mit höchstens 12,000 Mann. Aus Siebenbürgen traf heute die Nachricht ein, daß Feldmarschall-Lieutenant Baron Buchner alle kaiserl. Truppen unter seinen Befehlen vereinigt, und daß sich die deutsche und wallachische Bevölkerung ganz unter seinen Befehl gestellt hat. Anders lauten die neuesten Berichte aus dem Banate und aus Semlin. Es fehlte dort an Munition, weßhalb die kaiserl. Truppen noch keine offensive Bewegungen machen konnten. In Slavonien hat sich Essegg für die Magyaren erklärt, und dies ist, da auch Feldmarschall-Lieutenant Blagövich in Peterwardein magyarisch gesinnt ist, von Bedeutung. — Heute erfolgte die Hinrichtung des Nationalgarde-Oberkommandanten Messenhauser. — In Folge einer aus Ollmütz eingetroffenen telegraphischen Depesche wurde Professor Füster seiner Haft entlassen. — Aus Mailand erfährt man, daß in Chiavenna die Republik proklamirt worden ist; 6000 Mann Truppen rückten dort ein und erstickten die Bewegung. Seitdem muß die Stadt Chiavenna täglich 15,000 Lire Brandschatzung für den Sold der Armee zahlen.

Olmütz, 9. Nov. [Nachrichten aus Ungarn. — Stadion und Hurter.] Gestern ist das 2te Landwehr-Bataillon von Prinz Emil aus Göding in seine alten Stationen Littau ꝛc. zurückgekehrt. Von demselben brachte man in Erfahrung, daß die Ungarn bei Göding mit dem ganz ermüdet und ermattet angelangten Corps des Generals Simonich ein Treffen bestanden haben und geschlagen worden seien. Die Ungarn sollen weit mehr Artillerie als die Oesterreicher gehabt haben. Allein die bei den Batterien angestellten Artilleristen waren meist dem 5ten Artillerie-Regimente angehörig. Der Artillerist war nämlich Vormeister; bei ihm stand ein Husar oder ungarischer Nationalgarde, der ihm irgend einen Lauf an die Brust hielt. Uebrigens hinderte diese Gewaltmaßregel die improvisirten Vormeister nicht, schlecht zu zielen und Niemanden zu treffen. — Es sollen sich alle disponiblen Truppen in Göding concentrirt haben, um den Ungarn die Spitze zu bieten. Man bezeichnet fünf Armee-Corps. — Graf Stadion ist von Sr. Majestät mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt worden. — Unter den hier Angekommenen lesen wir den bekannten k. k. Hofrath Friedrich Hurter.]

Olmütz, 10. Nov. [Hofnachrichten.] Man glaubt, daß der Zusammentritt des Reichstags in Kremsier wohl einige Tage später, als am 15. d. M. werde stattfinden müssen, da die vorzunehmenden Umbaue und Vorrichtungen in der erzbischöflichen Residenz in Kremsier theils noch nicht vollendet sein können, andererseits aber, und dies wird das größere Hinderniß sein, eine große Anzahl Deputirter, welche früher auch ihre Heimath besuchen wollen, eine größere Zeit als bis zum 15. in Anspruch werden nehmen müssen. — Der Reichstags-Abgeordnete Dr. Helfert ist aus Prag hier angekommen. Wie wir hören, wird in einigen Tagen das neue Kabinet in die Oeffentlichkeit treten. Keinesfalls kann der jetzige halbprovisorische Zustand sich bis zum Zusammentritt der Kammer hinziehen, denn wir sind der Meinung, daß keine Zeit zu verlieren ist, um mehrere der wichtigsten organischen Gesetze dem Reichs-

tage vorzulegen. — Der russische Botschafter Graf Medem ist bereits hier angekommen. Die meisten anderen Mitglieder des diplomatischen Corps werden ebenfalls in Kürze erwartet. — Gestern Nachmittag sind die Herren Minister Kraus, Dr. Bach, Dr. Mayer, Dr. Helfert, so wie Fürst Schwarzenberg, mit einem Extratrain nach Wien gereist.

[Notizen aus Ungarn.] Kossuth äußerte sich, er habe bereits Alles gethan, was er im Interesse der Freiheit und der Freundschaft den Wienern gegenüber zu thun schuldig war. Die Ungarn werden gegenwärtig die Defensive ergreifen. — Gegen Simonich sind bereits 10,000 Mann aufgebrochen. — Preßburg wird in Vertheidigungsstand gesetzt. — Bei Gelegenheit des Gefechtes bei Schwechat wurde General Moga von seinem Pferde herabgeworfen, und von demselben derart getreten, daß er gegenwärtig in der Köpczényer Festung an den erhaltenen Kontusionen darniederliegt. General Görgey hat das Oberkommando über die ungarischen Truppen erhalten.

Breslau, 11. November.

(Abends 11 Uhr.) Wir sind noch in Stand gesetzt, den Lesern heute die beiden Adressen nach ihrem Wortlaut mitzutheilen.

1) Die an den König:

„Majestät! Mit dem tiefsten Schmerze über den erfolgten Konflikt zwischen Ew. Majestät Regierung und der National-Versammlung und in der zuversichtlichen Hoffnung, daß es noch möglich sei, das theure Vaterland vor den drohenden Gefahren zu retten, halten wir, die Vertreter der zweiten Stadt der Monarchie es für unsere unerläßliche Pflicht, Ew. Majestät das offen auszusprechen, was die Einwohnerschaft dieser Stadt in völliger Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der National-Versammlung erwartet. — Nur ein volksthümliches Ministerium, welches auf eine Mehrheit der Volksvertreter zu rechnen hat, nur die Zurücknahme der die Versammlung vertagenden und ihren Sitz verlegenden Botschaft kann die Gefahr aufheben, und das Vaterland dem von Ew. Majestät und von dem Volke ersehnten Ziele der Freiheit im Gesetz dem Glück wahrhaft konstitutioneller Verfassung zuführen." — Breslau, den 11. Novbr. 1848. — Der Magistrat und die Stadtverordneten.

2) Die Adresse an die National-Versammlung:

„Hohe National-Versammlung! So schmerzlich uns die königliche Botschaft vom 8ten d. M. wegen Vertagung der Versammlung und Verlegung der Sitzung aus der Hauptstadt berührt hat, so freudig haben wir die letzten Beschlüsse einer hohen Versammlung begrüßt und die würdige Haltung bewundert. Hohe Versammlung! Wir sehen mit Stolz auf unsere Vertreter, die ihren Beschlüssen der Krone gegenüber das Recht des Volkes gewahrt haben. Wir erkennen in einer hohen Versammlung für die Dauer des Conflicts mit der Krone den einzig beschließenden und gesetzgebenden Körper, und rufen Euch, unsern Vertretern, zu: „„Kämpfet muthig für die Rechte des Volkes! Mit Begeisterung werden wir Euch schirmen und schützen!"" — Breslau, den 11. November 1848. — Die Stadtverordneten."

Jetzt eben geht uns noch die Mittheilung zu, daß der Magistrat dieser letzteren Adresse an die National-Versammlung nicht beigetreten ist. — Die Central-Commission in Verbindung mit den andern Vereinen beräth in diesem Augenblicke über die Schritte, welche gegenüber der Weigerung des Magistrats zu thun sind. — Außerdem erfahren wir, daß Herr Regenbrecht die auf ihn gefallene Wahl abgelehnt, und Herr Justiz-Kommissarius Jung seine Stelle in der Deputation einnehmen wird.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.